

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 28. März 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Vierteljährlich 2,30 M., monatlich 1,10 M.,
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
Eingelassene Nummer 5 Pf. Sonntags-
nummer mit illustrierter Sonntags-
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
abonnements: 1,10 Mark pro Monat.
Eingetragen in die Post-Zeitungs-
Preisliste. Unter Kreuzband für
Deutschland und Oesterreich-Ungarn
2 Mark, für das übrige Ausland
3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnen-
zeile oder deren Raum 40 Pf. für
politische und gesellschaftliche Berichts-
und Berichtigungs-Anzeigen 25 Pf.
„Kleine Anzeigen“, das erste (stetig-
gedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere
Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Inserate für
die nächste Nummer müssen bis 8 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
Feiertagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Die genutzte Berggesetz-Novelle.

Vor etwa 100 gelangweilten Vertretern der zwei oberen Klassen der preussischen Landtagswähler begann heute im Abgeordnetenhause die Beratung der beiden Novellen zum Berggesetz. Graf Bülow war selbst erschienen und nahm auch zuerst das Wort zur Verteidigung der Vorlage. Er redete eine seiner berühmtesten Reden der mittleren Linie, die den Anschein erwecken sollen, daß die Regierung stark und autoritär über den Parteien stehe. Erst eine Vertwahrung dagegen, daß die Regierung sich durch den Streik ihre Vorlage hätte abzwängen lassen; die Regierung hat vielmehr schon lange vorher daran gedacht, etwas sozialpolitisch zu treiben. Dann die durch die ewige Wiederholung komisch wirkende Enttäuschung über den Kontraktbruch der Bergarbeiter. Ein paar Phrasen über die Heher und Wähler. Die Unternehmer hätten ganz recht gehabt, daß sie mit den Kontraktbrüchigen nicht verhandeln wollten. Nun noch der anderen Seite. Wenn die Regierung mit den Arbeitern verhandeln wollte, konnten es die Unternehmer schließlich auch. Die Arbeiterorganisationen wird man am Ende anerkennen müssen. Natürlich müssen sie in den richtigen Bahnen gehalten werden. Und so fort mit bekannter Grazie. Am Ende spannte er die Monarchie vor die Novelle. Das wird zwar der Novelle auch nicht viel helfen, aber es entspricht immerhin der Situation.

Diese Regierung, die nur existiert von Gnaden des Kapitals, gemißt durch die Monarchie, aber durch eine Monarchie, die wiederum nur durch ein Kompromiß mit dem Kapital existiert, diese Regierung hat ja in der Tat nichts als die Monarchie einzufügen, wenn sie dem Kapital einmal, sei es auch noch so launig, entgegenzutreten will. Die Auseinandersetzungen im preussischen Abgeordnetenhause trugen deutlich den Stempel dieses Verhältnisses. Da sind nicht Parteien, die um ihre Interessen lebhaft und mit Einsetzung aller Kraft gegeneinander kämpfen. Das arbeitende Volk, um dessen Haut dort gefächelt wird, ist ja nicht dabei. Es war deshalb nur ein Streit zwischen einigen in gleicher Richtung interessierten Gruppen darüber, welche Wirkung die von der Regierung als Vertreter der einen Gruppe vorgeschlagenen Maßregeln auf den Deisten ausüben könnten, der nicht dabei ist, auf die Arbeiter nämlich. Deshalb spielte die Frage eine Hauptrolle, ob die Sozialdemokratie einen größeren Vorteil haben würde von der Einbringung der Vorlage oder von der Nichteinbringung, von der Annahme oder von der Ablehnung. In der Rede des Grafen Bülow ist kein Wort davon, daß die Lage der Arbeiter das Eingreifen der Gesetzgebung nötig macht, daß es notwendig ist, die Arbeiter gegen übermäßige Ausbeutung zu schützen, daß ihre Verhältnisse verbessert werden müßten. Der leitende Gedanke seiner Rede ist: wenn wir nichts tun, dann gewinnt die Sozialdemokratie an agitatorischer Kraft. Es ist das offene Geständnis, daß die Regierung lediglich aus Rücksicht auf die Agitation der Sozialdemokratie ihre Vorlagen gemacht hat. Sie hätte es sicher nicht getan, wenn nicht die Sozialdemokratie zu fürchten wäre.

Der Handelsminister, dem der Reichskanzler die Begründung der Vorlage im einzelnen überließ, versuchte allerdings einige sozialpolitische Wendungen vorzubringen, sie gingen jedoch nicht über das hinaus, was schon in den dürftigen Motiven zu den Vorlagen gedruckt vorliegt. Von grundsätzlichen sozialpolitischen Erwägungen keine Spur. Und am Ende ließ doch auf dasselbe Grundmotiv hinaus: die Furcht vor der Agitation. Zwar bestritt Herr Möller ausdrücklich, daß die Vorlage der Furcht vor der Sozialdemokratie entsprungen sei; aber nicht nur, daß er sofort darauf sagte, er habe nie die Illusion geteilt, mit Sozialpolitik ließe sich die Zufriedenheit der Arbeiter herstellen, sagte er auch ebenso, es müsse dem Reichstage ein Agitationsstoff entzogen werden, der in der bödsartigsten Weise ausgebeutet worden sei. Da haben wir auf dem Umwege über den Reichstag doch wieder die Furcht vor der Sozialdemokratie. Uebrigens eine für die politischen Zustände im Reich charakteristische Aeußerung eines preussischen Ministers, daß er Politik treibt unter dem Gesichtspunkte, dem Reichstage einen bödsartig ausgebeuteten Agitationsstoff zu entziehen.

Schließlich, wenn sich Herr Möller auf seine paar armseligen sozialpolitischen Bemerkungen bei der Begründung der Vorlage beschränken sollte: Wer ist Möller? Solange Graf Bülow sprach, war das Haus aufmerksam, um Möller kümmerte sich niemand, die paar anwesenden Abgeordneten unterhielten sich laut, auf der Tribüne war nur dann und wann etwas zu verstehen. Herr Möller redet ohnehin ohne jeden Charakter, es ist, als ob er einen Geschäftsbericht vorliest. Dann und wann nur wendet er sich mit einer Handbewegung an die Zuhörer — die er nicht hat. Ein sozialdemokratischer Agitator würde darauf verzichten, zu einem Publikum zu reden, das ihm eine so heine demonstrative Gleichgültigkeit zeigt, wie es diesem Minister bei Vertretung seiner Gesetzesvorlage passierte.

Dennoch muß darauf hingewiesen werden, daß Herr Möller die sozialpolitische Bedeutung der Vorlage oder mindestens geringfügigkeit der Vorlage ausdrücklich hervorgehoben hat. Hinsichtlich der Einschränkung der Arbeitszeit sagte er, es sei keine einschneidende Maßregel, wenn man eine Arbeitszeit, die seit 50 Jahren schon bestiehe, um eine halbe Stunde einschränke. Die vorgeschlagene Verringerung der Ueberstunden lasse immer noch dreimal soviel Ueberarbeit zu, als die Arbeiter jetzt tatsächlich im Durchschnitt leisten.

Und noch eins muß erwähnt werden aus den sozialpolitischen Erwägungen des Handelsministers. Er sprach davon, daß nach der Statistik sich die Gesundheitsverhältnisse der Bergarbeiter verschlechtert haben, daß das Alter der Invaliden gesunken sei; aber er warnte ausdrücklich vor der Benutzung dieser Statistik. Ein Minister, der vor der Benutzung der amtlichen Statistik warnen! In der Tat ist auch

die amtliche Statistik dem Humburg allzu gefährlich, den man mit der amtlichen Sozialpolitik den Arbeitern vormachen möchte.

Nach Möller kamen dann die Parteien. Es sprachen der Reihe nach v. Seydewitz für die Konservativen, Schiffer für die Nationalliberalen, Max Hirsch für die Freisinnigen, Spahn für das Zentrum. So wie der Handelsminister zu reden aufhörte, trat wieder Ruhe im Hause ein; dem Redner der Konservativen, die fast allein die Mehrheit des Hauses für sich haben, gegen die keine preussische Regierung möglich ist, gebührte Aufmerksamkeit. In parlamentarischen Ländern ist der Minister der Vertreter der Mehrheit; auch preussische Minister sind natürlich von der Mehrheit abhängig, was sich jedoch in Preußen darin ausdrückt, daß man dem Minister offenbare Mißachtung entgegenbringt, ohne daß es diesen geniert.

Der Redner der Konservativen begann sofort mit der Erklärung, daß seine Partei prüfen würde, ob die Arbeiter Grund zu Beschwerden hätten. Nur wenn solche anerkannt werden könnten, würden sie entsprechenden Gesetzesvorschlägen zustimmen; andernfalls würden sie die gemachten Vorschläge ruhig ablehnen. Obwohl er die Untersuchungskommissionen nicht nannte, ist das doch ein deutlicher Hinweis auf deren Arbeit. Deshalb verlangte er auch — nachdem die Regierung eine gedruckte Begründung gegeben und der Minister jetzt eine Stunde Gründe geredet hatte — die Regierung solle ihre Vorlage in der Kommission erst noch ordentlich begründen! In der Rede dieses junkerlichen Mehrheitsvertreters kam der ganze brutale Hochmut dieses Klassenparlamentes zum Ausdruck. Mit der vornehmen lästigen Ruhe, die sich in der Nacht fühlte, weil sie die Palliaden des Dreiklassen-Wahlsystems noch für unerschütterlich hält, sprach er darüber, ob der Zeitpunkt zu neuen Maßregeln „sozialer Fürsorge“ richtig gewählt sei. Natürlich nichts! Sieht es doch aus wie eine Konzeption an die Westie, die damit nur noch begehrlischer gemacht wird. Man werde in der Kommission sehr sorgfältig erwägen müssen, wie weit man gehen dürfe; die gemachten Vorschläge berührten die Grundlagen der Gesellschaft usw. usw.

Dart zeigen diese Herren Konservativen ohne Zweifel. Die Arbeiter werden schon noch kräftiger als bisher an die gut verwahrten Türen des preussischen Abgeordnetenhouses pochen müssen, um die hochmütigen Herren aus der schönen Ruhe zu bringen.

Der Redner der Nationalliberalen ging mehr auf den Gegenstand ein. Er sagte aber auch der Regierung offen, daß seine Partei unter Berufung auf die Resultate der staatlichen Untersuchungskommissionen das Bestehen von Mißständen bestritt. Grundsätzlich stellte er sich ganz auf den Standpunkt der Konservativen. Seine Einwände gegen die einzelnen Vorschläge der Vorlage sind die, die man von den Unternehmern schon kennt.

Die Konservativen und Nationalliberalen haben zusammen eine starke Mehrheit im Abgeordnetenhause. Daß die Vorlage der Regierung unüberändert aus der Kommission herauskommt, ist nach den Reden der beiden Parteiredner ganz ausgeschlossen. Man wird die Vorschriften über die Arbeitszeit wahrscheinlich noch komplizieren, die Vorschriften über die Arbeiterschüsse noch verschlechtern und auch noch nach besonderen Erfahrmitteln für das Verbot des Nullens suchen.

Und die Regierung wird mit sich reden lassen. Schloß doch Bülow seine zweite Rede, nach der die Vertagung eintrat, damit, daß er die Vorlage als „im großen und ganzen“ gerechtfertigt bezeichnete. Die Regierung wird sich also damit abfinden, daß ihre Vorlage gemißt wird und, wenn wirklich noch ein Gesetz herauskommt, so doch etwas anders, als was die Regierung vorgeschlagen. So gemüthlich, wie der „Arbeitervertreter“ Max Hirsch machen es die Mehrheitsparteien nicht. Herr Hirsch, dem einige 40 oder 50 Abgeordnete durch lautes Reden opponierten, versicherte nämlich der Regierung, daß er und seine Partei sich bemühen werden, keinen neuen Gedanken in die Vorlage zu bringen. Der Zentrumsredner Spahn hatte zwar allerlei Wünsche vorzubringen, erklärte sich im allgemeinen jedoch befriedigt durch die Vorlage. Wenn es dem Zentrum ernst wäre mit seinen Wünschen, dann hätte es die Macht, die Vorlegung eines Reichs-Berggesetzes zu erzwingen. Indem es die Verschleppung der Reform in den preussischen Landtag zugibt, verdammt es sich freiwillig zur Ohnmacht.

Die Arbeiter müssen ihre Stimme außerhalb des Landtages erheben. Daß sie Verächtlichkeit heischen, haben sie mit ihrem Streik ausgesprochen. In ihrem Parlament, das heute hier zusammentritt, werden sie ihre Meinung sagen zu den Vorschlägen, mit denen die Regierung den Arbeitern ein für allemal das Recht zu weiteren Forderungen, die moralische Berechtigung zu einem neuen Streik glaubt ablaufen zu können. Milde Töne werden nicht wirken auf das Junker- und Kapitalistenparlament. Mit allem Nachdruck weisen wir darauf hin, daß die Regierung geneigt scheint, sich eine weitgehende Verschlechterung ihrer Vorlage gefallen zu lassen und daß die Mehrheit die feste Absicht hat, die Vorlage zu verschlechtern.

Daß heut die Bergarbeiter einig und geschlossen zu ihrem Kongress zusammenzutreten, ist ohne Zweifel ein Erfolg und wird nicht ganz wirkungslos bleiben. Aber die Einigkeit allein wird nichts erreichen, wenn nicht auch die Entschlossenheit hinzutritt. Vertrauenslosigkeit wird ihnen keine Erfolge bringen. Wer das etwa noch nicht hat glauben wollen, der dürfte durch die erste Beratung der Regierungsvorlagen zur Einsicht gekommen sein. Regierung und preussischer Landtag verdienen kein Vertrauen bei den Arbeitern. Daß sich die Arbeiter nicht erzwingen durch entschlossenes Handeln, hinter dem der Wille zum Erreichen steht, der Mut der Konsequenz, alle Kräfte zu entfesseln, das wird ihnen nicht gewährt werden. Mit Zuckersüßer wird der Widerstand, die Selbstsucht und der Hochmut des Dreiklassen-Parlamentes nicht besiegt werden. Ohne Kampf kein Arbeiterschutz! Dessen mögen sich die Bergarbeiter bei ihren Verhandlungen bewußt bleiben. Wir rufen ihnen ein herzliches Glückauf! zu.

Wieder Zeichenprotokolle.

Der „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht die Protokolle über die Untersuchungen auf den Schächten „Kaiserstuhl I und II“. Natürlich sind von der Kommission „keine Mißstände“ gefunden, die einen Ausstand rechtfertigen. Es wäre übrigens von Interesse, einmal zu erfahren, wann denn eigentlich die Oberbergräte, Bergräte und Bürgermeister einen Ausstand für berechtigt halten. Bezeichnend ist, daß in der Untersuchungskommission Herr Bürgermeister Lichtenberg-Dortmund saß, aber nur in Vertretung des Oberbürgermeisters Schmieding, der bekanntlich Aufsichtsratsmitglied von „Garpen“ ist. Warum ist nicht gleich Herr Bergmeister Engel, Geschäftsführer des Bergbaulichen Vereins, zum Vorsitzenden aller Untersuchungskommissionen ernannt worden?

Diese Protokolle beweisen wieder, daß man es in den „Niederchriften“ mit objektiv sehr unzuverlässigen Aufzeichnungen zu tun hat. Wiederholt weiß der Leser gar nicht, worum es sich handelt, weil der „springende Punkt“ aus dem Protokoll nicht ersichtlich. So bezeugt Bergmann B. eine Täuschung der Kontrolle, das geht aber nicht aus der Niederchrift seiner Aussage, sondern nur so nebenbei aus dem sogenannten Gegenzeugnis des Steigers K. hervor. Den Arbeiter M. scheinen die Steiger aufs Korn genommen zu haben; die Rede ist von einem „ersten Untersuchungsstermin“. Wenn, weshalb, warum diese Sache gerade für die Steiger so unangenehm war, erfährt man aus dem Protokoll nicht, und doch kommt es gerade hierauf an, wenn man die Schikanierung des M. verstehen will. Ebenso unauferklärt bleibt der Fall des Steigers K., der mit zwei Vergleuten in einem „Kolloch“ festsaß. An sich ist das Festsitzen in einem „Kolloch“ nichts Außergewöhnliches, also muß dieser Fall besondere, von den Arbeitern als Mißstände empfundenen Merkmale gehabt haben — aber davon schweigt das famose „Protokoll“. Was tun wir mit einem solchen „Protokoll“? Rein vermindigter Mensch wird diese „Niederchriften“ als authentische Dokumente verwerten, deshalb ist es ein grober Unfug, mit den „Untersuchungsprotokollen“ gegen die Vergleute zu operieren, wie das „Post“, „Neueste Nachrichten“, „N. B. Jg.“ u. a. Unternehmervollblätter tun.

Ohne Zweifel sind sich aber die Arbeitervertreter ihrer hochwichtigen Aufgabe nicht bewußt geworden, vielleicht mangelte es ihnen an Verständnis. Jedenfalls durften die Arbeiterdelegierten sich nicht mit bloßen Versicherungen, es würde gebessert, zufrieden geben — z. B. in bezug auf die Wasklaue —, sondern sie hätten die Kommission hin zur Wasklaue führen müssen, um den Herren von der Bergbehörde einmal zu zeigen, wie es auf der von ihnen inspizierten Grube aussieht. Vielleicht hat aber auch das Galoppverfahren die Arbeiter eingeschüchtern; vorbereitet mit Beweismaterial waren sie keinesfalls, wie aus dem Protokoll deutlich hervorgeht.

Indessen merkt man aber auch an diesem Protokoll, was erst eine sorgfältig vorbereitete und allgemein durchgeführte Untersuchung ans Tageslicht fördern würde. Ergibt sich doch schon aus den wenigen Zeugnisaussagen, daß auf „Kaiserstuhl“ das Bedingewesen denkbar verworren und willkürlich praktiziert wird. Unter Bedinge (Afford) versteht man doch eine Vereinbarung fester Lohnsätze, die sich nach Leistung bemessen. Auf „Kaiserstuhl“ aber versteht man unter „Bedinge“ das Recht des Beamten, nach Gutdünken am Monatslohn „Lohn zu schreiben“. Die Arbeiter wissen also nicht, was sie verdienen, es kann viel, es kann wenig sein, je nachdem — der Steiger am Monatslohn gelaunt ist! Wegen dieses Abhängen von Beamtenlaunen richtet sich der Arbeiterprotest.

Soll vorchristlichmässig gearbeitet, die Arbeitsstelle gegen Zusammenbruch versichert sein, dann muß die Kameradschaft passendes und genügendes Holz haben. Darüber wird vielfach geklagt. Da stellte sich heraus, daß die Arbeiter die Zimmerung der Strecken und Dertler für ungenügend halten, dagegen erhebt der Vertreter der Berginspektion geringere Ansprüche an die Unfallverhütung! Man sollte es doch kaum für möglich halten. Statt daß die Berginspektion die höchsten Ansprüche an die Sicherung der Arbeitspunkte stellte, sucht ihr Vertreter das Verantwortlichkeitsgefühl der um ihre Sicherheit besorgten Arbeiter zu schwächen!

Ähnlich liegt der Fall B. D. hat vom Steiger den Auftrag: „Schnell den Riefelschlauch nehmen und alles zu bespritzen.“ Ferner wird ihm befohlen, mit einem in die Wasserseige gefauchten Latentuch die Holzstempel abzuwaschen! Aus den nachfolgenden Aussagen ergibt sich, daß dem Steiger die Berginspektion signalisiert sein mußte. Es besteht für „Kaiserstuhl“ die Vorschrift des Veriefelsins. Die Arbeiter sollten also kurz vor Eintreffen der Berginspektion schnell den Anschein erwecken, als ob geriefelt würde. Der angefordigte Steiger bestritt die Manipulation nicht direkt, sagt nur, in dem „Südfeld“ brauche „mit wenigen Ausnahmen“, nicht geriefelt zu werden. Prompt wird das vom Berginspektor Vergat Köhler bestätigt und hintennach gibt die (aus zwei königlichen Bergräten und einem Bürgermeister bestehende) Untersuchungskommission das Urteil ab, in dem betreffenden Miß-

Bestehe keine Riefelpflicht, der „Beschwerdefall“ sei „hinfällig“. Es hat aber weder Nachfrage danach stattgefunden, ob die Betrüger nicht etwa gerade an den Ausnahmestellen, wo Veriefelung vorgeschrieben, geschah, noch hat der Arbeiterzeuge (laut Protokoll) sich rektifiziert! Warum ist die Kommission nicht sofort eingefahren, um einen Lokaltermin vorzunehmen? Wo es sich angeblich um Hintertüftelung der Kontrollbeamten handelt, die eventuell schwere Unglücksfolgen haben kann, da müßte doch gerade der Vergbehörde daran liegen, die Sache ganz genau festzustellen. Aber die Vergbehörde scheint gar nicht erpicht zu sein auf das Kennenlernen der Gegner ihrer Kontrolltätigkeit. Das muß uns mehr wundern, da von derselben Sache noch zwei Fälle ähnlicher Art wie der vorbesprochene bekundet wurden. Auch auf den anderen, schon „untersuchten“ Fäden kamen Betrügereien, begangen um die Verginspektion zu täuschen, zur Sprache. In keinem Falle hielt es die Vergbehörde, die doch in der Untersuchungskommission vertreten ist, für nötig, eventuell durch sofortige Lokaltermine den Tatbestand zweifellos festzustellen! Ja, es ist in den Protokollen zu lesen, daß die betr. „Einfahrer“ und Verginspektoren noch mithalten, die Vorgänge als möglichst harmlos abzutun! Während die betr. Arbeiter auf „Kaiserstuhl“ unter schwierigen Verhältnissen bei schlechter Luft, in fufshohem Wasser, ohne Gewissheit über die Höhe des Verdienstes schuften müssen, erhalten sie als Beigabe Schimpf- und Drohworte. Die Untersuchungskommission erblickt darin kaum etwas Furchtbares, denn woher sonst die milden Urteile. Das Schimpfwort „Kaulenzer“ muß wohl als allgemein beliebtes Kosewort im Ruhrgebiet gelten, da es so häufig von Steigern gegen Vergleute angewendet wird, ohne daß die Untersuchungskommission deshalb die Existenz von Mißständen zugeben. Auf „Kaiserstuhl“ sagt der Steiger S. zu dem 46jährigen K., der schon 23 Jahre Bergmann ist: „Was haben Sie alles über mich zusammengelogen, Sie Plebejus Luder!“ Der Steiger B. sagt zu einer Kameradschaft, die um höheres Gehälde ersucht: „Ihr bekommt nichts mehr dabei und wenn Ihr Blut piffet!“ Der humane Herr entschuldigte sich, es sei ein — Scherzwort gewesen!!! So also „scherzt“ man mit schwer arbeitenden Vergleuten. Na, dann ist alles begreiflich. Die Untersuchungskommission kommt zu dem Urteil, es handele sich um „unerhebliche Vorkommnisse!“ Wie wäre es, wenn jemand den Vergleuten solche „Scherzwörter“ sagte?

Wie besorgt man um Leben und Gesundheit der Vergleute ist, beweist der Fall der Vergleute B. und Genossen. Die Leute arbeiteten an einer gefährlichen Stelle, wurden verschüttet und mußten herausgegraben werden. Als anderen Tages der Bergmann H. um eine Vergütung der Rettungsarbeit bat, erwiderte der Steiger S.: „Lacht Euch das von den Kerls selbst bezahlen, denen hätte es nichts geschadet, wenn sie noch bis zum nächsten Morgen (verschüttet) geblieben hätten!“

Was also ist ein Vergarbeiterleben wert?

Die Revolution in Rußland.

Bombenattentate in Warschau.

Warschau, 26. März. Heute Abend 8 1/2 Uhr explodierte im Hofe der Pragoischen Polizeiverwaltung eine Bombe, wodurch fünf Personen verwundet wurden, darunter zwei tödlich. Der Oberpolizeimeister Baron Kollon eilte sofort im Wagen nach dem Tatort. Umweit der Weichselbrücke wurde auf ihn eine Bombe geworfen; Baron Kollon erlitt schwere Verwundungen im Gesicht, an der rechten Hand und am rechten Fuß und wurde in seine Wohnung gebracht. Die Ärzte hoffen ihn am Leben erhalten zu können. Ein vorübergehendes junges Mädchen wurde gleichfalls durch die Bombe verletzt.

Warschau, 27. März. Ueber den Bombenanschlag auf der Polizeistation wird weiter gemeldet, daß vier Polizisten und zwei Privatpersonen verletzt sind. Der Täter ist selbst verwundet, verhaftet worden. Die Person, welche den Anschlag gegen den Polizeimeister verübt hatte, tötete auf ihrer Flucht einen Polizisten.

Unruhen in Taurien.

In Jalta im Gouvernement Taurien ist es zu einer Erhebung der Bevölkerung gekommen. Nach einer Meldung der „Petersburger Telegraphen-Agentur“ sind fast alle Magazine und Branntweinbuden sowie das Polizeiamt zerstört worden. Einige Läden wurden in Brand gesteckt. Der Polizeichef wurde verwundet. Die Stimmung ist sehr erregt; das Eintreffen von Truppen wird erwartet. Die Post wird von Soldaten bewacht. Der Stadtrat ist zu einer außerordentlichen Sitzung zusammenberufen worden.

Aus Sewastopol sind mehrere Kriegsschiffe sowie drei Kompanien Soldaten nach Jalta abgegangen. In Sewastopol selbst ist infolge der Nachrichten aus Jalta eine sehr erregte Stimmung.

Warschau, 27. März. (Meldung der „Petersburger Telegraphen-Agentur“.) Der Urheber der Bombenexplosion in der Vorstadt Praga ist der 48jährige aus dem Bezirk Kowominst stammende Schlosser Stefan Dlojeca.

Bauernunruhen.

Petersburg, 26. März. Gestern wurde im Kreise Zepison, Gouvernment Zula, durch Bauern ein Landbesitz geplündert, der bis vor kurzem ihrem Gutsherrn, dem Grafen Ignatjew, gehört hatte und jüngst durch Kauf in den Besitz eines seiner Bauern namens Wasmanow übergegangen war.

Tiflis, 25. März. Die Garung unter den hiesigen Schülern dauert fort. Diejenigen, welche die Schule besuchen wollen, werden von anderen gewaltfam daran gehindert.

Aus verschiedenen Ortschaften des Gouvernements werden Bauernunruhen gemeldet. Am 18. drangen 350 Bauern der Ortschaft Chidari Wardsija (Kreis Schorapan) unter den Rufen: „Gurre, Freiheit, Brüderlichkeit, nieder mit der alten Verwaltung!“ in die vom Ministerium für Volksanklärung ressortierende Schule, zertrümmerten Türen, Fenster und Möbel und zerrißen ein Bild des Kaisers sowie Dokumente und Bücher. Ähnliches verübten sie in der Wohnung des Verwalters eines einem griechischen Kloster gehörenden Gutes.

In der Zeit vom 14. bis 18. d. Mts. begingen die Einwohner von drei Ortschaften Waldfrevel auf der Kapanagebungung Muzranskoje; 800 mit Stöcken und Gewehren bewaffnete Bauern aus verschiedenen Ortschaften erschienen in der Gutsanlage und stellten die Forderung, jeder Ortschaft in Zibis wie Kriminalfachen unbeschränkte Rechtspredung durch gewählte Richter zu gewähren, den Dorfgemeinden beigetretene Personen anderer Stände als vollberechtigte Bauern anzuerkennen, die Staats-, Kapanagen- und Privatgüter den Dorfgemeinden als Eigentum zu übergeben und von diesen nur Staatssteuern zu erheben. Weiter verlangten sie Befolgung der Geistlichen und Entschädigung

derselben für gottesdienstliche Handlungen ohne Kontrolle der Obrigkeit, Freigabe und Eröffnung von Lesezimmern und Bibliotheken ohne Zensur, Schulen, Verwendung der Rekruten ausschließlich innerhalb der Grenzen des Gouvernements und für Kriegsoperationen nur innerhalb der Grenzen Transkaukasiens, sowie Pressefreiheit und Abschaffung verschiedener Steuern. Zum Schluß erklärten sie sich solidarisch mit den russischen Aufstehern, setzten den 27. März als Termin für die Erfüllung ihrer Forderungen fest und behielten sich für die Zeit nach diesem Termin weiteres vor. Zur Herstellung der Ordnung und Verrückung der Entschädigung für den durch den Waldfrevel entstandenen Schaden ist ein Bataillon Soldaten entsandt worden. — Auch im Kreise Gori ist verschiedentlich Waldfrevel verübt worden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. März.

Die Firmenschlacht im Reichstage.

Es ist nicht unsere Sache, uns die Köpfe der Mitglieder des Zentralverbandes der Industriellen zu zerbrechen. Vielleicht aber werden bei der Lesüre der Reichstagsverhandlungen des Montags manche Angehörige des berufenen Scharfmacher-Verbandes sich die Frage vorlegen, ob nicht ein Teil des hohen Salairs, das Herr Veumer für sein Schimpfen auf die „bezahlten Agitatoren“ der Gewerkschaften bezieht, auf die Firma Krupp abzuwälzen sei. Der Zentralverband hat doch Herrn Veumer als Generalsekretär angestellt und durch Aufbietung aller Mittel in Duisburg zum „Volksvertreter“ wählen lassen, um durch ihn die gemeinsamen Interessen aller großindustriellen Ausbeuter vertreten zu lassen. Es genügt jedoch augenscheinlich dem Verehrungsbedürfnis des Dr. Veumer nicht, vor den Altären des abstrakten Kapitals im Staube zu liegen; sein Anbetungsdrang bedarf konkreter Objekte; und da der Geheimrat Ehrhardt den sogar in Verse gefaßten Weihrauch nicht zu würdigen verstand, den Herr Veumer vor ihm aufsteigen ließ, so trug dieser von da an die ganze Inbrunst eines hingebenden Dergens der Firma Krupp entgegen, die diese Opfergabe besser zu schätzen wußte. Nach Herrn Veumer stellt die Firma Krupp die Intarnation des Patriotismus, die fleischgewordene Selbstlosigkeit dar. Der Veumer trinkt seine Zungen mit dem eigenen Blute; die Firma Krupp legt sich die schwersten Opfer auf, erduldet geduldig die herbsten Verluste, nur um dem Vaterlande mit Worbinstrumenten zu dienen und den Welttruhm der deutschen Kanonen aufrechtzuerhalten. Schade nur, daß dieser begeisterte Hymnus des Hohenpriesters Veumer auf die Kapitalgötter Krupp so ungläubigen Hörern begegnete! Von den Rednern der Linken und des Zentrums wurde der Patriotismus der hohen Inlands- und billigen Auslandspreise gebührend beleuchtet; selbst der Kriegsminister mußte zugeben, daß doch nicht wohl lauterer Patriotismus, sondern profaische Jähzucht vor der Konkurrenz die Kruppischen Monopolpreise ein wenig ermäßigt hat; und Genosse Singer geißelte mit gebührender Schärfe das sonderbare Benehmen des deutsch-russischen Staatssekretärs des Kleubers, Fehr. v. Nichtsofen, der durch seine Einigungsmaßnahmen an die Adresse der beiden Konkurrenzfirmen das kaum durchbrochene Monopol wiederherstellen zu wollen scheint.

Die Krupp-Ehrhardt-Debatte stand im Mittelpunkt der Reichstagsführung vom Montag, deren Anfang eine Erörterung über die Spandauer Militärwerkstätten bildete. Wo der Fiskus dem St. Moskowskaja dient, da sind seine Werkstätten noch weniger als sonst Musterwerkstätten. Genosse Jubel beleuchtete scharf den politischen und sozialen Druck, unter dem die Militärwerkstättenarbeiter Spandaus trotz der nächsten Nähe Berlins schmachten. Die Erwidrerung des Generalmajors Sirt von Armin klang sehr kleinlaut, sie wäre vielleicht noch matter ausgefallen, wenn nicht in dem nationalliberalen Dr. Lucas und namentlich in dem Zentrumsabgeordneten Becker dem antischen freiwillige Regierungskommissare beigeisprungen wären.

Nach der Erledigung des Militär-Etats wurde die aufgeschobene Abstimmung über die Resolutionen zum Reichsamt des Innern vorgenommen. Eine Koalition aller sozialpolitischen Fraktionen brachte die Resolutionen unserer Fraktion zum Fall, während das Zentrum neben mittelständlichem Quart einige winzige Reformanträge durchsetzte.

Zur Abstimmung über einen Eventualantrag, der im Falle der Ablehnung des Zehnstundentages der Fabrikarbeiter, den Zehnstundentag für die Arbeiterinnen fordert, ist zu bemerken, daß die sozialdemokratische Fraktion lebhaftig durch ein Mißverständnis ablehnend gestimmt hat. In der Schnelligkeit, in der die Abstimmung über die zahlreichen Resolutionen erfolgte, wurde angenommen, es handele sich nicht um den Eventualantrag, sondern um den zweiten Absatz des Zentrumsantrages, der Sondervorschriften für Arbeiterinnen macht, die ein Hauswesen zu besorgen haben.

Der ausstehende Rest des Post-Etats wäre schneller erledigt worden, wenn nicht der nationalliberale Partling für nötig befunden hätte, in der Breite eines nach Zeilen bezahlten Kolportageromans über den Plaz des noch ungebauten Postgebäudes im Weindorf Müdesheim zu reden.

Am so schneller wurde mit dem Rest des Marine-Etats ausgeräumt, wobei ein paar nette Zulagen für notleidende Fregattenkapitäne abfielen. — Am Dienstag sollen weitere Etatsreste ausgearbeitet und außerdem Wahsprüfungen vorgenommen werden.

Preussisches Herrenhaus.

Nach längerer Pause sind die Herrenhausler am Montag wieder zusammengetreten, um über die Geschehnisse des preussischen Staates zu beraten. Die Sitzung begann mit einer Ueber-raschung; die Herren, die aus allerhöchstem Vertrauen zu „Volksvertretern“ berufen sind, soweit sie nicht durch ihre Geburt für dieses Amt im voraus bestimmt werden, die Herren, die die treueste Stütze von Thron und Altar bilden, sind plötzlich rebellisch geworden. Durch den Mund ihres erlauchtesten Präsidenten erhoben sie flammenden Protest gegen die Art und Weise, wie die Regierung sie, die ersten Männer im Staate, behandelt, indem sie die meisten Vorlagen erst an das Abgeordnetenhaus gelangen läßt. Darin erblickten die feinfühligsten Herren eine Zurücksetzung, die Regierung hindert sie am Arbeiten, und sie sehnen sich doch so sehr danach, vorläufig begnügt man sich, der Regierung seine Mißbilligung auszusprechen, für die Staatsberatung wurde eine fürchterliche Musterung in Aussicht gestellt. Wir verstehen den Schmerz dieser Edelsten der Nation zu würdigen; ihr Schicksal ist um so tragischer, als der einzige Mann in der Regierung, der sie richtig einzuschätzen wußte, Herr v. Hammerstein, nicht mehr am Leben ist. Das war, wie der Präsident hervorhob, ein Mann, der den Wünschen des Hauses stets entgegengekommen ist und der es verdient hat, daß das Herrenhaus sein Andenken ehrt. Wir gehörten stets zu den Gegnern des verstorbenen Ministers,

wir haben ihm manch' bitteres Wort gesagt, aber so grausam wie der Präsident des Herrenhauses in seinem Nachruf haben wir ihm niemals mitgespielt.

Die Tagesordnung, auf der nur unbedeutende Vorlagen, Berichte, Denkschriften und Petitionen standen, war in kurzer Zeit erledigt.

Am Dienstag beginnt die Etatsberatung.

Deutsches Reich.

Flottenvorlage.

Kaum hat das Landheer seine diesmaligen Wünsche befriedigt, da kündigen sich die Wünsche der Marine an. Man weiß, daß die nächste Reichstagsession eine Flottenvorlage bringen wird, der Staatssekretär v. Tirpitz hat sie bereits angekündigt und er hat mitgeteilt, daß der Appetit des Marineismus diesmal „nur“ auf sechs Panzerkreuzer und sieben Torpedoboote-Divisionen geht. Schon aber werden in Blättern der Industrie, die mit dem Marineismus intime Fühlung hat und gut unterrichtet ist, über seine Pläne Ankündigungen gemacht, welche zeigen, daß die neue Flottenvorlage sich wieder überaus kostspielig herausstellen dürfte. Die „Eisenzeitung“ berichtet:

„Es ist auf jeden Fall zu erwarten, daß die neue Flottenvorlage eine erhebliche Steigerung des Displacements der Panzerkreuzer vorsieht, da die übrigen Seemächte Fahrzeuge dieses Schiffstyps meist nicht unter 14 000 Tonnen bauen, während der deutsche für 1905 gebaute Kreuzer D nur 11 000 Tonnen aufweist. Mit der Vergrößerung des Displacements wird auch eine Erhöhung der Armierung Hand in Hand gehen. Für die am Schiffbau interessierte Industrie fällt eine solche Erhöhung des Displacements stark ins Gewicht; man kann diesen Faktor berechnen, wenn man die Herstellungskosten eines Linienschiffes von der Größe der „Braunschweig“-Klasse (mit 13 200 Tonnen) mit denen eines Kreuzers von etwa 16 000 Tonnen vergleicht. Rechnet man nämlich für Schiffe des ersten Typs etwa 25 Millionen Mark, so kann man für den letzteren etwa 32 bis 33 Millionen Mark in Aufschlag bringen. Außerdem ist auch eine ganz bedeutende Vergrößerung der noch zu bauenden Linienschiffe, die 1906 auf Stapel gelegt werden sollen, angesichts der Fortschritte in anderen Marinen zur unbedingten Notwendigkeit geworden. Voraussichtlich wird die neue Vorlage auch in dieser Beziehung Klarheit schaffen. Unentschieden ist dagegen noch, ob man mehr den Van Kreuzer, deren Wichtigkeit keineswegs verkannt wird, oder den der Torpedoboote in den Vordergrund stellen wird.“

Also nicht nur neue Panzerkreuzer sollen, aber das Flottenprogramm von 1900 hinaus, gebaut werden, sondern man rechnet mit bedeutender Vergrößerung der Salachtschiffe, sowohl der im Flottenprogramm vorgesehenen als der neu geplanten Panzerkreuzer. So wird jede der schwimmenden Festungen bedeutend höheren Kostenaufwand beanspruchen als noch vor einigen Jahren angenommen wurde.

Wer wird darüber kagen! Sind es doch die „Fortsschritte in anderen Marinen“, welche diese Vergrößerungen der Kriegsschiffe und ihrer Kosten „zur unbedingten Notwendigkeit“ machen. Erst vollbrachten wir den „Fortschritt“ und die anderen folgten, nun sind die anderen wieder „fortgeschritten“ und wir müssen folgen. Wie lange noch und der ganze Fortschritt des Flottenprogramms ist überholt! Nur ein Ergebnis ist positiv und unbestreitbar: jede der fortschrittlichen Nationen hat Milliarden ins Wasser geworfen, Milliarden, die der menschlichen Arbeit und Kultur verloren sind! —

Beruhigung der Franzosen. Aufgeregten Deuten schien bereits aus der Marokkogeographie ein Zerwürfnis mit Frankreich zu erwachsen, des deutschen Kaisers Landung in Tanger wurde als Unfreundlichkeit gegen die Franzosen gedeutet. Es ist jedoch nichts damit, rein gar nichts, der Kaiser ist vielmehr von den lebenswichtigsten Empfindungen gegen Frankreich erfüllt. Wird doch heute berichtet:

„Der deutsche Geschäftsträger in Paris, Votschaftsrat v. Plotow, erhielt gestern über Vrest durch Funkentelegraphie eine Depesche Kaiser Wilhelms, durch die er beauftragt wird, den Angehörigen Jules Vernes das allerhöchste Beileid auszudrücken mit dem Bewußtsein, daß der Kaiser in seiner Jugend sich an den Werken des verstorbenen Schriftstellers stets besonders erfreut habe.“

Jules Verne, der Schreiber des phantastisch-tollen Reiseromans, ist zwar eine Nichtigkeit im französischen Geistesleben, doch in funken-telegraphischer Eile sendet der Kaiser das Beileid, da er sich jugendlicher Freuden dankbar erinnert. Paris kann erkennen, wie fremd franzosenfeindliche Gefühle der Seele des Monarchen bleiben, und es mag sich an der literarischen Beileidsdepesche trösten, wenn ihm in Marokko etwas mißfällt. —

Zentrum und Unterstützung der Ruhr-Vergleute. Wir haben wiederholt festgestellt, daß das „arbeiterfreundliche“ Zentrum in keiner einzigen der vielen Städte und Gemeinden, in denen es im Rathaus die Mehrheit hat, auch nur einen roten Heller für die Vergleute bewilligte. Unser Kölner Parteiblatt, die „Rheinische Zeitung“, hat nun das Sprachrohr des Kölner Rathaus-Zentrums, den Wahnsinnigen „Lokal-Anzeiger“, mehrmals aufgefordert, sich darüber zu äußern, ob es wahr sei, daß in den Fraktions-sitzungen der Kölner Zentrums-Stadtvorordneten zwar die Unterstützung gefordert, daß sie aber von der Zentrumsfraktion fallen gelassen worden sei. Der „Lokal-Anzeiger“ antwortete antwärtend, bestritt aber die Behauptung der „Rheinischen Zeitung“ nicht. Darauf stellte unser Parteiblatt auf Grund dessen fest, daß in der Tat die Unterstützung der Ruhr-Vergleute von der Kölner Zentrumsmehrheit des Stadtvorordneten-Kollegiums in der Fraktions-sitzung abgelehnt worden sei. Das war zu Anfang voriger Woche. Bis heute hat man auf diese Feststellung mit keiner Silbe erwidert. Man gibt sie also stillschweigend zu. Wie wir schon früher betonten, gehört zu den Kölner Zentrums-Stadtvorordneten auch der große Renommier-Sozialpolitiker des Zentrums, Reichstags-Abgeordneter Karl Trimborn! —

Der Aussenkurs vor Gericht.

Stuttgart, 27. März. (Privatdepesche.) Eine am 15. März im „Simplissimus“ erschienene Satire „Staatshöflichkeit“ von Ludwig Thoma sollte heute an dem Verfasser und an dem verantwortlichen Redakteur des „Simplissimus“ gerächt werden. Der Stuttgarter Staatsanwalt sah in der Satire, wie schon früher seine Kollegen in Königsberg und Hannover, eine Beleidigung der Königsberger Polizei. Der Redakteur der „Königsberger Volkszeitung“ war denn auch wegen Abdruck der Satire zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Die beiden Angeklagten waren zu der heutigen Verhandlung persönlich erschienen. Redakteur Linnefogel erklärte, die Satire richtete sich keineswegs gegen subalterne Polizisten, sondern gegen die preussische Regierung und gegen den Reichskanzler. Thoma wies darauf hin, daß die Satire geschrieben sei unter dem Eindruck der Rede des Reichskanzlers zu der sozialdemokratischen Interpellation über die Auslieferung russischer Staatsbürger und unter dem Eindruck der Tätigkeit der russischen Polizei in Preußen. Der Staatsanwalt hielt demgegenüber daran fest, daß nur die Königsberger Polizei beleidigt sein könne, nicht der Reichskanzler, denn es sei zwar in dem Artikel auch vom Reichskanzler die Rede, aber der Reichskanzler sei nicht lediglich preussischer Beamter, so daß im besonderen die inkriminierte Stelle „ein russischer Lump besteht und ein preussischer Beamter gehorcht“ den Reichskanzler nicht trifft. Der Staatsanwalt beantragte für jeden der Angeklagten 100 M. Geldstrafe.

Hierauf ergriff Thoma nochmals das Wort. In verbindlichem Ton übergab er die Staatsanwaltschaft mit Dohn wegen der Nachforschung, die sie in Königsberg nach dem Gelden der Satire, dem Studenten Stefanow, hatte pflegen lassen und

weil sie diesem Schwabenreich die Krone aufsetzte durch die amische Feststellung, dieser Student sei in Königsberg nicht zu finden gewesen. Dann wendete sich Thoma der Person des Reichslanzlers zu, dessen Amt-Vernehmung er unter fortwährender Hilfe des Auditoriums, der der Verhandlungsbühne vergeblich zu steuern suchte, an den Lanten Kants und an dem jetzigen Kantskurs auf ihren wirklichen Wert untersuchte. Königsberg sei als Schauplatz der Satire angebracht gewesen, als preussisch-russische Grenzstadt, als Schauplatz des Königsberger Prozesses und als Geburtsort Kants, den der Reichslanzler mit so schönen Worten gefeiert habe, während seine Taten einen Hohn auf den Weisen von Königsberg bilden. Der Gerichtshof schloß sich der Argumentation der Angeklagten an und erkannte auf Freisprechung, da die Kritik der Satire sich nicht gegen die Königsberger Polizei, sondern gegen den Reichslanzler richtet. Ein zweiter „Simplicissimus“-Prozess wegen Beleidigung des Königs von Sachien findet am 10. April vor dem Schwurgericht in Stuttgart statt.

Eine neue Enttäuschung für den Kriegsminister. Aus Straßburg wird uns berichtet: Kummehr gelangt auch das 10. Fußartillerie-Regiment in die von Herrn v. C. in dem so gefassten Mubrit „Aus unserem herrlichen Kriegsbeere“. Nach Verichten eines hiesigen Blattes wird sich der Unteroffizier Eisner in kurzem wegen fortgesetzter Soldatenmishandlungen zu verantworten haben. Es sind bereits jetzt einige der Erziehungsmitel des Unteroffiziers bekannt geworden. Er ließ die Rekruten in einer Reihe antreten, und zwar in geringen Zwischenräumen von einander, und befahl ihnen sodann, mit den Händen an sich zu schlagen, so daß sie sich gegenseitig ins Gesicht treffen mußten. Das Schlagen mit dem Auerbaum oder dem Seitengewehr auf den Kopf der Leute, so daß Wunden in der Mundhöhle, an den Ohren, dem Schädel entstanden, betrachtete er als eine günstige Abhärtungsmethode! Häufig entzog er den Rekruten das Essen, indem er die Schnäpfe auf die Spinde stellen ließ und befahl, an den Spinden hinaufzuspringen; und die Soldaten mußten sich mit dem Dampf der Schüssel Genüge sein lassen.

Außerordentlich bezeichnend für das Militärsystem ist die Art, wie diese Schindereien überhaupt ans Tageslicht gekommen sind. Ein Gefreiter, der von Eisner wegen einer angeblichen Nichtbefolgung eines Befehls gemeldet wurde, meldete nun seinerseits aus Jona die Mißhandlungen, die in seiner Rekrutenzeit vorgekommen waren. Auch hier ist die Aufdeckung der Abscheulichkeiten nur einem Zufall zu verdanken.

Südwestafrika.

General v. Trotha befindet sich auf dem Wege nach dem südlichen Kriegsschauplatz und ist am 25. März von Rehoboth nach Stub abmarschiert. Nach einer Meldung des Generals aus Rehoboth vom 25. März haben die Gesetze vom 10. und 11. März in den Karasbergen den Erfolg gehabt, daß die Bande von Rengas sich nach allen Seiten zerstreute. Oberst Deimling hatte die Absicht, die Orte Kasur, Garabis, Stinkdoorn und Kalkfontein, sowie die Karasberge und Hurub mit kleinen gemischten Abteilungen zu besetzen, um die Gegend weiter vom Feinde zu säubern. Major v. Kamps lehrte mit dem Rest der Truppen und dem Vieh nach Keetmanshoop zurück. Auf dem Wege dorthin wurde er am 19. März östlich Hurub von etwa 100 Hottentotten angegriffen, von denen infolge der günstigen Artilleriewirkung 50 fielen. Diesseits sind 3 Reiter gefallen, einer verwundet. Am 22. März wurde die Abteilung Kamps wieder von 150-200 Hottentotten erfolglos angegriffen. Diesseits fiel ein Bur, 4 Reiter und ein Bur wurden verwundet. Die feindlichen Verluste konnten der Dunkelheit wegen nicht festgestellt werden.

Ein Telegramm aus Windhuk meldet: Reiter Josef Lärken, geb. 5. Juli 1880 zu Verlautenheide, am 5. Januar dieses Jahres im Gefecht bei Gochas gefallen. (Infolge von Rückfragen verzögert.) Kriegsfreiwilliger Franz Traub, geb. am 10. Oktober 1886 zu Langenenslingen, im Gefecht bei Seibanes schwer verwundet. — Reiter Johann Müll, geb. am 19. April 1883 zu Schinzel, am 22. März d. J. im Lazarett Kalkfontein an Typhus gestorben. Treiber Hermann Gummert aus Gropendorf bei einem tötlichen Angriff auf einen Posten in Läderibucht erschossen.

Berichtigung! Im Leitartikel der Sonntagsnummer soll es in der vorletzten Zeile der ersten Spalte heißen: Farmerfamilie, nicht Arbeiterfamilie.

Ausland.

Frankreich.

Deputiertenkammer.

Das Haus fährt in der Beratung über die Vorlage betreffend die Trennung von Kirche und Staat fort. Charles Benoist (nat.) gibt der Meinung Ausdruck, daß das Konordat notwendig sei. Man dürfe der Kirche nicht ihre volle Freiheit lassen, da hierdurch Frankreich bald gezwungen sei, ein neues Konordat abzuschließen.

Der Parteitag der Jaureisten wurde am Sonntag eröffnet. Er ist von annähernd 100 Delegierten besucht, die 150 Mandate vertreten. Auf Antrag von Jaurets wurde sofort beschlossen, zunächst nur über die Herstellung der Partei-Einigkeit zu diskutieren und alle anderen Fragen einem geheimen Parteitag zu überlassen, der Ende April in Paris tagen soll. Infolgedessen wandte sich die Diskussion sofort der hauptsächlichsten Streitfrage zu, ob die sozialistischen Deputierten im Kartell mit den übrigen Parteien der republikanischen Kammermehrheit verbleiben sollen. Deputierter Kaganeur, Bürgermeister von Lyon, trat lebhaft für die Unabhängigkeit der Parlamentsfraktion ein, während Rouanet sich für die Amsterdamer Beschlüsse erklärte. Briand schilderte die bisherigen Erfolge, welche die Sozialisten im Parlament ihrer Mitarbeit mit den übrigen Republikanern verdanken, besonders in der Frage der Trennung von Staat und Kirche. Briand sagte u. a., die Abgeordneten müßten sich an den Willen ihrer Wähler halten und nicht an den der sozialistischen Parteileitung. Daraus wurde ihm erwidert, bei solcher Auffassung würde der französische Sozialismus aus der internationalen Sozialdemokratie ausgeschlossen werden.

Dänemark.

Ein Schandstück der Gesetzgebung. Am Freitag ist das Prügelgesetz nach der dritten Beratung im Folkething mit 83 gegen 37 Stimmen angenommen worden; 10 Abgeordnete enthielten sich der Stimme und drei waren abwesend. Sieben Mitglieder der Regierungspartei, die im vorigen Jahre gegen das Gesetz stimmten und in der vorigen Woche bei der zweiten Lesung sich der Stimme enthielten, stimmten diesmal dafür. Sie waren, wie „Social-Demokraten“ treffend bemerkt, jetzt so gut einegeriert, um Alberts Prügelmajorität zu verstärken. Zufällig war es der despotische Einfluß, den Albert innerhalb der Regierungspartei ausübt, und keine sachlichen Gründe, was die allmächtige Erstarung der Prügelmajorität verursacht hat. „Ich will hoffen“, sagte unser Parteigenosse Voghjery, der nochmals eine große Rede gegen das schändliche Gesetz hielt und dabei auch die politische Haltlosigkeit Alberts treffend charakterisierte, „daß das Ausland hinreichend darüber unterrichtet wird, was für besondere Umstände es bewirkt haben, daß dieses Gesetz angenommen wird. Es sind politische Gründe und nicht sachliche Überzeugung. Das Gesetz ist zu einer „Ehrensache“ und zu einer Rechtsfrage für Albert geworden. Die Leute in seiner Partei, die anders dachten, durften den Justizminister nicht im Stich lassen, der nun einmal den Einfall hatte, daß wir die ungeheuerliche Prügelsätze erhalten sollten. Die Stillen im Lande, die guten Köpfe, die sein entwickeltesten Gehirn, empfinden es schmerzhaft, daß dieses Gesetz angenommen wird. Sie empfinden es persönlich als ein Schmach und Schande für

das Land. Aber nehmen Sie nur diesen Entwurf an, und über sechs Jahre ist in diesem Saale eine andere Mehrheit, die das Gesetz niederstimmen wird. Unser Klein wird über das ganze Land hinaus erhalten und widerhalten von allen Bahiribünen.“

Außer Voghjery sprachen von den Sozialdemokraten noch Marott, Sabroe und A. C. Reher; aber auch sie waren sich selbstverständlich wohlbewußt, daß die Annahme des Entwurfes eine abgeleitete Sache war, daß die Stimme der Kultur und der gesunden Vernunft, daß alle guten Gründe auf diese durch Machtmittel verbundene Mehrheit keinen Einfluß auszuüben vermochten. So mußte denn das vor wenigen Jahren noch unglaublich erscheinende geschehen, daß eine Partei, die jahrzehntelang für Demokratie und Humanität, oftmals gemeinsam mit der Sozialdemokratie, gekämpft hat, ein Gesetz zustande brachte, daß aller Kultur und Humanität Hohn spricht.

Das Prügelgesetz ist nun wieder dem Landeshing überhandt worden und wird hier jedenfalls in seiner jetzigen Form ebenfalls angenommen werden.

Amerika.

Die Venezuela-Affäre. Präsident Castro verhält sich den amerikanischen Wünschen gegenüber durchaus ablehnend und behauptet, es liegen keine Streitigkeiten vor, die einem Schiedsgericht zu unterbreiten wären; der Gesandte Bowen verschleifte sich einer Darlegung des wirklichen Sachverhalts. Die Regierung in Washington ist von diesem passiven Widerstande Venezuelas unangenehm berührt, will aber offenbar nichts Ernstes dagegen unternehmen. Roosevelt läßt sich kein graues Haar deswegen wachsen und trifft Vorbereitungen für eine große Jagdpartie nach dem Westen, ein Zeichen, daß er der Angelegenheit wenig Wert beimeißt.

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Die japanische Verfolgung nicht unterbrochen!

Petersburg, 27. März. Nach Meldungen aus Gungshulin sind die japanischen Truppenteile, welche den Auftrag haben, das russische Heer zu vernichten, nicht stark genug, um ihre Aufgabe vollständig durchzuführen. Trotzdem ist es möglich, daß die russische Armee sich bis zur sibirischen Grenze zurückzieht, um dort Verstärkungen zu erwarten und die Armee leichter zu verproviantieren.

London, 27. März. Nach Meldungen aus Tokio ist die japanische Kriegsführung fest entschlossen, in der Verfolgung der Russen keinerlei Pause eintreten zu lassen. Es dürfte nicht lange dauern, bis Dyma Chardin besetzt hat und einen Teil des russischen Heeres nach Vladivostok abdrängt, welches er durch Ausschungerung in kurzer Zeit zu Falle bringen würde.

Petersburg, 27. März. Aus Gungshulin liegt vom 24. März folgende Meldung vor: Nördlich von Rayuan wurden fünf Brücken gesprengt, wobei fünf Soldaten verwundet wurden. Am Abend des 23. März wurde von japanischer Seite der Versuch gemacht, die Rückzugstruppen in der Nähe der Wahnlinie anzugreifen. Der Kampf dauerte bis nach Mitternacht. Zwei heftige Kämpfe der Japaner wurden zurückgeschlagen. Die Gerüchte von einer Umgehungsbewegung, die den Zweck haben soll, die Russen von Chardin abzuschneiden, befristigen sich.

Syngin, 27. März. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Unsere Patrouillen näherten sich der Stadt Schantusu; ein in die Stadt eindringender Freiwilliger erkundete, daß die Stadt von etwa zwei Infanteriebataillonen und zwei Eskadrons Japaner besetzt sei. Vor der Front unserer Armee wurde eine im Dival liegende Chundusendbande unter Führung japanischer Offiziere und Unteroffiziere bemerkt.

Tokio, 27. März. (Amtliche Mitteilung.) Marschall Oyama meldet, daß von den Nicht-Kombattanten, die bei der Schlacht von Mukden in die Hände der Japaner fielen, folgende entlassen wurden: Bei der Front der Avantgarde 47 im Offiziersrang, 359 im Unteroffiziersrang Stehende, neun Pflegerinnen, zwei Priester und vier Kaufleute, die der Armee attached waren. Auf ihren Wunsch in Tschifu resp. Schanghai werden entlassen: 23 im Offiziersrang, 208 im Unteroffiziersrang Stehende und 23 Pflegerinnen.

Aus Industrie und Handel.

Die japanische Anleihe und die deutschen Banken. Anstatt offen zuzugeben, daß die englische und amerikanische Finanz sie von der Beteiligung an der neuen japanischen Anleihe ausgeschlossen hat, versucht die deutsche Bankfinanz noch immer in der ihr zugänglichen Presse, die Fiktion aufrecht zu erhalten, als hätte sie die Beteiligung abgelehnt, weil der Emissionskurs zu hoch sei. Wie weit diese Angabe richtig ist, zeigt die Tatsache, daß in London die Anleihe bereits mit einem Agio von über 2 Proz. gehandelt wird und auch in deutschen Kapitalzentren sich Neigung zu Käufen der neuen Werte bemerkt. Das geht den deutschen Banken, die gern bei der Ausgabe mitgemacht hätten, gegen den Strich, und so bringt die „National-Zeitung“ in letzter Nummer folgende lustige Warnung: „Die wir erfahren, werden von seiten verschiedener Londoner Wrosterfirmen Versuche gemacht, durch Vermittelung hiesiger Geschäftsfreunde deutsche Zeichnungen auf die obige Anleihe zu erhalten. Nachdem die deutsche Finanz die Beteiligung an der Anleihe auch mit Rücksicht auf die zu niedrige Verzinsung bezw. den zu hohen Emissionskurs ablehnen zu müssen geglaubt hat, besteht für die deutsche Kapitalistenwelt kaum eine Veranlassung, indirekt via London der Emission näher zu treten.“

Diese Besorgtheit um das Wohl der kleinen deutschen Kapitalisten ist geradezu komisch. Viel angebrachter wäre es gewesen, die „National-Zeitung“ hätte vor einigen Monaten, als die deutschen Banken die Russenanleihe emittierten, das Publikum gewarnt, den neuen russischen Werten „näher zu treten“.

Die Berliner elektrischen Vorortbahnen, deren Aktien bekanntlich größtenteils im Besitz der Großen Berliner Straßenbahn sind, veröffentlichen jetzt ebenfalls ihre Jahresabschlüsse, nachdem deren Hauptergebnis schon im Geschäftsbericht der „Großen“ mitgeteilt worden sind. Im ganzen haben die beiden Vorortbahnen, die westliche und die südliche wesentlich bessere Resultate aufzuweisen, als im Jahre 1908. Die Westliche Berliner Vorortbahn hat zum erstenmal mit einem nennenswerten Gewinn abgeschlossen. Die Betriebseinnahmen haben sich auf 2 115 618 M. (i. V. 1 816 496 M.) erhöht; die Betriebsausgaben auf 1 521 134 M. (i. V. 1 332 301 M.); der Ueberschuß stellt sich also auf 594 485 M. (i. V. 484 194 M.). Der Reingewinn beträgt 147 388 M. (i. V. 68 882 M.), wovon die Unterbilanz 60 064 M. abforbierte. Die Südliche Berliner Vorortbahn, von deren 3 Mill. M. Aktien die Große Berliner Straßenbahn die Hälfte besitzt, hat eine Konto-Korrentschuld von 741 027 M. (i. V. 650 000 M.). Die Betriebseinnahmen betragen 430 097 M., die Ausgaben 465 833 M., sodas ein Betriebsverlust von 35 536 M. (i. V. 77 495 M.) entstand, zu dem noch 21 874 M. Zinsen und Kursverlust, 62 371 M. Abschreibungen und 11 641 M. Abgaben treten. Hiernach wächst die vorjährige Unterbilanz von 855 337 M. auf 988 760 M. an.

Schiffbauvereinigung. Vor einiger Zeit wurde gemeldet, daß verschiedene früher dem Großblechverband angehörende Werke, besonders solche, die sich mit der Fabrikation von Schiffplatten befassen, eine Schiffbauvereinigung zu bilden gedächten. In einer am Sonnabend in Essen abgehaltenen Sitzung, in der jedoch die Vertreter der Rheinischen Stahlwerke und der Gewerkschaft Grillo, Junke u. Co. fehlten, wurde über die wichtigsten statutarischen Bestimmungen des neuen Kartells ein Einverständnis erzielt, so daß man darauf rechnen, Anfang nächsten Monats den Verband offiziell konstituieren zu können. Dah der Zusammenschluß, wie von einigen Blättern jüngst behauptet worden ist, speziell zu dem Zweck erfolgt, die Preise für Panzerungsmaterial zu erhöhen, wird von den Leitern der Vereinigungsverhandlungen bestritten. Nach ihrer Angabe hat das geplante Kartell mit Panzerungsmaterial gar nichts zu tun. Es handele sich vielmehr um den Verkauf und die Lieferung von

Material für den Bau von Seeschiffen, also von Platten und Profilstahl.

Börsengeheknovelle. Der Vorstand des Vereins Berliner Getreide- und Produktenhändler hat dem Reichstage gestern zum Wiederauftritt der Börsenkommission eine Eingabe überreicht, in welcher er darum bittet, der Reichstag möge durch Annahme der Börsengeheknovelle mit den vom Börsenvorstand beantragten Änderungen den Lieferungsandel in Getreide zwischen Kontrahenten, die nach ihrer wirtschaftlichen Stellung berechnigte Veranlassung zur Beteiligung an denselben haben, rechtlich sicherstellen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Vertrag der Maurer ist angenommen.

Am letzten Freitag fand in den einzelnen Bezirken der Berliner Zahlstelle des Maurerverbandes die Abstimmung statt über die Verlängerung des Tarifvertrages mit den in der Rächtscherekommission beratenen Änderungen. Am Sonntag wurde folgendes Ergebnis der Abstimmung festgestellt: Abgegeben sind 6227 Stimmen. Davon sind 4084 Stimmen für, 2187 Stimmen gegen den Vertrag, 56 Stimmen waren ungültig. Drei Bezirke, aus denen das Resultat noch nicht bekannt ist, stehen noch aus, sie können aber an dem Gesamtergebnis nichts ändern. — Durch die Annahme des Vertrages sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Maurer in Groß-Berlin wieder auf zwei Jahre festgelegt. Der Stundenlohn erhöht sich danach für das laufende Jahr von 70 Pf. auf 73 Pf. und im nächsten Jahre auf 75 Pf. Eine andere wesentliche Änderung des Vertrages ist die, daß die Klausel, welche eine bestimmte Arbeitsleistung festsetzt, durch eine Bestimmung ersetzt wird, wonach eine dem Lohn angemessene Arbeitsleistung gefordert wird. — In den Bezirken Adlershof, Alt-Blonide, Köpenick und Friedrichshagen, die zusammen acht Orte umfassen, stand der Stundenlohn bis jetzt um 5 Pf. hinter dem Berliner Lohn zurück. Die Arbeiter haben bei den Unternehmern eine Gleichstellung des Lohnes der genannten Orte mit dem Berliner Lohn beantragt. Die Sonderberatungen, welche mit den Unternehmern der betreffenden Orte abgehalten wurden, hatten das Ergebnis, daß der Lohn in diesen Orten im laufenden und im nächsten Jahre um je 5 Pf. erhöht wird. Er beträgt also in diesem Jahre 70 Pf., im nächsten Jahre 75 Pf., und steht dann also auf derselben Höhe wie der für Berlin geltende Lohn.

Der Metallarbeiterstreik bei der Firma G. Lorenz ist beendet. Am Sonnabend fanden noch einmal Verhandlungen mit dem Firmenchef statt, die jedoch wieder ein negatives Resultat zeitigten. Es wurde nichts weiter bewilligt, als der schon anfangs zugegebene Nachschuß von 70 Pf. für Induktoren, 25 Proz. Zuschlag für Ueberstunden und Einsetzung eines Arbeiterausschusses. Alle übrigen Forderungen wurden nach wie vor abgelehnt. Falls die Streitenden sich mit diesen Bedingungen einverstanden erklären würden, sollte deren Wiedereinstellung erfolgen, soweit Plätze frei seien. Nach Lage der Sache und in Anbetracht dessen, daß sich eine erhebliche Zahl von Arbeitswilligen der Firma zur Verfügung gestellt hatten, empfahl der Verbandsvertreter Wiefenthal in der getriggen Streikversammlung den Ausständigen, den Kampf abzubrechen. Da sich bei der geheimen Abstimmung eine Zweidrittelmehrheit für die Fortsetzung des Streiks nicht ergab, so gilt derselbe als beendet.

Die Lohnbewegung der Kornträger ist, ohne daß es zur Arbeitsniederlegung kam, mit einem schönen Erfolge für die Arbeiter beendet worden. Am Sonnabend fanden unter Hinzuziehung des Verbandsvertreters Uthe vom Transportarbeiter-Verband Verhandlungen mit den Arbeitgebern statt. Diese verhielten sich anfangs ablehnend, weil ihnen die Forderung als zu hoch erschien. Als den Herren aber nachgewiesen wurde, daß sie bereits im Februar für ihre Kundschaft die Gebührensätze selbst schon erhöht, erhöht hatten und zwar unter Hinweis auf eine kommende Lohnbewegung, an die damals noch keiner der Arbeiter dachte, da erklärten sie sich zur Bewilligung bereit. Die Wäger gehören demnach nicht mehr zur Affordkolonne, sondern werden extra bezahlt. So dann wurde die Grundtage des Trägerlohnes von 10 auf 12 Pf. pro Tonne schweren Getreides und von 11 auf 14 Pf. pro Tonne leichten Getreides erhöht. Nach diesen Abmachungen stellt sich der Trägerlohn bei einer durchschnittlichen Arbeitsleistung von 80 Tonnen pro Kolonne schweren Getreides für den einzelnen Träger auf 1,60 M. und bei 70 Tonnen leichten Getreides auf 2,30 M. täglich höher als bisher. Außerdem soll auch der Bootsmann außerhalb der Kolonne gestellt und mit 8 Pf. pro Tonne entschädigt werden. Gleichzeitig wurde für die Wodenarbeiter auf dem Speicher des Hamburger Güterbahnhofes — auf dem Wehrer- und dem Insel-Speicher fehlen die Wodenarbeiter — der Minimallohn auf 40 Pf., nach dreimonatlicher Beschäftigung auf 45 Pf. und für Vorarbeiter auf 50 Pf. pro Stunde bei 10stündiger Arbeitszeit festgesetzt. Ueberstunden werden mit 5 Pf. Zuschlag bezahlt. Vorstehende Vereinbarungen wurden tariflich auf 1 Jahr festgelegt und am Sonntag von einer gutbesuchten Kornträgerversammlung gutgeheißen. Bemerkenswert ist, daß die Kornträger gegenwärtig zu 90 Proz. organisiert sind.

Die Vereinigung der Fliesenleger ersucht um Aufnahme der nachstehenden Erklärung, die leider aus Raummangel nicht früher Aufnahme finden konnte: Zu der Erweiterung der Fliesenlegersektion des Maurerverbandes in der Nr. 45 auf die Kottig des Ortsvereins der Fliesenleger entgegenen wir folgendes: Die Sektion unterbreitet der Leffentlichkeit Tatsachen, die dartun sollen, daß Mitglieder der „Vereinigung der Fliesenleger Deutschlands“ auf dem Bau Ronbijoouplah 10 Sperrbrecherei begangen haben. Auf den eigentlichen Kern der Angelegenheit geht die Sektion fast gar nicht ein. Unsere Versammlung hatte in einem mit großer Mehrheit angenommenen Antrag ausgeprochen, daß diese Sperrbrecherei im Interesse der Arbeiter, sondern zum Gefallen des Unternehmers verhängt wurde. Ohne gründliche Untersuchung seitens der maßgebenden Funktionäre darf etwas Derartiges nicht wieder vorkommen. Die Versammlung beschließt, über diesen Punkt zur Tagesordnung überzugehen. Warum widerlegt die Sektion die hierin liegende Behauptung nicht, daß die Sperrbrecherei zum Gefallen des Unternehmers verhängt worden sei? Weil sie es nicht konnte! Statt dessen hämmert sie sich an einen individuellen Eindruck des Schriftführers. Der Beweis für die Richtigkeit des in dem Antrage niedergelegten sei hier kurz erbracht: 1. Als der Kollege Vorpohl von dem Bau gewiesen wurde kurz nach Frühstüd, erklärte sich mit diesem niemand solidarisch. Der Kollege Anton, in unserer Versammlung als Vertreter der Sektion anwesend, von Buttlisch nach dem Grunde dieser Unterlassung gefragt, erklärte, „sie hätten zu weit umher gearbeitet“, sie wüßten nicht was voring. Die Kollegen hatten aber bis zu Mittag und die Mittagszeit hindurch Zeit, zu beschließen, was sie tun wollten. Aber nichts geschah! 2. Als dann am Nachmittag der Fliesengeschäftsinhaber ebenfalls vom Bau gewiesen wurde, haben die Kollegen den Bau verlassen, nicht etwa freiwillig, sondern der Geschäftsinhaber forderte sie zum Verlassen des Baues auf, versprach ihnen die Zeit zu bezahlen und wies ihnen später andere Arbeitsstellen an. 3. Sagte der Unternehmer dann noch zu den Kollegen: „Sie sind doch alle organisiert; Sie werden doch wissen, was dort zu geschehen hat.“ Hierauf gingen die Kollegen der Sektion in ihre Mitgliederversammlung und beschloß diese dann die Sperrbrecherei über den Bau Ronbijoouplah 10/11. Dies alles war am 26. Januar. Wäre der Unternehmer acht Tage später durch den Postler Pfraum vom Bau gewiesen worden, so hätte die Sektion jedenfalls auch dann erst die Sperrbrecherei verhängt — mit dem Kollegen Vorpohl. Am 27. Januar, erschien schon die Sperrnotiz im „Vorwärts“, jedoch ohne Mitteilung davon, daß der Unternehmer die Sperrbrecherei gewünscht hatte.

Am Abend des 27. kam auch der Kollege Vorpohl zu Püttlich und ersuchte ihn, sich der Sperre anzuschließen. Auch aus seiner Darstellung ging der oben geschilderte Sachverhalt nicht hervor und ließ ich mich herbei, ebenfalls eine Sperrennotiz nach dem „Vorwärts“ zu schicken, welche am Sonntag, den 29. Januar, erschien. Aufgebender als Vorpohl's Darstellung war natürlich die Notiz der Sektion für mich. Am Sonntag, den 29. Januar, erschien der ausführliche Versammlungsbericht, in dem der Sperrebeschluss der Sektion stand, mit der Mitteilung, „dass die Sperre im Einverständnis mit dem Unternehmer verhängt sei“. Hieraus war nun der Wert und Charakter der Sperre schon etwas ersichtlicher geworden. Die Sektion berief dann zum 1. Februar eine gemeinsame Sitzung ein auf Grund des Schreibens vom Kolleger Pflaum. Püttlich bekam am 31. Januar erst Nachricht von der Sitzung und konnte seine Kollegen bis auf Vorpohl und Giesche, weil er die Adressen nicht hatte, zum 1. Februar nicht mehr laden. Pflaum hatte in dem Schreiben die Sektion aufgefordert, den Fall zu untersuchen. Dies ist nicht geschehen. Diese Tatsache verschweigt die Sektion in ihrer Erklärung. Pflicht der Sektion war es doch — wenn sie die Sperre ernst nahm —, die Sache zu untersuchen und uns mit hinzuzuziehen. Am 2. Februar wurden wieder drei Leger nach dem Bau geschickt. Diese verhandelten im Beisein des Werkführers mit dem Kolleger. Der Kolleger gab dann die Erklärung ab, dass er in Zukunft die Leger nicht mehr beschließen wolle, und als die Leger darauf bestanden, dass Vorpohl dort wieder arbeiten solle, erklärte er sich auch hiermit einverstanden. Hieraus gingen die Leger an zu arbeiten. Am Abend war unsere Versammlung, wo sie vertreten waren und die Sache vortragen. Gleichzeitig erklärten sie noch, wenn die Versammlung mit dem Aufnehmen der Arbeit — womit sie nach Lage der Dinge keineswegs meinen einen Fehler begangen zu haben — nicht einverstanden sei, sie am anderen Tag wieder vom Bau gehen würden. In diesem wohnte der Kollege Anton von der Sektion bei. Er konnte und sollte seinen Vorstand genau informieren; denn das war ja mit ein Grund seiner Anwesenheit in der Versammlung. Diese Versammlung entschied dann, wie schon angeführt. Trotzdem kommt nach vierzehn Tagen die Sektion mit einer Notiz, „dass die Sperre gegenstandslos geworden, weil der Bau durch Mitglieder der Vereinigung der Hiesigen besetzt sei“. Hierüber mögen die Leser selbst urteilen. Dass die Kollegen, nachdem der Kolleger die angeführte Erklärung abgegeben hatte, die Arbeit aufgenommen haben, rechnet ihnen die Sektion als ein schweres Vergehen an. Dass sie (die Sektion) aber um der schönen Augen eines Chefs willen diese Sperre verhängte, stellt sie als eine ideale Leistung hin und sucht und glauben zu machen, es sei aus Solidarität mit einem Kollegen geschehen. Nun zu den Erklärungen, die ich und O. Giesche in der Sitzung abgegeben haben sollen. Ich habe die Erklärung abgegeben, dass ich, nachdem ich den Versammlungsbericht der Sektion am Sonntag, den 29. Januar, gelesen, die Ansicht gewonnen hätte, dass die Sperre dem Unternehmer zum Gefallen verhängt worden sei und wenn ich dies am 27. Januar gewusst hätte, ich die Sperrennotiz nicht abgegeben hätte. Dann sagte ich noch, „dass ich keine bestimmte Erklärung zu der Sache mehr abgeben könne, sondern den Entscheidend der am 2. Februar stattfindenden Versammlung unseres Vereins überlasse“. Das waren meine Worte. Bestimmt formulierte Erklärungen, wie die in der Erklärung enthaltenen, lagen überhaupt nicht vor — weder von mir und Giesche, noch von der Sektion. Diese müssen erst nachher formuliert sein und verwahren wie uns entschieden dagegen, uns damit in Verbindung bringen zu wollen. Auf das sonstige Drum und Dran der Erklärung einzugehen, verzichten wir, da wir annehmen, die „Vorwärts“-Leser verlangen wohl solche Disputationen so kurz wie möglich gehalten. Selbst die Hiesigen-Leser-Hilfsarbeiter lehnten übrigens in ihrer Versammlung eine Stellungnahme zu der Sperre ab, weil diese zum Gefallen des Arbeitgeber und nicht im Interesse der Arbeiter verhängt worden sei.

Hermann Püttlich,
Vorstand der Vereinigung der Hiesigen Deutschlands.
Otto Giesche,
Vorstand des Ortsvereins Berlin.

Die Firma W. Spindler, Spindlersfeld bei Köpenick, sucht in hiesigen Lokalblättern Arbeiter.

Anfolge von Anfragen machen wir darauf aufmerksam, dass bei der Westima Differenzen wegen Erziehung eines Arbeiterausschusses und Lohnsteigerung ausgebrochen sind.

Wir ersuchen unsere Verbandskollegen, unter keinen Umständen dort in Arbeit zu treten.

Zentralverband der Handels-, Transport- und Verlehrsarbeiter Deutschlands.
Ortsverwaltung Köpenick.

Deutsches Reich.

Wahung, Drucker! Wegen Nachregelung haben die Kollegen bei der Firma Schilder (Nah. Gut.) in Liegnitz die Arbeit niedergelegt. Jüngst bitter streng fernzuhalten.

Die Bezirksleitung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes für den 2. Bezirk.

Die **Kulmbacher Brauereiarbeiter** haben mit ihrer vor kurzem eingeleiteten Tarifbewegung einen schönen Erfolg errungen. In dem zwischen dem Brauereiarbeiterverband und der Brauereibekleyer-Vereinigung abgeschlossenen, auf drei Jahre gültigen Tarifvertrag sind unter anderem folgende Punkte festgelegt: 10stündige Arbeitszeit, allwöchentliches Bespiel der jeweils um 6 Uhr morgens oder abends beginnenden oder endenden Tag- und Nachtschicht, Gewährung einer 30stündigen Ruhezeit an jedem dritten Sonntag; die Sonntagsarbeit wird auf drei Stunden beschränkt. Der Mindestlohn beträgt in erster Klasse 21, in zweiter Klasse 18 R. und je vier Liter Bier. Die Ueberstunden werden Werktag mit 40, Sonntag mit 50 Pf. vergütet. Nach einjähriger Tätigkeit in einem Geschäft werden jährlich drei Tage, nach fünfjähriger Tätigkeit sieben Tage Urlaub gewährt.

Ein **Streik der Schwerfaher** ist in Stuttgart ausgebrochen infolge der Weigerung der Unternehmer, die von den organisierten Fuhrwerkern aufgestellten Forderungen, Minimallohn von 20 bzw. 22 R., elfstündige Arbeitszeit u. auch nur in Erwägung zu ziehen. Der Ausstand ist ein nahezu vollständiger. Das städtische Arbeitsamt hat die Vermittlung von Fuhrwerksgesellen, Möbelkutschern u. eingestellt. Die Ausfahrten des Streiks sind nicht möglich, da der Umzugstermin vor der Tür steht. Eine Anzahl Betriebe haben die Forderungen bereits bewilligt, doch wurde beschloffen, die Arbeit erst aufzunehmen, wenn die Organisation der Unternehmer die Bewilligung der Forderungen zugestehet.

Ausland.

Keine Albumarbeiter und keine Buchbinder nach Stockholm! Die Albumarbeiter von Herzog, der größten Buchbinderei in Stockholm, haben wegen Nachregelung die Arbeit niedergelegt. Sie verlangen, was der Direktor James Herzog vor kurzem hier in Berlin, um Streikbrecher heranzuziehen. Da außerdem die Buchbinder Stockholms ihnen seit 1890 geltenden Lohnstarif gekündigt haben, also vor einer Lohnbewegung stehen, wird sowohl der Zugang von Albumarbeitern wie Buchbindern nach der schwedischen Hauptstadt getarnt. Auch in Göteborg sind die Tarifverhältnisse im Buchbindergewerbe noch immer nicht geregelt, so dass von dieser Stadt der Zugang ebenfalls fernzuhalten ist.

Zu einem **günstigen Abschluss** für die Arbeiter ist der Streik in der Pariser Wagenbau-Industrie gekommen. Die Hauptforderung der Arbeiter, Beseitigung der Akkordarbeit, wurde von den Unternehmern bewilligt; sie soll innerhalb drei Monaten beseitigt sein und an ihre Stelle die Vergütung im Stundenlohn erfolgen. Allerdings ist es den Unternehmern freigestellt, eventuell auch das Kolonnenlohn einzuführen, das heißt einen bestimmten Auftrag an eine Anzahl Arbeiter in Gemeinschaft zu übergeben. Außerdem willigten die Unternehmer darin, dass die Beiträge zur Organisation in den Verhältnissen außerhalb der Arbeitszeit einfließen werden

dürfen. Auch das Handwerkszeug wird in Zukunft von den Unternehmern geliefert werden. Die Arbeit ist am Montag wieder aufgenommen worden.

Soziales.

Der Ausbau der öffentlichen und privaten Fürsorge für die verwahrloste Jugend

wurde am 25. März in der Gesellschaft für ethische Kultur im Bürgerpalee des Berliner Rathauses besprochen. Das Referat hielt Herr Pastor P. Laß, der Direktor des Erziehungsheims „Am Urban“ zu Zehlendorf.

Er geht davon aus, dass auch in der Praxis mit der Auffassung gebrochen werden müsse, dass die Fürsorge-Erziehung der jugendlichen Verwahrlosten eine Strafe wäre. Die beste Fürsorge sei die Vorfürsorge.

Leider hätte sich dieser Grundsatz in manchen Kreisen noch nicht Bahn gebrochen. Wenn man sich der gefährdeten Kinder annehme, ginge man der Krankheit der Verwahrlosung an die Wurzel. Das radikale Mittel der gleichmäßigen Anordnung der Fürsorge-Erziehung sollte man als das letzte und nicht als das allein ausschlaggebende Mittel betrachten. In der Anstalt „Am Urban“, wo jede Woche einige Ausnahmen gemacht werden, habe man bei etwa 20 Proz. psychopathische Minderwertigkeit feststellen können, zurückzuführen auf die Not und auf traurige Familienverhältnisse. Viele brachten körperliche Gebrechen verschiedener Art mit, oder trugen die Spuren übernatürlicher Ausbeutung. Wenn Redner in die erste Klasse der Anstalt gehe und frage: Wer hat Regel aufgesetzt? dann ständen mindestens 80 Proz. auf. Und auf die Frage, bei wem das bis nachts 3 Uhr der Fall gewesen sei, blieben die meisten stehen. Eine ganze Reihe habe obendrein noch zu Hause Prügel gekriegt, wenn sie nichts verdienten. Inverkenndbar seien häufig die traurigen Erwerbsverhältnisse die Ursache der Verwahrlosung. Es würden die Kinder zu früh in das Erwerbsleben hinausgeschoben. Der Vater, der den ganzen Tag gearbeitet habe, sei, wenn er abends müde nach Hause komme, außerstande, noch einen großen Einfluss auf die Erziehung der Kinder zu üben. Er sei froh, wenn er sich ein bißchen ausruhen könne von der Last des Tages. Wenn die Mutter auch arbeite oder nicht energisch sei, so wäre es eben sehr schlimm mit der Erziehung außerhalb der Schulzeit. Ein sehr großer Teil der Schuld liege den traurigen, so überaus traurigen Wohnungsverhältnissen beizumessen. 47 Proz. der Bevölkerung schlafen in der Miede. Den Kindern blieben infolge der nicht ausreichenden Räume vielfach die Familienintimitäten nicht verschlossen. Der Schlaf mehrerer in demselben Bett bei schlechter Luft könne kein ruhiger, gesunder und erfrischender sein. Auch statisch sei nachgewiesen, dass die Ursache der Verwahrlosung der Jugend weniger in einem erblichen Gange oder einer subjektiven Verfassung liege, als in den traurigen Erwerbs-, Wohnungs- und Familienverhältnissen. Redner führte aus, dass in sozialer Beziehung vorbeugend gewirkt werden müsse. Vieles könnte ferner erreicht werden durch die freiwillige Liebedätigkeit, die öffentliche Armenpflege und die vornehmlich fürsorgliche im Sinne des bürgerlichen Gesetzbuches. Zum Beispiel verlangt er ein rechtzeitiges Eingreifen der Armenpflege da, wo die Kinder gezwungen seien, durch Regellaufen usw. mitzuarbeiten.

Was nun die Fürsorge-Erziehung der schon Verwahrlosten angehe, so bedürfe auch diese des weiteren Ausbaues. Angeführt mancher Erzeuge von Anstaltsinsassen (Angriffe auf die Leiter usw.) sollte man nicht pharisaisch nur die Jüglinge selber dafür verantwortlich machen, sondern gerechterweise fragen: Ist auch die Erziehungsart die richtige gewesen? Tatsächlich habe man sich immer noch nicht davon ganz freigemacht, dass die verwahrloste Jugend nur durch Strafe gebessert werden könne. Dem stellt Redner seine Weisheit entgegen, durch Liebe und Vertrauen ein Autoritätsverhältnis herbeizuführen, indem man auf die Ideen der Jüglinge eingehe und ihr Interesse beruflich und materiell wahrzunehmen suche. Damit hätte er selbst bei jugendlichen Verbrechern schon die schönsten Erfolge erzielt. Er fordere: Bringt Sonnenchein und Freude in die Anstalt hinein, hab Verständnis für die Bedürfnisse der jugendlichen Seele. Eine Erziehung nach der Schablone sei darum streng zu verwerfen. Durch scharfe Maßnahmen und Unterdrückung alles Persönlichen werde gerade das Gegenteil einer besseren Erziehung bewirkt. Redner vertritt das Prinzip einer individualisierenden Arbeitserziehung gegenüber der in vielen Anstalten üblichen wirtschaftlichen Ausnutzung. Er kenne Anstalten, wo den ganzen Tag Holz zerkleinert, Steine geklopft oder jahraus jahrein Bürsten fabriziert würden. Aber selbst in besseren Anstalten werde heute noch das Wirtschaftliche einer auch die Reigungen der Jüglinge berücksichtigenden Arbeitserziehung übergeordnet. Das müßte aufhören. In der Anstalt „Am Urban“ gebe es einen Gefangenenverein, eine Theatergruppe, einen Turnverein, eine Feuerwehrgesellschaft, eine Sanitätskolonne usw. — Für ältere Jüglinge, die möglichst frei unterzubringen seien, empfiehlt Redner die Schaffung von Zentralstellen in kleinen Städten, von wo aus der Erzieher in seinem Sinne ihre beruflichen und persönlichen Interessen wahrzunehmen, z. B. sie auch vor Ausbeutung und Ueberlastung zu schützen hätte. — Den mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag schloß Redner mit einem Hinweis, dass es allerdings der Mitarbeit der ganzen menschlichen Gesellschaft bedürfe, um die Verwahrlosung, die eine Erkrankung des Volkswirers sei, zu heilen. — Die Diskussion, an der sich Dr. Lewy, Nathanson, Lehrer Agard und der Vorsitzende Dr. Benzig beteiligten, hielt sich wesentlich im Rahmen des Vortrages. Dr. Benzig betonte die Notwendigkeit einer größeren sozialen Fürsorge.

Ein **erschreckendes Bild** sozialen Elends gibt eine in Regensburg aufgenommene ärztliche Statistik über die Kindersterblichkeit. Im Jahre 1904 betrug in der 50 000 Einwohner umfassenden Stadt die Sterblichkeit der Kinder unter einem Jahre 31,14 Proz. der Gesamtbevölkerung. Noch höher ist der Prozentsatz bei den unehelichen Kindern, von denen nahezu 40 Proz. unter einem Jahre starben.

Der **schweizerische Arbeitertag** tritt am Ostermontag in der „Konzerthalle“ in Oten zusammen. Neben der Wahl des Arbeitersekretärs und des Bundesvorstandes werden zwei wichtige Fragen besprochen. Ueber die Krankenversicherung referieren Gottfried Herr, Pfarrer in Vetschanden, Jean Sigg aus Genf und Rationalrat Decurtins. Ueber die Revision des Fabrikgesetzes werden die Genossen Rationalrat Studer und G. Reimann Referate halten.

Versammlungen.

Deutschland und Ausland lautete das Thema, über welches Genosse von Vollmar am Sonntag in einer Volksversammlung sprach, welche die Parteigenossen des ersten Wahlkreises nach dem Belast-Theater einbrufen hatten. Die Versammlung war sehr stark besucht und auch auf die Polizei hat sie eine große Anziehungskraft ausgeübt. Eine staatliche Zahl von Schulreuten sah man vor dem Versammlungsorte und nicht weniger wie fünf Polizeioffiziere hielten sich daneben auf. Die Mannschaften, welche den Offizieren zur Verfügung standen, waren größtenteils nicht auf der Strafe, sondern hielten sich irgendwo in der Nähe in Bereitschaft. So sah man im Hofe des Versammlungsortes eine Anzahl von Schutzmannspferden. Die Reiter waren abgesehen und vertieften sich die Zeit mit Kartenspiel, was immerhin darauf schließen ließ, dass die „Gefahr“, mit der die Polizei gerechnet zu haben scheint, noch nicht als unmittelbar bevorstehend galt.

Inzwischen küßte sich in aller Ruhe und ohne dass die Polizei irgendwelchen Anlaß zur Entfaltung ihrer Macht gehabt hätte, der Versammlungsort bis auf den letzten Platz. Genosse von Vollmar, von den Anwesenden mit lebhaftem Beifall begrüßt, erinnerte daran, dass der Regierung von unserer Seite schon oft der Vorwurf der Liebedienerei vor Russland gemacht wurde, und die Regierungsv

vertreter nur ein freund-nachbarliches Verhältnis mit Russland gaben, die innigeren Beziehungen zum Zarismus aber in Abrede stellten. Der Redner wies nun an der Hand eines reichen Tatsachenmaterials nach, dass es der Regierung nicht gelungen ist, den Vorwurf zu entkräften, dass sie dem russischen Despotismus mit größter Bereitwilligkeit Dienste leiste, die geradezu entwürdigend für Deutschland sind. Ferner zeigte der Referent, dass das zwischen Deutschland und Frankreich bestehende Verhältnis die Regierungen dieser beiden Länder zu einem Weltkriege vor Russland veranlaßt und so den Jaren zum Herrn in Europa gemacht hat. — Seit den Niederlagen, welche Russland auf dem ostasiatischen Kriegsschauplatz erlitten, ist die russenfreundliche Stimmung allerdings umgeschlagen. Die Sprachreden der deutschen Regierungsvorteiler ist in bezug auf russische Angelegenheiten eine andere geworden und auch in Frankreich hat sich die Sympathie für Russland erheblich abgekühlt und der besonders von unseren französischen Parteigenossen vertretene Gedanke einer Annäherung an Deutschland hat mehr und mehr Boden gefast. Diese günstige Situation müßte im Interesse des Friedens und des Kulturfortschritts ausgenutzt werden. Wir Sozialdemokraten wünschen, dass alle zivilisierten Staaten, zu denen hoffentlich bald auch Russland gehören werde, in Frieden miteinander leben. Wir beurteilen es, wenn bestehende Rivalitäten beseitigt werden, um Zwietracht zwischen die Völker Europas zu säen. Insbesondere bedauern und beurteilen wir, dass das Verhältnis zwischen Deutschland und England getrübt wird, wie das bei Gelegenheit der unsinnigen Flottenagitation geschehen ist. Wer auf solche Weise Öl in das Feuer vorhandener Rivalität gießt, der begeht ein Verbrechen nicht nur am deutschen Volk, sondern an der gesamten Kulturwelt. Vor allem muß es uns darum zu tun sein, dass ein gutes Verhältnis zwischen den Völkern im Herzen Europas plattgeißt. Freundschaftliche Beziehungen mit Frankreich und England aufrecht zu erhalten muß der Angelpunkt der auswärtigen Politik Deutschlands sein. Unser Verhältnis zu diesen beiden Staaten darf nicht durch irgend ein zufälliges Ereignis getrübt werden. Wenn die deutsche auswärtige Politik sich von diesen Gesichtspunkten leiten läßt, wenn sie ihre Aufgabe nicht mehr in schmählicher Liebedienerei vor Russland erblickt, erst dann wird Deutschland die Stellung einnehmen, die seiner Würde und den allgemeinen zivilisatorischen Interessen entspricht.

Der Vortrag fand lebhaften Beifall. Da sich niemand zur Diskussion meldete, schloß der Vorsitzende Strahl die Versammlung mit der Aufforderung zum Anschluß an den Wahlverein und einem Hoch auf die Sozialdemokratie.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen. Die Jahreshelle Berlin hielt am Sonntag im Englischen Garten eine außerordentliche Generalversammlung ab. Zunächst teilte der Vorsitzende Bruns mit, dass die Firma Dr. Cassiere u. Co. das Einigungsamt des Berliner Generalgerichts anrufen hat, um eine Besetzung des Streiks zu erzelen. Die Vorberhandlungen sind auf Montag nachmittags anberaumt worden. Die Streikenden beweisen eine musterhafte Haltung; nicht einer ist abtrünnig geworden. — Dann kam der erste Punkt der Tagesordnung: Die Stellung unseres Verbandes zur Landarbeiterfrage zur Verhandlung. Der hierzu bestellte Referent, R. Reibeln, war durch bringende Verusspflichten verhindert zu erscheinen. Statt seiner hielt Bruns das Referat. Er wies darauf hin, dass der Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen es seit seiner Gründung als seine Aufgabe angesehen habe, die Landarbeiter zu organisieren. Das sei allerdings bis jetzt nur in sehr geringem Maße gelungen. Daran sei teilweise der Umstand schuld, dass der Grundbeitrag von 30 Pf. für männliche und 20 Pf. für weibliche Mitglieder unter den jämmerlichen Lohnverhältnissen der Landarbeiter unerschwinglich sei. Deshalb müsse eine besondere Sektion mit geringen Beiträgen und dementsprechenden Gegenleistungen im Verband geschaffen werden. Der Redner brachte folgende Resolution in Vorschlag, die nach kurzer Diskussion angenommen wurde:

Die Jahreshelle Berlin des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen hält eine energische Heranziehung der Landarbeiter zur Organisation für unbedingt erforderlich. Da die Landarbeiter bei ihren erbärmlichen Löhnen zu Zahlung der Verbandsbeiträge in der jetzigen Höhe aber zweifellos außerstande sind, so ist es notwendig, für die Landarbeiter eine besondere Sektion zu schaffen mit wesentlich erniedrigten Beiträgen und dementsprechenden Leistungen von seiten des Verbandes. Die heutige außerordentliche Generalversammlung der Jahreshelle Berlin spricht die Erwartung aus, dass der Vorstand dem nächsten Verbandstag eine dahingehende Vorlage unterbreitet und fordert den Redakteur des Verbandsorganes auf, die Frage im „Proletariat“ zu öffentlicher Diskussion zu stellen.

Hierauf sprach Bruns über den bevorstehenden Gewerkschaftskongress. Er wies auf die reichhaltige und wichtige Tagesordnung des Kongresses hin und bemerkte unter anderem, dass auch wiederum über die Grenzstreitigkeiten verhandelt werden sollte und dass die Organisation der Fabrik- und Landarbeiter jede Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheit abwehren müsse. Ferner bemerkte der Redner, der Verband müsse wieder, gestützt auf seine Größe und Bedeutung einen Sitz in der Generalkommission zu erhalten suchen. Als Delegierter zum Gewerkschaftskongress wurde in geheimer Abstimmung Bruns einstimmig gewählt; als Stellvertreter Funt. — Sodann wurden als Mitglieder des Gewerkschafts Obit und Schenck gewählt. Dann berichtete Bruns über die Ergebnisse, die der Verband in letzter Zeit bei verschiedenen Arbeitgebern erzielt hat. Schließlich wurde noch einstimmig ein Antrag angenommen, wonach die Versammlungen spätestens eine Viertelstunde nach der bekanntgegebenen Zeit eröffnet werden sollen.

Charlottenburg. Eine öffentliche Versammlung der Droschkenfaher von Charlottenburg im Volkshaus war einberufen vom Zentralverband der Handels-, Transport- und Verlehrsarbeiter. Der Referent Gebert setzte der stark besuchten Versammlung die neue Verordnung vom 16. Februar auseinander und stellte fest, dass die einzelnen Paragrafen der neuen Droschkenordnung Kutscher sowie Fuhrerren ganz empfindlich treffe, ja sogar den Kutscher fast für vogelfrei erkläre. Das kleinste Vergehen bringe unter Umständen sofortige Entziehung des Fahrscheins mit sich. — Recht interessant waren in der Diskussion die Ausführungen des Vorsitzenden des Vereins Charlottenburger Droschkenbesitzer Haabarth. Derselbe teilte mit, dass seinerzeit vom Polizeipräsidenten versprochen worden sei, ehe noch die neue Verordnung herausgegeben werde, solle eine Konferenz stattfinden, damit die eventuellen Wünsche der Interessenten berücksichtigt werden könnten. Dies sei aber bis jetzt nicht geschehen. Am Schlusse der Versammlung wurde der Vorstand durch eine Resolution beauftragt, die nötigen Schritte zu unternehmen, um das Inkrafttreten der Verordnung hinauszuschieben. Die Behörde wird ersucht, gemeinsam mit den Interessenten eine der Praxis angepaßte Verordnung herauszugeben. Zur Ausarbeitung einer solchen Verordnung sind Arbeitgeber sowie Arbeitnehmer hinzuzuziehen, umso mehr, als der Polizeipräsident, Herr Steinfeld, seinerzeit versprochen, sich mit den Interessenten wegen der Verordnung in Verbindung zu setzen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

London, 27. März. (B. L. Z.) Unterhaus. Im Verlaufe der Debatte fragte Mac Keil (Nationalist) den Premierminister, ob er irgend eine Mitteilung zu machen habe über Friedensverhandlungen zwischen Russland und Japan. Eine Antwort erfolgte hierauf nicht.

Die Revolution in Russland.

Sébastopol, 27. März. (B. L. Z.) Die Unruhen in Jalta begannen gestern Abend. An fünf Orten fanden Brandstiftungen statt. Das Volk verhierte die Wächposten. Alle Polizeiwachposten wurden verwüstet und die Arrestanten freigelassen; die Brandweinläden wurden zerstört. Außer den gestern Nacht von hier nach Jalta abgeführten Truppen sind heute weitere drei Kompanien abgegangen, ebenso eine Eskadron aus Simferopol.

Arbeitsbrüder. *)

Zur Berliner Konferenz der Bergarbeiter Preußens.

Wir schufen und wir scharren
Vereint in Qualm und Nacht,
Vereint treibt uns der Hunger
Tagtäglich in den Schacht. —

Wir tragen Frost und Hitze,
Wir tragen Müß' und Not
Gemeinsam, und wir sterben
Den gleichen frühen Tod. —

Ja, alles, was uns quäl't
Es ist dieselbe Last,
Derselbe Druck und Jammer
Uns alle gleich umfaßt.

Und sind wir eins im Leiden
Wir müßten Loren sein,
Wenn wir im Kampf zum Besten
Uns wollten noch entzwei'n. —

Wenn wir nicht fest zusammen
Vereinten uns're Kraft
Zum Kämpfen und zum Siegen,
Zur starken Bruderschaft. —

Nur Loren und Verräter,
Sie teilen uns geschwind
In „Christen“ und „Nichtchristen“,
Wo wir doch Brüder sind. —

*) Aus den „Neuen Liedern“ des Ruhr-Bergmanns S. Kämpfer.

Reichstag.

178. Sitzung vom Montag, den 27. März 1905, vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Einem, Gehr. v. Stengel. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Beratung des Militäretats von Kapitel 87 (Artillerie- und Waffentwesen) an.

Abg. Zubeil (Soz.):

Das auf den königlichen Fabriken in Spandau so teuer produziert wird, liegt nicht an den besonderen örtlichen Verhältnissen, sondern an der militärischen Organisation. Ein Hauptmann a. D., namens Preuß, der selbst Jahre dort tätig gewesen ist, hat dies in einer Broschüre ausgeführt; er sieht auf dem Standpunkte, den wir seit Jahren vertreten. Große Summen werden tatsächlich zum Feinherausgeworfen. Wenn z. B. Handwerkszeug ein Millimeter von den Vorschriften abweicht, wird es ohne weiteres verworfen, obgleich es noch sehr gut brauchbar wäre. Ferner wird das Material häufig zu spät besorgt. 1896 z. B. hätte es viel billiger besorgt werden können, wenn man es zur richtigen Zeit bestellt hätte. Dann wird bisweilen Munition hergestellt, ohne daß das zugehörige Geschütz vorher geprüft worden ist. Eine 15 Millimeter-Veruchshaubige von Krupp erwies sich bei den Schießversuchen in Stummendorfer als unbrauchbar; aber die Munition war schon hergestellt und nun wertlos. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Gespart wird immer an falscher Stelle, am liebsten an den Arbeitslöhnen. Der Verfasser schlägt nicht mit Unrecht vor, den Ingenieuren von den gemachten Ersparnissen 10 Proz. als Gratifikation zukommen zu lassen. Aber dazu müßte erst der Bureaukratismus beseitigt werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Offiziere sind als Aufsichtsbeamte durchaus ungeeignet; man könnte ja sagen, sie können sich allmählich das genügende Fabrikationsverständnis aneignen, aber die Fabriken sind dazu zu verschiedenartiger Natur, Pulverfabriken, Stahlfabriken, Gewehrfabriken. Ein Offizier, der nach zweijähriger Tätigkeit in einem Betriebe in einen anderen versetzt wird, müßte ja geradezu ein Universalgenie sein, um das alles zu verstehen. Deshalb stehen wir auf dem Standpunkte: Der Fachmann gehört in die Fabrik; verwalte dort, nicht kommandiere! (Sehr richtig! bei den Soz.) Kompagnien lassen sich durch Kommando einschulen, Fabriken nicht! Jede Fabrik verlangt gemäß ihrer technischen Eigenart eine besondere Organisation. Es ist erklärlich, daß man hier nicht skaltonisieren kann. Eine Gleichmachelei innerhalb unserer königlichen Fabriken muß unbedingt zum Schaden der Fabrikation ausfallen. — Ganz verwerflich ist die Einteilung der Arbeiter in Lohnklassen. Ein solches System muß Unzufriedenheit erregen. Auch das betont der Verfasser der Broschüre. Die Leistungsfähigkeit ist sehr schwer zu beurteilen. Tatsächlich entscheidet der einzelne Meister, und es ist der Wähler für und für geübt, welcher Lohnklasse der einzelne Arbeiter zugewiesen wird. Die Arbeitskraft muß sich durch das Alter verringern. Wenn nun ein Arbeiter 20 Jahre in einer Klasse gearbeitet hat und altersschwach wird, so wird er in die nächst niedere Klasse versetzt. Es ist da nicht allein der geringere Verdienst, der ihn trifft, sondern auch die Degradierung selbst muß ihn schwer verletzen.

Aber auch wenn nach dem Dienstalter eingeteilt würde, würde die Ungerechtigkeiten nicht verschwinden. Unter dem Dienstalterssystem hätte besonders der jüngere Arbeiter zu leiden. Der Verdienst sollte sich lediglich nach der Leistungsfähigkeit richten. Warum geht man weiter nicht dazu über, den Arbeitstag in den Spandauer Werkstätten einzuführen? Das würde die Arbeitsfreudigkeit der Arbeiter außerordentlich heben. In England haben die Staatwerstätten schon seit 1899 den Arbeitstag, in Frankreich besteht er seit dem 7. Januar 1903 für die Betriebe der Marine und des Krieges, in Spanien seit 1902, ja selbst in Rußland ist er teilweise eingeführt! Er gilt in Oesterreich-Ungarn und in Nordamerika. Was für diese Staaten möglich ist, sollte auch für Preußen-Deutschland durchführbar sein. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber die Rücksicht auf die Privatindustrie verhindert hier jeden Fortschritt.

Kollege Pauli hat schon ausgeführt, daß die neue Lohnordnung nicht die Wünsche der Arbeiter erfüllt. Den Arbeitern in der Pulverfabrik ist die Vergünstigung genommen, für die Reinigung ihres Körpers eine besondere Pause zu erhalten, sie müssen diese Reinigung jetzt in den zehn Minuten Pause vornehmen. Einen Teil der Bestimmungen der neuen Lohnordnung hat die Feldzeugmeisterei noch gar nicht zur Durchführung gebracht. Die Säureanlagen für Arbeiter, die in den besonders gesundheitschädlichen Säurebetrieben beschäftigt sind, sollten nach der neuen Lohnordnung in Wegfall kommen und diese Arbeiter in eine höhere Lohnklasse kommen. Das ist nicht geschehen. Die Maschinenarbeiter sind zwar in Klasse 3 versetzt, aber sie haben davon keinen Pfennig Lohnerhöhung gehabt. Nur mit Anspannung aller Kräfte können sie den Höchstlohn von 5,10 M. verdienen, aber auf Kosten ihrer Gesundheit und zum Schaden der Maschinen. Die Krankenstatistik beweist ja auch, daß die Gesundheitsverhältnisse in den Spandauer Werkstätten nicht zum Besten bestellt sind. — Die Kantinenüberschüsse sollten zu Unterstützungszwecken verwendet werden und nicht zu Sedanfeiern, Gründung von Gesangsvereinen zc. Viele Klagen werden laut über das Anreizsystem. Ein Herr Leutnant, der sich als besonderer Anreizher hervortut, hat den Arbeitern verboten ihn

mit Meister zu titulieren, es soll das Wort „Herr“ stets davor gesetzt werden. Ich dachte Meister wäre ein Ehrentitel. Im vorigen Jahre brachte ich die Brutalitäten eines Ingenieurs vor; es wurde von der Militärverwaltung alles bestritten. Im letzten Jahre hat ein Arbeiter wegen der fortgesetzten Brutalitäten des Ingenieurs, zur Notwehr getrieben, ihm eine Dreifache appliziert und er ist mit Rücksicht auf diese Brutalitäten vom Gericht nicht mit Gefängnis, sondern zu einer Geldstrafe verurteilt worden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Jetzt ist ein Erlaß herausgegeben, der den Vorgesetzten nahe legt, in ihrem Verhalten zu den Arbeitern sich nicht zu Handlungen hinreißend zu lassen, die zu Erörterungen in der Presse Veranlassung geben könnten. Also nur aus Furcht vor der Presse, nicht aus Achtung vor den Arbeitern ergeht ein solcher Erlaß. — Ein anderer Erlaß des Direktors der Pulverfabrik verlangte von den Arbeitern, daß von jedem einzelnen eine Art Stedbrief ausgestellt werden sollte. Auf den Unwillen der Arbeiter nahm der Direktor allerdings den Erlaß zurück und entschuldigte sich in einem öffentlichen Anschlag. (Medner spricht vorwiegend zum Bundesratsstische und bleibt grobenteils auf der Tribüne unterständig.) Die Fabriken tragen nichts zu den Kommunalsteuern bei. Daher ist dort der Steuerzuschlag schon auf über 200 Proz. gestiegen. — Der Regierung muß unser „Vorwärts“ sehr oft geschrieben, um unsere Partei anzugreifen. Deshalb kann auch ich mich auf eine Zeitungsnachricht beziehen. Aus dem „Spandauer Tageblatt“, einem konservativen Blatte, geht hervor, daß die Militärverwaltung bei Feststellung der Lohnklassen mit dem Vorstände des politischen, konservativen „neuen Wahlvereins“ konferiert hat. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich bitte den Herrn Kriegsminister, bei seiner bekannten Gerechtigkeitsliebe das nächste Mal auch die Vorstände des sozialdemokratischen Wahlvereins zur Konferenz zuzuziehen. (Heiterkeit.) Wenn wir zugehen, daß innerhalb der Betriebe jede sozialdemokratische Agitation unterbleiben soll, so muß auch die Agitation für den konservativen Verein unterbleiben. In Wirklichkeit aber werden Obermeister, Meister und Meistergehilfen sehr gedrängt, diesem Verein beizutreten. Sie werden während der Arbeitszeit dazu aufgefordert. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wer von ihnen zögert, bekommt die Statuten des Vereins ins Haus geschickt, bekommt also mit dem Hauptstahl einen Stoß ins Kreuz. (Lachen rechts.) Wehe aber dem Arbeiter, dessen Frau einmal eine Stunde in einen „Vorwärts“ oder eine „Brandenburger Zeitung“ einwickelt. Dem tun sich die Tore der Fabrik sofort auf. — Ferner möchte ich den Kriegsminister bitten, sich des unglücklichen Arbeiters Dohlschläger anzunehmen. Ihm ist die berechtigte Unterstützung, die er jetzt erhält, für die vorhergehenden Jahre nicht nachgezahlt worden. — Auch die Lohnhöhe in Spandau ist ungenügend. Die Zahl der Erkrankungen ist eine sehr hohe; desto besser sollten die Löhne sein, das trifft aber leider nicht zu, große Teile der Arbeitererschaft erhalten eine tägliche Bezahlung. — Die an sich guten Submissionsbedingungen werden von vielen Unternehmern umgangen. Wenn ein Arbeiter die Direktion darauf aufmerksam macht, schiebt diese den Brief mit Namen an die Fabrikanten. Der Arbeiter wird dadurch in Berlin in seiner Branche drofflos gemacht. Ich schließe auch heute mit dem Satz: Wenn Sie wollen, daß von dieser Stelle derartige Mengen von Beschwerden nicht mehr vorgebracht werden, so machen Sie aus den königlichen Fabriken Musteranstalten! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Becker-Köln (Z.): Bei uns liegt gerade die Privatindustrie über zu hohe Löhne der königlichen Werkstätten, mit denen sie nicht konkurrieren könne. Medner tritt des weiteren für Verrückung der Meister bei den Werkstätten der Militärverwaltung ein.

Abg. Dr. Lucas (natl.) begrüßt die Verrückung der Techniker und Chemiker bei den Militärwerkstätten und bedauert, daß es nicht auch möglich gewesen sei, die Wünsche der Verwaltungsschreiber zu erfüllen. Generalmajor Sigt v. Armin: Die Herren Pauli und Zubeil haben bedauert, daß bei der Gehaltsaufbesserung in Spandau vor allem die oberen Beamten bedacht worden sind. Wir müßten den Etat in diesem Jahre so sparsam wie möglich halten und haben daher nur die durch Neuorganisation bedingten Gehaltsaufbesserungen vorgenommen. Wir hoffen, beim nächsten Etat auch für die Meister und Unterbeamten eine Aufbesserung durchzuführen. (Bravo!) Wenn wir teuer arbeiten, so liegt das eben nur daran, daß wir höhere Löhne als die Privatindustrie zahlen. Allen Wünschen um Aufbesserung nachzukommen hieße unserem Betriebe die Möglichkeit rauben, auf der allen Höhe zu bleiben, und die Folge wäre Entlassung von Arbeitern. Die Waffenmeister haben allerdings eine lange Wartezeit, aber sie finden meist Stellen in der Privatindustrie, und außerdem rechnen ihnen die Militärverwaltung vier Jahre ihrer Vorbereitungszeit als Dienstzeit an. Mit der Annahme, den Meistern sei es nur selten möglich, das Höchstgehalt zu erreichen, muß Herr Pauli falsch unterrichtet sein. Die Urlaubsfrage hat auch uns beschäftigt, sie kann inebenso, ebenso wie der Arbeitstag, nur für das ganze Reich geregelt werden.

Richtig ist, daß wir für jede einzelne Arbeitskategorie mindestens zwei Klassen, für gelernte und ungelernete Arbeiter, haben. In jeder Klasse existiert dann wieder eine Lohnstala. Wir halten dies System für durchaus gerecht. — Ich kann nicht auf alle Ausführungen des Abgeordneten Zubeil antworten. (Beifall rechts.) Ich möchte nur bemerken, daß es der geübteste Ingenieur allerdings nicht verstanden hat, mit den Arbeitern zu verkehren; er war zu schroff. Darin hat Abg. Zubeil recht. Aber die Brutalität lag auf Seite des Arbeiters. Im übrigen werde ich die Rede des Abg. Zubeil, wenn sie gedruckt vorliegt, wie in jedem Jahre eingehend prüfen und, wo es nötig ist, Remedur eintreten lassen. Ich glaube aber schon jetzt sagen zu können, daß die meisten Beschwerden sich als unbegründet herausstellen werden. Dem „neuen Wahlverein“ steht die Heeresverwaltung vollkommen fern. Ich habe von diesem Verein überhaupt nur durch die Zeitungen erfahren. (Beifall rechts.)

Reichssekretär Gehr. v. Stengel: Der Abg. Zubeil hat unter anderem auch die Frage der Besteuerung des Reiches in Ansehen seiner gewerblichen Betriebe berührt. Ich bemerke, daß die Frage der kommunalen Besteuerung der Betriebe des Reiches die besten Refektoris zur Zeit beschäftigen, daß diese Verhandlungen aber noch nicht zu einem Abschluß gekommen sind. Zwischenzeitlich ist aber, um den Kommunen entgegen zu kommen, für eine Reihe von Gemeinden, zum Beispiel für Kiel schon eine Besteuerung eingeführt worden. Es besteht die Absicht, in Zukunft in den Etat auch eine Steuersumme für Spandau einzusetzen. (Beifall.)

Abg. Becker-Köln (Z.): Ich möchte den Herrn Reichssekretär bitten, unter diesen Umständen auch eine Kommunalbesteuerung für die Reichsbetriebe in Siegburg einzuführen.

Abg. Zubeil (Soz.): Ich möchte dem Herrn General erwidern, daß die Dreifache gegen den Ingenieur Vardmann unbedingt notwendig erfolgte, und muß ferner bemerken, daß es keineswegs die Arbeitslöhne sind, welche die Produktion in Spandau teurer machen als die private Produktion. Im Gegenteil, in allen beteiligten Industrien werden höhere Löhne gezahlt, so z. B. bei Krupp. Den teureren Wohnungsverhältnissen entsprechend müßte sogar eine Aufbesserung der Löhne stattfinden. Nur an der Organisation liegt der Fehler. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Hiermit schließt die Debatte. Das Kapitel sowie der Rest des Ordinarius wird debattelos bewilligt. Beim Extra-Ordinarius beantragt die Kommission drei Titel betr. Beschaffung von Handwaffen usw. aus dem außerordentlichen Etat in den ordentlichen zu übertragen. Abg. Gröber (Z.) beantragt, die Debatte darüber, ob die Uebertragung stattfinden soll, bis zur Beratung der Anleihe zu verschieben.

Das Haus beschließt demgemäß. — Zum Titel selbst ergreift das Wort

Abg. Eichhoff (fri. Sp.): Dieser Titel gibt mir Gelegenheit, auf die Angriffe des Abg. Veumer vom 17. d. M. gegen die rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik Düsseldorf, deren Begründer der Geheimrat Eberhard ist, zurückzukommen. Ich habe damals keinerlei Angriffe gegen die Firma Krupp gerichtet, wie Herr Veumer fälschlich behauptet hat. Ich habe nicht behauptet, daß Krupp an den Panzerplatten so große und fast unerschöpfbare Verdienste gehabt hat, wohl aber daß das Reich an Krupp für Panzerplatten mehr hat zahlen müssen, als die amerikanische Regierung den amerikanischen Firmen zahlt. Und ich habe darauf aufmerksam, daß die amerikanischen Firmen ihr weit billigeres Angebot machen konnten, weil Krupp sein Rüstpatent an die betreffenden Firmen verkauft hat, wie dieses Patent auch nach Frankreich verkauft worden ist. Ich habe Krupp nicht beschuldigt, leider aber hat Herr Veumer eine Reihe von Angriffen gegen die Firma Eberhard vorgebracht, die durchaus unberechtigt sind. Herr Veumer hat behauptet, Krupp habe nach dem Auslande niemals billiger geliefert als in Deutschland. Darauf habe ich zu erwidern, daß, wenn der Preis für das Ausland dem Inlandspreise gleich ist, das höchstens beweist, daß die Firma Krupp die enormen Kosten der Auslandslieferung auch auf die deutschen Preise geschlagen hat. Ich erinnere nur an das ominöse Wort Vordächel. Die Monopolstellung der Firma Krupp liegt weder im militärischen noch im finanziellen Interesse des Reiches. Ich hoffe daher, das Auswärtige Amt wird noch jetzt den Vorkäufere besser informieren, damit er die Firma Krupp nicht einseitig begünstige.

Kriegsminister v. Einem: Ich bemerke, daß Krupp durchaus keine Monopolstellung besitzt. Abg. Dr. Veumer (natl.) bestritt die Richtigkeit der Darlegungen des Vordachers. Was die Panzerplattenlieferungen anlangt, so hat Herr v. Tirpitz schon 1902 festgestellt, daß weder Krupp noch eine andere deutsche Firma je nach Amerika Panzerplatten geliefert hat. Ich selbst habe nachgewiesen, daß die deutsche Marine ihre Panzerplatten von Krupp so billig bezieht, wie es von keiner anderen Firma möglich wäre. Ich hoffe, daß damit endlich dieses Panzerplatten-Monopol aus diesem hohen Hause verschwinden wird. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Ersberger (Z.): In den Streit, der zwischen der Firma Eberhard und Krupp hier auf der Tribüne ausgefochten werden soll, mische ich mich nicht ein, aber die Rücksicht auf die Finanzen des Reiches nötigt uns, in dem Streit Stellung zu nehmen. In der Tat liegt die Sache so, daß die Firma Krupp sozusagen ein Monopol hat. Vor allem wünschen wir nicht, daß im Auslande irgend eine Vorkäufere für die eine dieser Firmen eine besondere Sympathie zeigt, sondern die diplomatische Vertretung im Auslande hat die Interessen der deutschen Industrie im allgemeinen zu wahren. — Der Abg. Müller-Kulda hat nie behauptet, daß Krupp an das Ausland billiger geliefert habe als in Deutschland. Aber die Tatsache besteht, daß in einer Zeit, als die amerikanischen Fabriken bereits billigere Platten lieferten, Krupp vom Deutschen Reich sich noch nach den alten hohen Preisen hat bezahlen lassen. (Hört! hört! bei den Freisinnigen.) Und das, obgleich die amerikanischen Firmen hohe Abfindungssummen haben zahlen müssen, und obgleich die amerikanischen Firmen höhere Arbeitslöhne zahlen mußten. Das ist ein trübseliges Beispiel für die Wirkung, die ein Monopol ausübt. Ferner werden mir folgende Zahlen mitgeteilt: Krupp verlangte früher für ein Geschützrohr 3300 M., Eberhard verlangte einige Jahre dafür nur 1950 M., ja teilweise nur 1300 M. (Hört! hört! links.) Ich bin nicht Fachmann. Aber wenn diese Zahlen auch nur teilweise zutreffen sollten, so wäre es höchste Zeit, wenn der Reichstag dafür sorgen wollte, daß sich keine Monopolstellung für irgend einen der militärischen Bedarfsartikel herausbilde. (Beifall im Zentrum und bei den Freisinnigen.)

Kriegsminister v. Einem: Ich muß die Frage, ob das Auswärtige Amt von der Militärverwaltung Instruktionen erhält, bejahen. Ich habe schon oft gewissenhafte Auskunft über deutsche Firmen geben müssen, aber über die Eberhardischen Rohrdruck-Geschütze habe ich nie Auskunft geben können, da uns, wie gesagt, solche nie geliefert worden sind. Wenn ich dann weiter gefragt werde, ob durch die Konkurrenz ein großer Preisrückgang hervorgerufen worden sei, so muß ich das bejahen. (Hört! hört! im größten Teile des Hauses.) Stabellner für gewisse Geschütze, die 1897/98 bei Krupp noch 35 M. gelostet haben, hat Eberhard dann für 30,15 M. angeboten und allmählich ist der Preis bei allen Firmen auf 17,20 M. heruntergegangen. (Hört! hört! bei den Freisinnigen.) Ferner haben Stabellner für 21 Zentimeter-Granaten 1896 bei Krupp zuerst 102 M. gelostet, bei Eberhard dann 89 M. (Hört! hört! bei den Freisinnigen.) Schließlich ist der Preis auf 67,50 M. heruntergegangen. (Hört! hört!) Derartige Preisrückgänge könnte ich noch mehr anführen. Wenn die Preise also in dieser Weise heruntergegangen sind, so ist das zum großen Teil der Firma Eberhard zu danken. (Beifall. Hört! hört! links.)

Abg. Singer (Soz.): Ich bin mir nicht ganz klar, was der Kriegsminister mit diesen Zahlen hat beweisen wollen. Daß die Preise heruntergegangen sind, kann doch auch durch die veränderte Konjunktur des Eisenmarktes bedingt sein. Die Frage, auf die es ankommt, ist: Sind die Preise durch eigenes Angebot oder lediglich durch den Druck der Konkurrenz heruntergegangen? — Daß Krupp und andere große Firmen nach dem Auslande billiger liefern als nach dem Inlande, ist eine bekannte Tatsache und liegt im Wesen der Kartelle und Monopole. Wir haben keine Veranlassung, uns in den Konkurrenzkampf einzumischen, für uns ist nur das finanzielle Interesse des Reiches maßgebend. Deshalb sollte die Regierung ihre Bezüge da machen, wo sie am billigsten wegkommt unter Voraussetzung guter Ware. Die Klagen, daß unsere Vertreter in auswärtigen Staaten die Firma Krupp durch besondere Befürwortung bevorzugt haben, sind durchaus berechtigt. Herr Veumer hat Herrn Eichhoff vorgeworfen, daß auf der Liste, die der Budgetkommission vorgelegen habe, ganz verschiedenartige Fabrikate verglichen seien. Demgegenüber möchte ich aus meiner persönlichen Erinnerung feststellen, daß die Regierung in der Kommission diese Liste mit keinem Worte beanstandet hat. Das ist ein ganz neues Moment, was Herr Veumer da vorbringt und er hätte höchstens der Regierung aber nicht Herrn Eichhoff einen Vorwurf machen können. Jedemfalls muß dieser Widerspruch aufgeklärt werden. Festhält jedenfalls, daß die Firma Krupp sich erst durch die Konkurrenz der Firma Eberhard veranlaßt gesehen hat, billiger zu werden. Das fällt auch in das Gebiet der unläuteren Konkurrenz, von der Herr Veumer sprach. Jedemfalls kann die Firma Krupp ihre teuren Preise nicht mit hohen Arbeitslöhnen rechtfertigen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sehr interessant war mir, daß der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes der Firma Eberhard geraten hat, sie solle sich mit Krupp einigen. Ich weiß nicht, ob Herr v. Nächstofen sich vollkommen klar darüber war, was er damit wollte. Eine Einigung konnte doch nur bedeuten, daß die beiden Firmen sich fusionieren, um dann gemeinsam das Reich abschlagen zu können. Ein hoher Reichsbeamter sollte das finanzielle Interesse des Reichs doch besser zu wahren wissen und nicht Rückschlüsse erteilen, die darauf hinausgehen, den Reichsschatz um Millionen zu schädigen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Kriegsminister v. Einem: Ich erkläre, daß es in der Tat wiederholt vorgekommen ist, daß Krupp durch eigenes Angebot mit dem Preise heruntergegangen ist. (Hört! hört! beim Abgeordneten Veumer), besonders dann, wenn es sich um Waffenlieferungen handelte, so bei der 15 Zentimeter-Gaubeige, für die Krupp ein tatsächliches Monopol besitzt. Das möchte ich konstatiert haben.

Abg. Gidhoff (fr. Sp.): Es ist in der Budgetkommission festgestellt worden, daß tatsächlich Freiberger v. Richthofen zugeben mußte, daß in Konstantinopel die Firma Krupp einseitig begünstigt worden ist. Ich hätte erwartet, daß Abg. Weimer die schwereren Vorwürfe, die er gegen die Firma Ehrhardt unter dem Schutze der Immunität erhoben hat, heute zurücknehmen würde, aber er hat das Gegenteil getan. Kollege Singer war ja schon so freundlich, nachzuweisen, daß einer dieser Vorwürfe nicht zutrifft. Die anderen Vorwürfe treffen aber auch nicht zu. Ich halte die Behauptung aufrecht, daß die Firma Ehrhardt die einzige ist, welche an veränderte ausländische Staaten — das ist der springende Punkt — Kohren und Laufgeschosse zur Zufriedenheit geliefert hat.

Abg. Weimer (natl.): Abg. Gidhoff hat mir Vorwürfe gemacht, daß ich die Angriffe gegen die Firma Ehrhardt nicht zurückgenommen habe. Aber ich habe doch meine Angriffe motiviert. Ich hätte von dem gesellschaftlichen Zustande des Abg. Gidhoff erwartet, daß er mir nicht zumute, solche begründeten Angriffe zurückzunehmen.

Diermit schließt die Debatte. Die Titel werden bewilligt, ebenso der Rest des Extraordinariums sowie die Einnahmen.

Damit ist der Militär-Etat erledigt. Es folgt der Etat für die Expedition nach Ostasien. Derselbe wird debattelos bewilligt.

Es folgen die Abstimmungen über die 24 Resolutionen zum Etat des Reichsamt des Innern.

Es werden angenommen: Eine Resolution Dr. Gidhoff (fr. Sp.) betr. Zulassung der Ober-Realschulabiturienten zu den ärztlichen Prüfungen, eine Resolution Dr. Spahn (C.) auf Vorlegung einer Denkschrift über Kartelle, Syndikate etc., eine Resolution Trimborn (C.) betr. Herausgabe eines Handwerkerblattes und einer Statistik über die Verteilung des Wandergewerbetreibenden und der Legitimationskarte an Detailreisende, eine Resolution Gröber (Z.) betr. Ausdehnung der Arbeiterschutzbekanntmachungen der §§ 135—139b der Gewerbe-Ordnung und Ausdehnung der Kranken- und Invaliditätsversicherung auf die Hausindustrie, eine Resolution Mell (fr. Sp.) auf Erleichterung für Agenten, eine Resolution Erzberger (Z.) auf Erlass besonderer Verordnungen für Verarbeitung giftiger und explosiver Stoffe, eine Resolution Erzberger (Z.) betreffend eine noch in diesem Jahre zu erlassende Verordnung auf Einführung des Maximalarbeitstages und des Verbotes der Sonntagsarbeit in Glashütten, eine Resolution Dr. Müller-Meinungen (fr. Sp.) auf einseitige Regelung des Verkehrs mit Automobilen, eine Resolution Erzberger (Z.) auf Einschränkung der Ausnahmen von der Sonntagsruhe im Handel und Gewerbe, eine Resolution Schwarz-Lippstadt (Z.) auf eine Verordnung betreffend Schutz der Bauhandwerker und Einstellung besonderer Aufsichtsbeamten auch aus dem Arbeiterstande, eine Resolution Trimborn (Z.) betreffend erhöhten Schutz der Gehälfen der Rechtsanwälte, Notare und Gerichtsvollzieher sowie der Beamten und Angestellten an Krankenkassen.

Abgelehnt werden: Eine Resolution Dr. Hise (Z.) auf Ausdehnung der Sonntagsruhe, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und des Zentrums, eine Resolution Albrecht und Genossen (Soz.) auf Einführung des Achtstundentages und Freigabe des Sonnabend nachmittags, eine Resolution Albrecht (Soz.) auf Vorlegung eines Gesetzesentwurfes zum Schutze der Arbeiter des Baugewerbes, gegen die Stimmen des Zentrums und der Sozialdemokraten, eine Resolution Albrecht (Soz.) auf Verbot der Arbeit an Sonn- und Festtagen, zwei Anträge Dr. Müller-Meinungen (fr. Sp.) und Gröber (Z.), die sich gegen die Bestimmung von Privatangestellten durch Lieferanten wenden, und eine Resolution Dr. Hise (Z.) auf Einführung des Zehnstundentages für Fabrikarbeiter.

Nummehr setzt das Haus die Etatsberatung fort. Zur Verhandlung gelangt eine noch nicht erledigte Position zum Postetat für ein neues Postgebäude in Radesheim.

Abg. Wartling (natl.) wünscht einen besseren Platz dafür als den in der Vorlage vorgesehenen.

Staatssekretär im Reichspostamt Kräfte begründet die von der Verwaltung getroffene Wahl des Grundstücks.

Abg. Singer (Soz.): Abg. Wartling hat keine neuen Gründe vorgebracht, doch hatten seine heutigen Ausführungen im Gegensatz zu den in der Kommission vorgebrachten, einen humoristischen Anstrich. Wir haben ja hier ordentlich einen Bürgerkrieg in Radesheim vortragen hören. Wir sind aber doch für den Kommissionsantrag. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Hierauf schließt die Debatte. Die Position wird gegen die Stimmen der Nationalliberalen angenommen.

Es folgt die Beratung eines Antrages Gröber (Z.) zum Marine-Etat, Kapitalbesoldungen, auf Streichung von je 1150 Mark pensionsfähiger Zulage für 29 Fregattenkapitäne.

Staatssekretär des Reichs-Marineamt v. Tirpitz bittet, es bei dem Beschluß der Kommission auf Bewilligung dieser Zulage zu belassen und damit den Fregattenkapitänen dieselbe Zulage zu geben, wie sie im vorigen Jahre für die Oberleutnants beschlossen sei.

Der Antrag Gröber (Z.) wird hierauf abgelehnt, die Zulage wird bewilligt.

Darauf verlegt sich das Haus.
Nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr (Etatreste, Wahlprüfungen).
Schluß 6 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

169. Sitzung vom Montag, den 27. März, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertische: Graf Bälou, Reich. v. Rheinbaben, Müller.

Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung der Novelle zum Vergesetz. (Vergarbeitsverhältnisse.) Sie enthält Vorschriften über die Zeit und Art der Abrechnung und Lohnzahlung, über Straf-gelder, das Verbot des Wagenmüllens und über die Bildung von Arbeiterausschüssen. Ferner führt die Vorlage den sanitären, aber nicht den allgemeinen Maximal-Arbeitstag ein und setzt im letzten Paragraphen die Strafen und Uebergangsbestimmungen fest.

Ministerpräsident Graf Bälou:

Von den beiden Novellen zum Vergesetz, die jetzt den Gegenstand der Beratung dieses Hauses bilden sollen, beruht die eine Novelle über den Betriebszwang im wesentlichen auf früheren Beschlüssen dieses Hauses; die andere, die Novelle über die Arbeiterverhältnisse, hat schon vor ihrem Erscheinen Anlaß gegeben zu lebhaften Erörterungen in der Presse, in Vereinen und auch in den parlamentarischen Körperschaften. Diese Erörterungen waren nicht immer objektiv, sie waren vielfach beherrscht von wirtschaftlichen und Parteinteressen. Der Grund hierzu ist wohl zum Teil zu suchen in dem Zeitpunkt der Ankündigung dieses Gesetzesentwurfes. Der Gesetzesentwurf wurde in Aussicht gestellt während eines Kampfes, der nicht nur Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sondern auch weitere Kreise in zwei Lager getrennt hat. Man hat den Gesetzesentwurf ein Notgesetz, ein Notgesetz, ein Notgesetz genannt. Dieser Ausdruck ist geeignet, die Mißdeutung herbeizuführen, als ob Anlaß und Zweck der vorgeschlagenen Maßnahmen lediglich in einem augenblicklichen, gleich einem Naturereignis plötzlich hereinbrochenen Notstand und in dessen Beseitigung enthalten wäre. Dem gegenüber muß ich zunächst darauf hinweisen, daß die Regierung schon vor dem Ausbruch des großen Bergarbeiterstreiks im Ruhr-

revier nicht nur mit den Gesetzgebungsarbeiten beschäftigt war, die das ungerechtfertigte Stilllegen von Zechen verhindern und das Anknappschaffenswesen neu regeln sollten — es schwebten schon Erörterungen über die gesetzliche Einführung einiger der Arbeitervertrag betreffenden gesetzlichen Maßnahmen, die in den staatlichen Bergwerken des Saarreviers bereits bestehen und sich dort schon bewährt haben. Wenn ich es auch meinem Nachbar, dem Handelsminister überlassen muß, diese Gesetzentwürfe im einzelnen zu vertreten und zu begründen, so möchte ich Sie doch auch meinerseits um eine entgegenkommende, ruhige und sachliche Prüfung derselben bitten und zu diesem Zweck in aller Kürze einige Streiflichter werfen auf den vorhergegangenen Kampf und einige Begleiterscheinungen.

Ich erkenne gern an, daß die ausständigen Bergarbeiter im großen und ganzen eine ruhige Haltung bewahrt haben und daß die leider unter Kontraktbruch niedergelegte Arbeit aus Gründen der Vernunft, im Vertrauen auf Entgegenkommen der Arbeitgeber und die in Aussicht gestellten gesetzlichen Maßnahmen wieder aufgenommen worden ist. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß der Streik selbst mit einer Unrechtmäßigkeit begonnen hat. Es ändert nichts an der Tatsache, daß bei Beginn des Streiks die Stimme der Leidenschaft über besonnene Erwägung die Oberhand behalten hatte. In ihren Lohnforderungen haben die Arbeiter nichts erreicht, ihre materielle Lage hat sich verschlechtert durch den Lohnausfall, der auf 500 bis 600 000 M. auf den Tag berechnet worden ist. Viel Not, viel Elend ist zu meinem tiefen Bedauern über manche Arbeiterfamilien gekommen. In einer sozialdemokratischen Zeitung habe ich gelesen, daß im Ruhrrevier eine Bevölkerung von zirka einer Million Menschen infolge des Streiks ihren Lebensunterhalt um mehr als die Hälfte hat herabsetzen müssen. Die Arbeiter haben selbst erfahren müssen, eine wie zweischneidige Waffe ein solcher Lohnkampf ist. Wägen Sie dafür vor allem die Zechen- und Wählerverantwortlichen machen (Sehr richtig! rechts), die sie zur Niederlegung der Arbeit veranlaßt haben; auf der anderen Seite verheißt ich ganz wohl, daß die Zechenbesitzer und die Organisation der Zechenbesitzer, der bergbauliche Verein zunächst nicht mit den kontraktbrüchigen Arbeitern und deren Vertretern verhandeln wollten. Dieser Widerstand mußte aber aufgegeben werden, als die Regierung im Hinblick auf die weitreichenden schädigenden Folgen gerade dieses Ausstandes von nahezu 200 000 Bergarbeitern im größten Kohlenrevier der preussischen Monarchie mit den Arbeitervertretern in Unterhandlung getreten war und ihrerseits eine Vermittlung anzubahnen versuchte. Wozu die Regierung bereit war, das konnten die Zechenbesitzer auch. (Lebhafte Zustimmung.) Die Zechenbesitzer wollten die Arbeitervertreter in der sogenannten Siebener-Kommission, die gebildet war aus Mitgliedern der christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaften und des Kirch- und Dunderischen Arbeitervereins, nicht als berufene Vertretung der Bergbauarbeiter anerkennen. Dabei spielte zweifellos grundsätzliche Abneigung gegen die Organisationen der Arbeiter als solche mit. (Sehr richtig!) Wenn wir aber sehen, wie die moderne Entwicklung mehr und mehr zu Großbetrieben, zu Riesensiedlungen hindrängt, wenn wir sehen, wie die Kapitalkräfte sich syndizieren und kartellieren, wenn wir sehen, wie das alte Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter mehr und mehr schwindet, wenn wir sehen, wie der Arbeiter gegenüber der unpersonlichen Kapitalkraft vielfach allmählich zur bloßen Zahl wird, können wir da das Bestreben der Arbeiter unbillig finden, sich auch ihrerseits zusammenschließen zu Vereinen und zu Vertretungen? (Sehr gut!) Ich habe im Reichstage gesagt, daß es ein schwieriges Problem ist, einerseits die kartellierten Kapitalkräfte, andererseits die Gewerkschaftsbildung in den richtigen, durch das Gemeinwohl gezogenen Grenzen zu halten. Dieses Problem ist nach meiner festen Überzeugung nicht in dem Sinne zu lösen, wie es die Haltung der beteiligten Zechenbesitzer und Banken in der Siberia-Angelegenheit und zu den staatlichen Vermittlungsversuchen bei dem Kohlen-Bergarbeiterstreik anzeigt, das heißt im Sinne möglicher Ausschaltung des Staates. Nein, das geht nicht an. Der Staat muß seine ordnende und schützende Hand auch auf diesem weiten Gebiete walten lassen. Man hat auch hingewiesen auf den Anteil der Sozialdemokratie an diesem Streik, auf den Anteil, welchen diese Partei, die die Führung des Staates überhaupt leugnet, während und nach dem Streik im Ruhrrevier an ihm genommen hat. Ich bin ganz damit einverstanden, daß die verheißene Tätigkeit der Sozialdemokratie wohl kaum jemals drapierischer gutgetreten ist, als bei diesem Anlasse. Diese Tätigkeit unmittelbar vor Ausbruch des Streiks mag schwieriger nachzuweisen sein. Aber es handelt sich eben um das allmähliche Waschen der Saat des Hasses gegen die bestehende Gesellschaftsordnung, der Unzufriedenheit mit Gott, Staat und Obrigkeit, jener utopischen Vorstellung einer Welt, in der es nur Gleiche, keine Armen und Reichen, in der es keine bösen Menschen mehr gibt. Es ist auch möglich, daß die lokalen Führer der sozialdemokratischen Gewerkschaften diesmal von dem Ausbruch des Streiks abgeraten haben, daß sie sich um einen ruhigen Verkauf des Streiks bemüht haben.

Als aber das Unheil im Gange war, setzte die sozialdemokratische Presse auf der ganzen Linie ein, um den Kampf nach Möglichkeit zu verbittern und zu vergiften. Der nicht nur für die Autorität des obersten Reichsbeamten, sondern wirklich arbeiterfreundliche Rat des obersten Reichsbeamten, sich nicht zu Ausschreitungen hinreißen zu lassen, wurde von dem Führer der sozialdemokratischen Partei im Reichstage als eine Provokation der Bergarbeiter verschrien, die Ankündigung, daß bestimmte Beschwerden der Bergarbeiter durch eine Novelle zum Vergesetz abgestellt werden sollten, als Hohn auf die Lage der Bergarbeiter bezeichnet und durften dieselben unter keinen Umständen veranlassen, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Es ist mir wohl bekannt, daß in den Kreisen des Bergbaulichen Vereins die Ansicht herrscht, der Streik wäre anders verlaufen, wenn die staatlichen Organe sich gar nicht um denselben gekümmert hätten. (Lebhafte Zustimmung!) Und bei den Nationalliberalen.) In diesem Falle meint man, hätte der Streik vielleicht noch länger gedauert, aber mit einer völligen Niederlage nicht nur der Bergarbeiter, sondern auch der Sozialdemokratie geendet. (Sehr wahr! rechts.) Ich will ganz absehen von der besonderen Gefahr dieses Streiks für unser ganzes Wirtschafts- und Erwerbsleben. Ich will auch davon absehen, daß im Ruhrrevier sich die christlichen und freijünglichen Arbeiter mit den sozialdemokratischen Arbeitern ungefähr das Gleichgewicht halten. Aber in der Politik kommt es nicht nur auf die richtige Bestimmung, es kommt auch auf die Anwendung der tauglichen Mittel, es kommt auf die beste Wahl der Wege und des Terrains an. Bei der notorischen Uebermacht der Zechenbesitzer hätten diese das Stilllegen der Zechen und Hochlösen sicherlich noch eine gute Weile aushalten, hätten schließlich die Arbeiter die Arbeit auf Gnade und Ungnade aufnehmen, die Betriebsleitungen alle auffälligen Elemente ausscheiden und den Gewerkschaften einen schweren Stoß versetzen können. (Sehr wahr! rechts.) Aber wäre damit die Sozialdemokratie wirklich wirksam bekämpft worden? Verlängerung des Streiks bedeutete Vergrößerung der Not und des Familienelends unter den Bergarbeitern und Not und Elend sind der beste Boden für die Sozialdemokratie. Warum wäre sonst die Sozialdemokratie der schlüssigen Beendigung des Kampfes mit allen Mitteln entgegengetreten und hätte sie der Verkündigung, daß der Staat vermittelnd eingreifen wolle, soweit sie konnte, allen Jörn auf die Regierung abgesehen? Die Sozialdemokratie braucht, um für ihre Grundzüge, für ihren Kampf gegen die sogenannte kapitalistische Gesellschafts- und Erwerbsordnung neue Anhänger zu gewinnen und die alten festzuhalten, der Unzufriedenheit der Massen und der Hoffnungslosigkeit des armen Mannes. (Sehr wahr!) Was die Sozialdemokratie an Mitgliedern des alten Bergarbeiterverbandes vielleicht verloren hätte, würde sie sicherlich an agitatorischer Kraft reichlich wiedergewonnen haben. (Sehr wahr! im Zentrum.) So lange ich an dieser Stelle stehe, werden Sie mich zum Kampfe gegen die freiheits- und kulturwidrigen Bestrebungen der Sozialdemokratie immer an meinem Plage finden. Aber auf schwanke dem brüchigen Boden reite ich keine Atlaten.

Die Bergarbeiter im Ruhrrevier haben die Arbeit wieder aufgenommen mit der Hoffnung, daß die ihnen in Aussicht gestellte Novelle zum Vergesetz stärkeren Schutz ihrer Arbeitskraft, sicherere

Geßr ihrer Arbeitsleistung und Einführung von Arbeiterausschüssen bringen werde. Wägen auch die Uebstände im Bergbau vor Ausbruch des Streiks stark übertrieben worden sein, so vermag doch die staatliche Fürsorge in mehr als einer Richtung helfend einzugreifen. Enttäuschen Sie, meine Herren, diese Hoffnung nicht! Prüfen Sie mit Wohlwollen diese Vorschläge, welche Ihnen die königliche Staatsregierung unterbreitet. Was Sie in Erfüllung der sozialen Aufgaben, der sozialen Pflichten mit Gerechtigkeit und Unparteilichkeit für die Abstellung dieser Beschwerden tun, das tun Sie gegen die sozialdemokratischen Bestrebungen, das tun Sie für die Monarchie. (Beifall im Zentrum.)

Minister Müller:

Die Reformbedürftigkeit des allgemeinen Vergesetzes ist bereits seit Jahren anerkannt worden, und seit Jahren haben wir auch schon über einzelne Fragen, z. B. über die Frage der Reform des Anknappschaffens, Entwürfe veröffentlicht. Wenn diese Vorlage bisher nicht hat eingebracht werden können, so lag das speziell in diesem Jahre daran, daß die Session so überlastet war. Zu den Materien, die seit längerer Zeit beraten werden, gehört in erster Linie die in der zur Beratung stehenden Vorlage behandelte. Es sind auch aus dem Hause heraus zu wiederholten Malen Anregungen gekommen, daß weit über den Rahmen des Anknappschaffens hinaus eine Reformbedürftigkeit vorliegt, und insbesondere hat der Abg. Hübner in dankenswerter Weise zu wiederholten Malen auf solche Punkte hingewiesen. Das ist zunächst der Gegenstand, der in der zweiten Novelle behandelt wird. Es ist Tatsache, daß der § 65 des Vergesetzes schon lange als nicht ausreichend anerkannt ist. Das Gesetz von 1865 war eine bedeutende Reformarbeit, eine Arbeit von einem Umfange, wie wir sie in Preußen bis dahin nicht gekannt haben. Gegenüber der großen Abhängigkeit, in der sich das ganze Bergwesen von der Regierung befand, wurde damals der freien Bewegung Spielraum gelassen und die Grundzüge, die im Vergesetz von 1865 niedergelegt sind, haben ungemein segensreich gewirkt. Sie sind die Ursache gewesen, daß der Bergbau Preußens sich in einer so unerschütterten Weise entwickelt hat wie kein anderer Industriezweig. Aber das Gesetz hat sich doch nicht in allen Punkten als ausreichend erwiesen. Wir befinden uns gegenwärtig in einer ganz anderen wirtschaftlichen Lage als im Jahre 1865 und müssen den veränderten Verhältnissen Rechnung tragen. Aber das erfordert eine Tätigkeit, die sich kaum in einer Session erledigen läßt. Es war daher geboten zu fragen, ob nicht von den zu lösenden Aufgaben einige auszuscheiden haben, um sofort gelöst zu werden. Ich habe mit großer Resignation mich darein gefügt, daß die Anknappschaffensnovelle noch nicht in diesem Jahre in Ihre Hände gelangt, wir haben aber wenigstens diejenigen Vergünstigungen, die die Krankenlasten-Novelle den Anknappschaffens-Krankenkassen gewährt, durch kaiserliche Verordnung am 1. Januar in Kraft treten lassen, um die Bergarbeiter vor materieller Schädigung nach dieser Richtung hin zu bewahren. (Beifall.) Andere Punkte verlangten ein sofortiges Eingreifen. Wir konnten unmöglich dem Vorurteil Rechnung tragen, daß wir mit solchen Vorlagen nicht kommen dürften, während eine Bewegung im Gange war; das wäre eine unnatürliche und unverständliche Auffassung gewesen. Wenn ich auch zugebe, daß dieses Vorgehen uns als Schwäche ausgelegt werden könnte, so hat uns das doch nicht bewegen können, von der Einbringung dieser Vorlagen Abstand zu nehmen.

Was die Vorlagen bringen, ist nichts Neues. Es sind alles Fragen, die seit Jahrzehnten erörtert sind. Schon 1880 haben so erfahrene Männer und so vorichtige Geschäftsleute wie Dr. Hammacher die wesentlichsten Punkte der Novellen, die wir Ihnen jetzt vorlegen, anerkannt. Auch der bergbauliche Verein hat in seiner Erklärung vom 18. Mai 1880 im wesentlichen das anerkannt, was Dr. Hammacher seinerseits den Arbeitern zugesprochen zu können glaubte. Nur in Bezug auf die Arbeiterausschüsse waren die Meinungen geteilt. Was wir von Ihnen verlangen, hatte bereits 1890 die Reichsregierung in ihrer Novelle zur Gewerbe-Ordnung, dem sogenannten Arbeiterschutzesgesetz, gefordert; nur glaubte man sich damals mit fakultativen Ausschüssen begnügen zu können, und die Novelle zum Vergesetz von 1892 ist diesem Grundsatze gefolgt. Die fakultativen Ausschüsse haben aber einen sehr geringen Erfolg gehabt, man gab den Arbeiterausschüssen nicht die nötige Beschäftigung. Wo man das getan hat, oder wo man die Krankenlastenvorstände zu Arbeiterausschüssen bestellte, überall da haben die Arbeiterausschüsse recht gut gewirkt, es hat sich ein freundschaftliches Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer herausgebildet, man hat auf allen Gebieten der Wohlfahrtsbestrebungen ersprießlich gemeinsam gearbeitet. Wir sind zahlreiche Fälle bekannt, wo sich mit ausgesprochenen Sozialdemokraten in derartigen Ausschüssen vortrefflich hat verhandeln lassen. Es wird die Hauptsache sein, den Ausschüssen, die wir jetzt für die Vergesetze obligatorisch einführen wollen, regelmäßige Arbeit zu geben. Ich hoffe, daß durch unsere Vorschläge das Verhältnis zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern ein besseres wird. Wird die Novelle angenommen, dann wird auch über Streitigkeiten aus dem Lohnverhältnis viel friedlicher verhandelt werden als jetzt. Mit solchen Ausschüssen hat man neuerdings an vielen Stellen gute Erfahrungen gemacht, ich erinnere nur an die Staatsbahnenverwaltung und an die Verwaltung der Großen Berliner Straßenbahnen. Der letzte Bergarbeiterstreik hat uns eine eklatante Lehre gegeben, denn als der Streik ausbrach, hat es sich als Katastrophe gezeigt, daß man keinen Arbeitervertreter auf irgend einem Vergewert hatte. Wir sind gezwungen gewesen, die Arbeitervertreter, mit denen man verhandeln wollte, erst schaffen zu lassen. Durch den Mangel jeglicher Vertreter der Arbeiter im Ruhrrevier ist etwas entstanden, was den Zechenbesitzern im höchsten Grade unangenehm war, nämlich die Mitwirkung der Siebener-Kommission. Daß die Zechenbesitzer sich weigerten, die Kommission anzuerkennen, ist bereits vom Ministerpräsidenten ausgeführt, aber dieselbe Siebener-Kommission, die nicht anerkannt wurde, mußte herangezogen werden, um die Vertreter der Arbeiter zu stellen. Daß in solchen Fällen für eine Vertretung der Arbeiter gesorgt werden muß, springt in die Augen. Daher war es absolut notwendig, hier im Wege der Gesetzgebung einzugreifen, und ich bin fest überzeugt, wenn das Vorurteil, das gegen die Arbeiterorganisationen bei den Besitzern besteht, einmal überwunden sein wird, es bei der Mehrzahl der Zechen ein leichtes sein wird, ein gutes Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter herzustellen. Als Herr v. Bodelschwingh in seiner warmherzigen Weise dazu aufforderte, Beiträge zu sammeln, um der Not der Arbeiter zu steuern, das hat er in ebenso warmherziger Weise anerkannt, in wie hervorragendem Maße die weislichen Bergwerksbesitzer freiwillig die größten Wohlfahrtsanstalten getroffen haben. Hier aber ist der Punkt, wo die Mitwirkung der Arbeiter einsetzen muß. Bei diesen Wohlfahrtsanstalten, die heute den Arbeitern als Geschenk gegeben werden, muß den Arbeiterausschüssen eine gewisse Mitwirkung eingeräumt werden. Die Arbeiter werden zu ihren Vertretern zweifellos Männer wählen, die ihr Vertrauen haben. Die Fürsorge von den Agitatoren ist übertrieben; ich weiß es aus eigener Erfahrung, daß man auch mit diesen Arbeitervertretern, auch wenn sie einmal in gewissem Sinne agitatorisch wirken, sehr wohl verhandeln kann. Die Bestimmungen, die wir hier treffen, sollen kein Präjudiz sein für die anderen Industrien. (Ausrufen!) (Ausrufen!) Der Kohlenbergbau aber nimmt in der Tat eine erhebliche Ausnahmestellung ein, denn von ihm hängen nicht nur die Kohlenarbeiter ab, sondern auch die 5-6fache Zahl anderer Arbeiter, die in Mülleisen-schaft gezogen werden, wenn kein friedliches Verhältnis zwischen den Kohlenarbeitern und Arbeitgebern besteht.

Der zweite Punkt der Vorlage ist der sanitäre Maximalarbeitstag. Darüber besteht kein Zweifel, daß der Zustand, wie er bei dem Streik von 1889 bestand, inzwischen erheblich schwieriger geworden ist. Die Schächte sind seitdem viel tiefer und infolgedessen wärmer, die Bergschichten sind sehr viel größer geworden. Demgegenüber ist anzuerkennen, daß die Einrichtungen in den Zechen allerdings sehr viel besser geworden sind, daß erhebliche Schäden und Mängel dadurch kompensiert sind. Immerhin bleibt aber eine gewisse Verschlechterung der allgemeinen Zustände bestehen (Widerspruch), und diese Verschlechterung wird sich auch trotz des Widerspruchs, den ich eben höre, von Jahr zu Jahr steigern, denn von Jahr zu Jahr wird man mehr gezwungen sein, tiefer zu gehen und in den tieferen Schächten größere Mengen

von Arbeitern zu konzentrieren. Das der Gesundheitszustand zurückgegangen ist, ergibt die Statistik. Ich warne aber, mit diesen statistischen Zahlen hier ohne weiteres im Hause zu operieren. Die Zahlen sehen viel gefährlicher aus als sie in Wirklichkeit sind.

Wenn ich nun auf unsere Vorschläge komme, so wolle ich zunächst darauf hin, daß schon im Jahre 1889 sowohl der Abg. Hammacher in dem bekannten Berliner Protokoll wie auch der Bergbauische Verein es gemeinsam anerkannt haben, daß die Normalschicht der Leute acht Stunden und daß die Einfahrt in der Regel eine halbe Stunde betragen soll. Aber auf der anderen Seite geht eine Tendenz über das auf diesem Gebiet Mögliche hinaus: Die öffentliche Meinung steht heute ohne weiteres auf Seiten des Arbeiters und vergißt, daß es einen Unternehmers gibt — und geben muß. (Sehr wahr! rechts.) Auch ihm die Freundlichkeit am wirtschaftlichen Schaffen zu erhalten, ist Pflicht des Staates. (Sehr wahr! rechts.) Meine Partei würde auch ihre letzten Ziele verfolgen, wenn sie nicht in die erste Reihe die Rücksicht auf Stärkung des Rechtsgefühls stellte. Sie sehen, meine Herren, der Weg, den wir hier gehen wollen, ist schwer, sehr schwer. Aber es stehen so große Interessen des Staates auf dem Spiel, daß ich nur hoffen kann, unsere Bemühung werde Erfolg haben und der Weg zu einem glücklichen Ziele führen. (Sehr starker, lang anhaltender Beifall rechts.) Hier ist zweifellos einer der Punkte, wo eine Verschlechterung eingetreten ist. Ich will den Bergbauischen keinen Vorwurf daraus machen, aber die Tatsache bleibt bestehen, daß heute ein großer Teil der Arbeiter eine Einfahrtszeit von einer Stunde und mehr hat. In der Sozialpolitik gibt es keinen Rückschritt, sondern nur Fortschritte, und darum ist gerade die verlängerte Einfahrtszeit der Ausgangspunkt des vererblichen Streiks geworden; bei der Fache Bruchstrafe wenigstens ist sie zweifellos die alleinige Ursache des Streiks gewesen.

Es ist dann gesagt worden, wir hätten nicht nötig gehabt, diese Frage gesetzlich zu regeln. Wir hätten durch das Vergesetz und auch im Wege der Polizeiverordnung im Einzelfall die Möglichkeit gehabt, einzuschreiten. Dem Oberbergamt steht lediglich das Recht zu, individuell einzuschreiten. Wir haben nur das gesetzlich geregelt, was schon im Jahre 1898 in bezug auf die Einfahrtszeit und die Dauer der Arbeit sowohl von Herrn Dr. Hammacher wie vom bergbauischen Verein generell für alle Fachen anerkannt ist. Wir sind also nicht zu weit gegangen. Eine schwere Frage war für uns die Regelung der familiären Verhältnisse für die einzelnen Fachen. Da ist es zunächst angebracht, an die Tiefe der Fache zu denken. Das wäre aber nur eine mechanische Grenze gewesen, die durch Verbesserung der Einrichtungen hätte verschoben werden können. Wir haben deshalb die Temperaturgrenze für zweimäßiger gehalten. Man hat unsere Normierung der Grenze auf 22 Grad als etwas durchaus Billfälliges hingestellt und darauf hingewiesen, daß Landarbeiter im Sommer manchmal in einer weit höheren Temperatur zu arbeiten hätten. In einer Arbeit, die mit von hervorragenden Hygienikern zugegangen ist, ist die Grenze sogar auf 21 Grad festgesetzt. Aber die Wärme allein ist nicht maßgebend. Auch die Rässe der Gruben, die Feuchtigkeit der Luft, die Bewegung der Luft sind wesentlich mitbestimmend. Aus allen diesen Faktoren haben wir eine Norm finden müssen. Wir werden auch in einzelnen Fällen noch einschreiten, wenn andere Faktoren sich neben diesen geltend machen. Die Arbeitszeit ist so bemessen, wie es schon 1889 anerkannt worden ist. Gerade deswegen sind der Regierung heftige Angriffe gemacht worden. Die Behauptung, daß damit eine Verteuerung der Kohlenpreise und eine Schädigung der ganzen Industrie verbunden sei, ist doch ganz vage. Es gibt eine Grenze, über die hinaus man ohne Schädigung der Gesundheit nicht arbeiten kann. Außerdem hat das Oberbergamt die Berechtigung, eine Karenzzeit bis zu drei Jahren zu gewähren, um einen allmählichen Ausgleich der Interessen herbeizuführen. Wir haben in diesem Falle hauptsächlich deswegen eingeschritten, damit nicht in willkürlicher Weise einzelne Arbeiter überlastet werden.

Was die Frage des Wagnenullens anlangt, so ist das Wagnenullens auf den königlichen Betrieben im Saarevier überhaupt nicht üblich. Wenn wir an Stelle des Wagnenullens Strafgelder festgesetzt haben, die die Höhe einer zweimaligen Arbeitsschicht nicht übersteigen dürfen, so sind wir der Meinung, daß dieser Betrag nicht zu hoch gegriffen ist, daß er aber sicherlich hoch genug ist. Der Generalstreik ist von den Führern nicht gewonnen worden, sie haben eingelenkt, als sie sahen, daß sie schwächer waren.

Der Streik ist jahrelang in der Stille vorbereitet worden, es sind vermeintliche Uebelstände breitgetreten worden und die Agitation hat schließlich das Pulverfaß zur Explosion gebracht. Der Agitationsstoff und damit die Möglichkeit, von neuem zum Generalstreik aufzureizen, wird durch die Vorlage ganz erheblich vermindert. Die Sozialdemokratie ist allerdings mit der Vorlage nicht zufrieden. Ich empfehle Ihnen, die Artikel zu lesen, die im „Vorwärts“ erschienen sind, als wir die Grundlagen des Gesetzes veröffentlicht haben. Ich habe selten den „Vorwärts“ so ärgertlich gesehen wie in dem Augenblicke. Wir müssen aber die anerkannten Uebelstände beseitigen, und nachdem im Reichstage die verbündeten Regierungen erklärt haben, daß die Vergesetzgebung den Einzelstaaten vorbehalten ist, müssen wir die Regelung dieser Frage hier vornehmen, und es ist für das Haus von allergrößter Bedeutung, zu zeigen, daß das, was auf sozialem Gebiete geschehen kann, hier geschieht. Daß die Sozialpolitik nicht spurlos an unseren Arbeitern vorübergegangen ist, daß sie Vertrauen zur Gerechtigkeit der Gesetzgebenden Körperschaften haben im Gegensatz zu den Verhältnissen in anderen Ländern, das zeigt die Disziplin, die die streikenden Arbeiter aufrecht erhalten haben. Erhalten wir uns das gute Gewissen, daß wir für die sozialen Uebelstände Abhilfe schaffen. Ich hoffe, daß die große Mehrheit des Hauses dem Gesetzentwurf zustimmen wird. (Beifall.)

Abg. Dr. v. Heydebrand und der Lasa (l.):

Wir werden prüfen, ob begründete Beschwerden vorliegen, und wenn es der Fall ist und die zur Abhilfe vorgeschlagenen Mittel zweckmäßig sind, so werden wir die Vorlage annehmen, selbst wenn der Streik eine Rolle bei ihrer Einbringung gespielt hat. Wenn wir aber die Bestimmungen nicht für angebracht erachten können, so werden wir sie ablehnen. Wir nehmen eine objektive Stellung ein. (Beifall rechts.) Maßgebend für uns muß die Erwägung sein, daß nicht einzelne Vorkommnisse die Grundlage für eine Gesetzgebung bilden dürfen, die für die Dauer bestimmt ist. (Beifall rechts.) Ich beantrage, beide Vergesetz-Novellen einer Kommission von 28 Mitgliedern zu überweisen. Wir müssen in der Kommission von der Regierung noch sehr viele Erklärungen erwarten, da die Begründung der Vorlagen nicht ausreichend ist. Ich weise nicht daran, daß eine Verständigung mit der Regierung über die Bestimmungen betreffend die Stilllegung der Fachen nicht schwer sein wird. Ein gewisser Zwang zur Ausführung der Ration ist die logische Konsequenz des § 65 des Vergesetzes, aber es muß doch ein Unterschied gemacht werden zwischen Fachen, die im Betriebe sind, und Vergewerker, die noch nicht im Betriebe sind. So, wie der Gesetzentwurf es vorsieht, wird man nicht vorgehen können, aber er wird eine gute Basis zur Verständigung bieten.

Was die Einführung einer festen Arbeitszeit angeht, so hat die Vorlage da den Punkt berührt, von dem aus allein, für uns wenigstens, eine Behandlung der Sache möglich ist, das ist der sanitäre Standpunkt, dieser tritt in den Vordergrund. (Sehr richtig! rechts.) Vom rein wirtschaftlichen Standpunkte aus können wir einem festen Arbeitszeit nicht zustimmen, aber vom gesundheitlichen Standpunkte wird zu prüfen sein, ob die vorgesehene Vorschriften zweckmäßig sind. Das Wagnenullens scheint mir eine ganz verständliche Maßregel zu sein. (Sehr richtig! rechts.) Es ist nichts weiter als die Veranlassung einer allmählichen Arbeitsleistung. Wenn sich aber ein anderes Mittel dafür finden läßt, so wird daran die Vorlage nicht scheitern. Eine andere Bestimmung macht die Arbeiterauschüsse obligatorisch. Gewiß haben wir dergleichen schon früher gehabt, jetzt aber, wo sie eine organische, dauernde Einrichtung werden sollen, bedarf die Frage doch der sorgfältigsten Prüfung. (Sehr wahr! rechts.) Ich weise selbst die obligatorische Einsetzung von Arbeiterauschüssen nicht absolut von der Hand. Aber dann müssen auf der anderen Seite Maßregeln getroffen werden, die verhindern, daß diese Einrichtungen nicht Organisationen der Sozialdemokratie werden und nicht zu einem Terrorismus ausgeartet werden gegen die, die nicht absolut in die

Organisationen eingefügt sind. (Sehr wahr! rechts.) Wir hoffen trotz allem, daß es auch auf diesem schwierigen Gebiet möglich sein wird, vielleicht eine Verständigung zu finden. Am meisten hat uns gegen die Vorlage die Art und Weise eingenommen, in der die königliche Staatsregierung sie eingebracht hat. (Sehr wahr! rechts.) Vielen meiner Freunde ist es insbesondere zweifelhaft, ob der Zeitpunkt richtig gewählt war. (Sehr wahr! rechts.) Sind denn die Beschwerden auf einmal jetzt so dringend geworden, nachdem die Regierung jahrzehntlang Zeit hatte, den Dingen auf den Grund zu gehen? Sind sie aber nicht so dringend, so legt doch die Wahl gerade dieses Zeitpunktes zum mindesten Mißverständnisse sehr nahe. (Sehr wahr! rechts.) Eine große Masse von Arbeitern hatte sich von der Waise des Gesetzes entfernt. (Sehr wahr! rechts.) Und sollte nicht die Staatsregierung als erste das Gesetz wahren? (Vielfaches Sehr gut! rechts.) Jetzt scheint es, als hätte die Regierung gegenüber einer Gewalt Konzeptionen gemacht. (Sehr wahr! rechts.) Das ist der gefährlichste Weg, der betreten werden kann. (Sehr wahr! rechts.) Ich halte es für meine Pflicht gegenüber dem ganzen, das auszusprechen, was so vielen auf dem Herzen liegt. (Sehr wahr! rechts.)

Auf der anderen Seite haben wir die Pflicht, uns nicht umgekehrt nach der anderen Seite auf einen Standpunkt drängen zu lassen, der eben so weit von Gerechtigkeit und Sachlichkeit entfernt wäre. Der Ration des Handelsministers hätte es für uns nicht bedurft. Ein solcher Appell kann die Achtung vor dem Parlament nicht vermehren. (Sehr wahr! rechts.) Und bei den Nationalliberalen! Wir haben volles Verständnis für das gerechte Streben des Lohnarbeiters, seine Existenzbedingungen zu verbessern. (Sehr wahr! rechts.) Jedes Parlament, jeder Vaterlands-, jeder Menschenfreund hat die Pflicht, diesem Streben seine hilfreiche Hand zu bieten so weit es mit den Interessen der Allgemeinheit vereinbar ist.

Abg. Schiffer (natl.):

Die Behandlung sozialpolitischer Vorlagen im Landtag beweist dem unbefangenen Beobachter deutlich, wie unrecht die haben, die nur dem Reichstage sozialpolitisches Verständnis und guten Willen zutrauen. Gerade die preussische Vergesetzgebung ist ein Muster sozialpolitischer Sozialpolitik. Wir würden sie gern noch weiter vorwärts bringen, wenn uns nicht gerade der gegenwärtige Zeitpunkt für die Einbringung der Vorlage überaus ungünstig gewählt erschiene. Der Zweck der Verlegung des Streiks ist durch die Anknüpfung dieses Gesetzes nicht erreicht worden; er hat dann später aufgehört, weil das Geld ausgegangen war. (Sehr richtig!) Wir müssen annehmen, daß der Streik die Regierung zur Einbringung des Gesetzes veranlaßt hat. Nach unserer Ansicht war der Ration aber nicht so dringend, daß der Streik gerechtfertigt gewesen wäre. Der Arbeitgeber wird jetzt fast rechtlos gegen den Arbeitnehmer. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Sein Recht geltend zu machen, gilt jetzt schon für eine Rücksichtslosigkeit in der Sozialpolitik. Das Recht ist aber das Knochenmark im Körper des Volkes. Die Arbeitnehmer haben beim Streik wenig Verantwortungsgelüfte gezeigt, und der Vorwurf, daß die Fachebestitzer nicht mit den Arbeitern verhandeln, ist formell unberechtigt; denn mit ihren Arbeitern wollten sie verhandeln, nur nicht mit der Siebener-Kommission. Inwiefern stehe ich mit einem Teil meiner politischen Freunde auf dem Standpunkte, daß es politisch unrichtig von den Arbeitgebern war, die Verhandlungen mit der Siebener-Kommission abzulehnen. Denn die wirkliche politische Gleichberechtigung der Arbeiter ist nur durch Organisationen zu erreichen, und deshalb war die Ablehnung der Verhandlungen seitens der Arbeitgeber ein Mißgriff. Aber es war nicht berechtigt, gegen die Arbeitgeber in der Öffentlichkeit so einseitig Partei zu nehmen, wie es geschehen ist. Die Regierung hat sich zu sehr auf die Seite der Arbeiter gestellt und dadurch die öffentliche Meinung für die Arbeiter mobil gemacht. Mit der Vorlage ist ein bedauerlicher Präzedenzfall geschaffen worden; man hätte besser warten sollen, bis man das ganze große Gebiet der Vergesetzgebung einheitlich regeln konnte. (Sehr gut!) Wir werden die Novelle ruhig und sachlich beraten. Erschwert ist uns aber die Mitarbeit durch die Umstände, unter denen sie vorgelegt worden ist. Was den Inhalt der Vorlage selbst anbetrifft, so sind die hauptsächlichsten Punkte die Abschaffung des Nullens und der sanitäre Rationarbeitszeit. Das Wagnenullens ist vielleicht besser als sein Ruf und es ist wohl nur infolge von Willkürlichkeiten, die dabei vorgekommen sind, bei den Arbeitern verhaßt geworden. Ich hoffe aber, daß es möglich sein wird, es zu beseitigen. Was den familiären Arbeitstag angeht, so läßt sich diese schwierige Frage nicht mit dem Barometer in der Hand regeln. Es wird in der Kommission zu prüfen sein, ob auf Grund der erst begonnenen Untersuchungen die Einführung des sanitären Arbeitstages möglich ist. Mindestens muß erwogen werden, ob nicht die Frage der Seilschaft, die am meisten zu Klagen Anlaß gegeben hat, geregelt werden kann ohne Rücksicht auf einen bestimmten sanitären Arbeitstag. Die Arbeiterauschüsse sind das Produkt einer doktrinarischen Anschauung, sie sind nicht aus der Praxis heraus geboren. Wir wollen aber der Frage der Einführung ständiger Arbeiterauschüsse näher treten, weil sie dem lebhaftesten Wunsche der Arbeiter entspricht. Jedenfalls muß dahin gestrebt werden, nach Möglichkeit Elemente in die Ausschüsse hineinzubringen, die den Frieden zu fördern bereit sind. Die geheime Wahl ist sehr bedenklich, aber es ist anzunehmen, daß bei der öffentlichen Wahl der Terrorismus der Sozialdemokratie sich noch stärker geltend machen würde als bei der geheimen Wahl. Empfohlen wird es sich, das Alter für das Wahlrecht hinauszusetzen, damit ruhiger und sachverständige Elemente in die Ausschüsse hineinkommen. Wir werden an die Prüfung der Vorlage sines ira herantreten und hoffen, daß auf dem Boden des alten Gesetzes ein Neubau entstehen wird, in dem der soziale Frieden eine dauernde Heimstätte finden wird. (Beifall.)

Abg. Dr. Hirsch-Berlin (fr. Sp.):

Für uns kommt der Gesetzentwurf nicht zu früh, sondern entschieden zu spät. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Der Gesetzentwurf entspricht dem dringenden Bedürfnis einer halben Million von Bergarbeitern. Es ist darauf hingewiesen worden, daß die Untersuchungskommission gar nicht solche grobe Mißstände aufgedeckt hat. Die Untersuchungskommission hat doch bis jetzt nur die Verhältnisse einer kleinen Minderheit untersucht. Die Ergebnisse der Untersuchung sind für den Gesetzentwurf auch gar nicht von so großer Bedeutung. Die Uebelstände, Härten und Ungerechtigkeiten sind von uns schon wiederholt hier vorgebracht worden. Es handelt sich hier um die einfachsten Forderungen der Sozialpolitik. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Die Angst vor dem roten Gespenst ist unbegründet. Die Tarifverhandlungen haben sich vorzüglich bewährt. Die Arbeitgeber im Bergwerk haben sich noch niemals mit dem Arbeiter auf eine rein menschenfreundliche Weise verständigt. Seit Jahrzehnten haben sie jede Verständigung abgelehnt, die Arbeiter persönlich abstoßend behandelt und ihre Gleichberechtigung beharrlich und prinzipiell verweigert. Daher das Gefühl: so kann es nicht weitergehen, wir müssen die erste beste Gelegenheit benutzen, um — leider unter Kontraktbruch — den Streik in Szene zu setzen.

Es scheint mir völlig verkehrt, hier immer die Sozialdemokratie als einzigen Gegner hinzustellen. Wir, die Hirsch-Dunderschen, wir christlichen Arbeiter protestieren gegen die Bevorzugung der Sozialdemokratie, die auch darin liegt. Es ist kein Wunder, wenn die Sozialdemokratie übermüht, wenn sie selbst von der Rechten hier ständig als Partei der Zukunft hingestellt und verherrlicht wird. (Sehr gut! links.) Wir urteilen nicht nach Klassen und Ständen, sondern nach dem Wohl der gesamten Nation. Ich warne, die Vorlage irgendwie zu verschleppen. Hinter ihr steht die feierliche Zusage und Verpflichtung der Staatsregierung! Zu unserer Genugtuung hat die Regierung ihr Versprechen, eine solche Vorlage einzubringen, erfüllt. Ein Gesetzentwurf, der wirklich Besserung herbeiführen soll, muß die in ihm ausgesprochenen Gedanken konsequent zu Ende führen. (Sehr wahr! links.) In diesem Sinne werden wir den Gesetzentwurf zu verbessern suchen. Ob die positiven Maßnahmen genügen, ob nicht die Annahme mannes obligatorisch zu machen ist, bedarf näherer Erwägung.

Bis zu 20 bis 30 Mark im Laufe eines Monats sind die Strafen angewandt. (Widerspruch bei den Nationalliberalen.) Das Doppelte des Tagelohnes scheint uns als Maximum der Monatsstrafe noch zu hoch.

Die obligatorische Einführung der Arbeiterauschüsse hat natürlich den Uebelständen wenig abgeholfen. Warum sollen die Bergarbeiter von weniger als 100 Arbeitern dieser Wohlthat nicht teilhaftig werden? Und warum ist diese Bestimmung nicht auch auf die Staatsgruben ausgedehnt worden? (Sehr gut! bei den Nationallib.) Gute Erfolge stehen sich durch Einziehung der Arbeiter zur Grubeninspektion erzielen. Ich glaube, es ließe sich noch Vieles tun, um die Zahl der schrecklichen Unglücksfälle zu vermindern. (Sehr wahr! links.) Die Selbstverwaltung der Arbeiter hat sich in allen Versicherungszweigen bewährt. Nur wenn für diese Arbeiterauschüsse das allgemeine und geheime Wahlrecht besteht, unter Verteilung der Stimm nach dem Proportionalprinzip, und wenn alle fremden Elemente fern gehalten werden, können die Arbeiterauschüsse zum Nutzen der Allgemeinheit wirken. (Sehr wahr! links.) Wenn wir uns auf den Boden des sanitären Rationarbeitsstages stellen, so müssen wir verlangen, daß er auch wirklich durchgeführt wird. Es gibt keine aufreidere Tätigkeit als die des Bergmanns in der Tiefe. Da ist mit der regelmäßigen Arbeitszeit genug geschehen. Was darüber ist, das ist vom Uebel. (Sehr wahr! bei den Freisinnigen.) Da soll der Arbeiter nicht auf Kosten der Gesundheit den Verdienst erhöhen. Wir wollen uns hier nicht als Vertreter der Arbeiter hinstellen und einseitig nur ihre Interessen wahrnehmen. Aber der musterhaft durchgeführte Streik von 200 000 Ruhrrevier-Arbeitern war eine bewundernswürdige Tat des sittlichen Haltens. Wir wollen nicht die einzelnen Verhältnisse auseinanderreißen, sondern die Einigkeit und den Frieden zwischen allen Parteien aufrecht erhalten. (Sehr wahr! Beifall links.)

Abg. Dr. Spahn (l.):

Es kommt gar nicht darauf an, ob die Untersuchungskommission erhebliche Mißstände zutage gefördert hat. Bei diesen Untersuchungen handelte es sich doch bloß um Verstöße gegen die bestehenden Gesetze, gerade aber die bestehenden Gesetze sind unvollkommen. Von einer Einbuße an Autorität seitens des Staates kann bei diesem gesetzgeberischen Vorgehen nicht die Rede sein. Es kann sich nur um die Frage handeln, ob die Klagen berechtigt sind, und wenn man sie bejaht, dann muß man auch dem Entwurf zustimmen. Meine Freunde werden die Grundzüge, die sie im Jahre 1892 aufgestellt haben, auch bei der Beratung dieser Vorlage maßgebend sein lassen. Wir haben damals vor allem die Ansicht vertreten, daß die sachverständige Schicht gesetzlich festgelegt werden müsse. Wir fordern sie für alle Arbeiter unter Tage. Wir hat ein Bergarbeiter gesagt, er sei nach jeder Schicht so hungrig, daß er eine volle Stunde des Ruhens brauche, um erst essen zu können. Erschwerend fällt ins Gewicht, daß der Bergarbeiter nur Kaffee und Butterbrot während der Schicht zu sich nehmen kann, während der Arbeiter über Tage doch wenigstens ein warmes Mittagessen zu genießen pflegt. Die Statistik ergibt, daß die Gesundheitsverhältnisse der Bergarbeiter besonders ungünstig liegen. Auch die Arbeitsfähigkeit der Bergarbeiter ist infolge des erkrankten Betriebes stark zurückgegangen. Während noch im Jahre 1898 der Bergarbeiter durchschnittlich bis zum 50. Lebensjahr arbeitsfähig war, ist er es heute nur noch bis zum 40. Auch die Krankheitsziffer ist erheblich gestiegen, auch abgesehen von der Burnkrankheit. Wir wünschen, daß zwischen der achtstündigen und sechsstündigen Schichtdauer noch eine Mittelstufe von sieben Stunden bei 26 Grad genommen wird. Die Bestimmung, daß die Arbeiter unbedingt verpflichtet sein sollen, Uebelständen zu machen, halten wir für bedenklich. Unbedingt notwendig sind obligatorische Arbeiterauschüsse. Die Arbeiter stehen einem Bankrot, einer Aktiengesellschaft gegenüber, da müssen auch sie in einem Ausschusse eine organisierte Vertretung besitzen. Die Ausschüsse müssen aber nicht nur mitzuraten haben, sondern es müssen gesetzlich die Punkte festgelegt werden, die in die Arbeitsordnung aufzunehmen sind, und bei denen die Arbeiterauschüsse mitzuraten haben. Weiter ist es erforderlich, daß von den Arbeitern selbst gewählte Grubenkontrollen der Vergewerksinspektion zur Seite stehen. Anstoß erregt nur die Bestimmung, daß in den Arbeiterauschüssen nur deutsch sprechende Arbeiter vertreten sein sollen. Wie sollen denn die polnischen Arbeiter ihre Wünsche zur Geltung bringen? Wenn in der Vorlage bestimmt wird, daß der Gesamtbetrag der Strafen im Monat nicht den doppelten Schichtlohn überschreiten soll, so wird diese Strafe für leichtere Fälle auch noch zu groß sein. Ich hoffe, daß aus der Kommissionsberatung ein Gesetz hervorgeht, das zum sozialen Frieden, zur Guberhaltung des Bergarbeiterstandes und zum Segen des Vaterlandes beitragen wird. (Beifall.)

Ministerpräsident Graf Bälou:

Ich möchte zunächst meiner Befriedigung darüber Ausdruck geben, daß die Vertreter aller Parteien die Möglichkeit einer Verständigung zwischen der Staatsregierung und dem Hause über die beiden Vergesetz-Novellen in Aussicht gestellt oder offen gelassen haben. Ich möchte weiter sagen, daß der Ideenkreis, aus dem heraus Abg. v. Heydebrand in so eindringlicher und herbeider Weise für die Wahrung des Rechtsgefühls und der öffentlichen Ordnung im Staat eingetreten ist, mein volles Verständnis und meinen vollen Beifall findet. (Beifall rechts.) Um so größeren Wert lege ich darauf, daß die Verständigung über die Gesetzentwürfe, die nach meiner Ueberzeugung im großen und ganzen einen im besten Sinne konservativen und staatsverhaltenden Charakter haben, mit Unterstützung der konservativen Partei zu Stande kommt. Die Novellen zum Vergewerkergesetz sollen nicht den Charakter einer Gesetzgebung ab irato haben, sie sollen im wesentlichen nur die Forderungen erfüllen, welche der Staatsregierung schon vor dem großen Streik im Ruhrrevier als berechtigt erschienen. Die Novellen sollen nicht den Stempel der Gelegenheitsgesetzgebung tragen. Ich schließe mich durchaus dem an, was der Abg. v. Heydebrand gesagt hat, daß wir weder einseitige Arbeitgeber-, noch einseitige Arbeitnehmerinteressen vertreten, sondern lediglich die des Staats. Was aber notwendig ist, muß geschehen, um solchen Lohnkämpfen nach Möglichkeit vorzubeugen, und um ihnen, wenn sie doch eintreten, mit gutem Gewissen entgegenzutreten zu können. Man hat der Regierung den Vorwurf der Schwäche gemacht. Mich wundert, wie ein solcher Vorwurf erhoben werden kann, wo ich doch gleich nach dem Ausbruch des Streiks nicht den mindesten Zweifel gelassen habe, weder hier, noch im Reichstage, daß ich die gesetzliche Ordnung unter allen Umständen aufrechterhalten würde, und diese Zusage vollkommen eingelöst habe. Wer in den Tagen des Streiks die Sprache und Haltung der Sozialdemokratie verfolgt, die Reden, die von sozialdemokratischer Seite im Reichstage gehalten wurden, angehört und die Artikel, die damals in der sozialdemokratischen Presse gegen die Regierung erschienen, gelesen hat, die Wutausbrüche, zu denen sich damals die Sozialdemokratie gegen die Regierung hinreißte, der wird der Regierung den Vorwurf der Schwäche nicht mit Recht machen können. Und auch daran erinnere ich, wie ich den Bergarbeitern des Ruhrreviers, als sie sich an mich wandten, geraten habe, zunächst die Arbeit wieder aufzunehmen und das von ihnen durch Niederlegung der Arbeit unter Kontraktbruch begangene Unrecht wieder gutzumachen. — Ferner ist die Regierung getabelt worden, weil sie die alsbaldige Einbringung der beiden Novellen noch während der Dauer des Streiks angekündigt hat. Nach meiner Ueberzeugung war dieses Vorgehen der königlichen Staatsregierung durchaus richtig und zweckentsprechend. Was auch der Geldmangel die Arbeiter schließlich gezwungen haben, auf jeden Fall die Arbeit wieder aufzunehmen, der Streik hätte doch sehr wohl noch acht Tage oder 14 Tage oder drei Wochen länger dauern können. Ich glaube, meine Herren, daß ohne die Bereitwilligkeit der königlichen Staatsregierung, bestimmte Beschwerden der Bergarbeiter abzustellen, die Masse der Bergarbeiter über den Rat der Siebener-Kommission, die Arbeit wieder aufzunehmen, genau so zur Tagesordnung übergegangen wäre, wie sie bei Ausbruch des Streiks trotz des Rates der Führer in den Streik eingetreten sind, und ich weise nicht, ob nicht ohne ein Eingreifen der Regierung der Streik einen weit tumultuarischeren Charakter angenommen

Hätte, als er jetzt zu unserer Benutzung angenommen hat. Ich glaube nicht, daß wenn der Streik nach einem anderen Rezipienten behandelt worden wäre, er einen friedlicheren Verlauf genommen, ein so rohes Ende gefunden hätte, und ich gestehe Ihnen, daß die mir nach dem Streik vorgelegte Karikatur eines Polizeiwachmeisters, der in Ruhrrevier angeblich vor Langeweile gestorben sein soll (Große Heiterkeit), mir lieber war, als wenn der Streik zu einer wirklich größeren Kalamität geführt hätte. Weiter ist gesagt worden, die Einbringung der Gelegenheitskräfte gerade in diesem Augenblick bedeute eine Radikalität gegenüber der irreführendsten öffentlichen Meinung. Dieser Vorwurf dürfte sich ebenso wenig rechtfertigen lassen, wie der Vorwurf der Versäumnis, der mir vom Abg. Firsch gemacht ist. Daß mir gleichzeitig Ueberzeugung und Versäumnis vorgeworfen wird, das erinnert mich an das Wort von Goethe, daß zwischen Ueberzeugung und Versäumnis unseres Lebens tief Geheimnis liege. (Heiterkeit.) Jedenfalls ist nach meiner Ueberzeugung der eine Vorwurf so unberechtigt wie der andere. Das kommt ja im Leben häufiger vor, daß man mehr oder weniger lange sich mit einer Absicht trägt, und daß dann ein Ereignis eintritt, das zur schleunigsten Durchführung der Absicht führt. Es soll die Klust verringert werden, die sich vielfach zwischen den Vergewaltigten und den Arbeitern gebildet hat; die Fühlung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer soll wieder hergestellt werden. Das ist der Hauptzweck der Arbeitervereine, von denen wir hoffen, daß durch sie möglichst Streiks verhindert werden.

Von allen Seiten ist zurückgekommen worden auf unsere Haltung gegenüber dem Streik im Ruhrrevier. Gegenüber diesem Streik hat die Regierung von Anfang bis zu Ende festgehalten an der ruhigen und sachlichen Haltung, die ich vor diesem Hause wie vor dem Reichstag dargelegt habe. Unbekümmert um die Sozialdemokratie, die eine Verständigung erschwerte, hat die Regierung im Sinne des Friedens gewirkt. Sie hat die öffentliche Ordnung aufrecht erhalten, aber gleichzeitig gegenüber diesem Lohnkampf eine unparteiische Haltung eingenommen. Wie unparteiisch diese Haltung war, können Sie am besten daraus erkennen, daß sie von beiden Seiten kritisiert worden ist. Und unbekümmert — denn die Kunst des Regierens besteht ja jetzt wirklich zum Teil darin, sich nicht durch die Kritik lähmen oder verblüffen zu lassen (Heiterkeit) — hat die Regierung die Pflicht getan, die noch unserer Auffassung in diesem Augenblick gegenüber den Interessen der salus publica ihr oblag. Niemals zuvor hat bei uns ein Streik stattgefunden, welcher einen solchen großen Umfang angenommen hätte. Die Zahl der Ausständigen war, wie wir alle wissen, noch größer als selbst bei dem größten Streik der Kohlenarbeiter in Pennsylvanien. Hier waren nur 140 000 Arbeiter in den Ausstand getreten, diesmal im Ruhrrevier aber an 200 000 oder sogar noch über 200 000. Durch den Streik im Ruhrrevier ist der nationale Wohlstand um Hunderte von Millionen geschädigt worden. Die Regierung hatte die Pflicht, der weiteren Ausbreitung eines solchen wirtschaftlichen Notstandes vorzubeugen. Es handelte sich nicht um eine gewöhnliche Arbeitseinstellung, sondern es handelte sich um weitverzweigte Interessen, die unser ganzes Erwerbsleben in Mitleidenschaft zogen. Was aber die Arbeiter angeht, so littten sie schon unter dem Ausfall der Löhne, unter den teuren Preisen, und auch sie haben dasselbe Interesse wie die Arbeitgeber an der Erhaltung des nationalen Wohlstandes. In den letzten Tagen habe ich vielfach gehört und gelesen, daß durch diese beiden Gelegenheitskräfte die Arbeiter noch nicht zufrieden gestellt würden, die Sozialdemokratie verhöre solche Vorschläge, die christlichen Gewerkschaften fänden von den von uns gemachten Verbesserungen manche noch nicht genügend. Ja, meine Herren, eine Regelung der Bergarbeiterverhältnisse nach den Wünschen der Gewerkschaften ist überhaupt ausgeschlossen. Damit werden wir immer rechnen müssen, daß Erwerbs- und wirtschaftliche Gruppen immer noch weitergehende Forderungen aufstellen, immer noch weitergehende Wünsche hegen, als sie vom Standpunkt des Gemeinwohls aus befriedigt werden können. Das war so während der Handelsverträge, das war so während der Kanalfrage. Es kommt hinzu, daß der alte Bergarbeiter-Verband befreit ist, die christlichen Gewerkschaften aufzusuchen. Die christlichen Gewerkschaften repräsentieren die altingesessenen Arbeiter und darum sind sie vom Bergarbeiter-Verbande als gleichberechtigt anerkannt worden. Wenn jetzt die Hoffnung der Bergarbeiter auf die Reform nicht in Erfüllung geht, dann bin ich überzeugt, wird mancher christliche Bergarbeiter zur Sozialdemokratie übergehen. (Sehr richtig!) Sehr charakteristisch ist mir eine Äußerung eines sozialdemokratischen Agitatoren in Dortmund. Ich freue mich, sagte er, wenn aus der bevorstehenden Novelle nichts wird; unsere Vergleiche werden dann um so eher sozialdemokratisch. (Hört! hört!) Ich möchte auch die Aufmerksamkeit lenken auf einen Artikel, den der Vorsitzende der Siebenerkommission, Herr Effert, in der Zeitschrift „Der Deutsche“ vor einigen Tagen veröffentlicht hat und der mit den Worten schließt: „Wenn die Regierung und der Landtag baldigt gesetzgeberische Maßnahmen zum Schutze der Bergarbeiter treffen, so bleibt nicht nur das Vertrauen des größten Teiles der Bergarbeiterschaft erhalten, sondern Tausende, die jetzt noch zweifeln und sozialdemokratischen Utopien nachlaufen, werden neuen Mut fassen und die Stützen der monarchischen Ordnung werden.“ Mag dem sein, wie ihm wolle, möge es auch richtig sein, sich vor übertriebenem Optimismus zu hüten, für den Staat und für die Regierung ist es Pflicht, das zu tun, was sachlich geboten ist. Nach unserer Ueberzeugung sind die wesentlichen Bestimmungen der beiden Thesen unterbreiteten Gelegenheitskräfte im großen und ganzen sachlich gerechtfertigt und sachlich berechtigt. (Beifall.)

Die weitere Beratung wird auf Dienstag 11 Uhr verlag. Schluß 4 1/2 Uhr.

Partei-Nachrichten.

Der niederösterreichische Landesparteitag hat am 25. März in Krems begonnen. Es sind 84 Delegierte anwesend. Am ersten Verhandlungstage wurden die ersten zwei Punkte der Tagesordnung — Geschäftsberichte und Bericht über die Parteipresse — erledigt. Genosse David berichtete über die Entwicklung der „Volkstribüne“. Dieses Parteiorgan hatte im Jahre 1901 eine Auflage von 24 800 Exemplaren. 1903 waren es schon 42 500, am Ende vorigen Jahres 49 000. In den letzten Wochen ist die Auflage des Blattes auf 53 000 Exemplare gestiegen. Es entwickelte sich eine kurze Debatte über die Haltung der „Volkstribüne“ in der Los von Rom-Bewegung. Der Landesparteitag billigte diese Haltung. Emmerling-Bien teilte mit, daß die Auflage der „Arbeiter-Zeitung“ im letzten Jahre um 5000 gestiegen ist. Seine Mitteilung, daß die Jubiläumsummer der „Arbeiter-Zeitung“ in 82 000 Exemplaren verkauft wurde, wird mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Folgender Antrag fand einstimmige Annahme:

Ein von der Pressekontrollkommission delegiertes Mitglied hat das Recht, allen Sitzungen der Landesparteivertretung, in denen die Presse zur Verhandlung steht, mit beratender Stimme beizuwohnen und ist daher auch zu diesen Sitzungen einzuladen.

Die Pressekontrollkommission hat das Recht, jederzeit eine Sitzung der Landesparteivertretung zu verlangen.

Verhandlungsgegenstände sind in der Landesparteivertretung nur im Beisein eines Mitgliedes der Kontrollkommission zu verhandeln.

Parteipresse. Aus der Redaktion des „Norddeutschen Volksblattes“ scheidet am 1. April Genosse Marxwaldt, um in die Redaktion der „Märkischen Volksstimme“ einzutreten. An seine Stelle tritt Genosse Richard Wagner, der bisher der Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ angehörte.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Gründe für das Verbot sozialdemokratischer Versammlungen unter freiem Himmel. Dem Parteigenossen Linde zu Königsberg i. Pr. war die Abhaltung einer Versammlung unter freiem Himmel im Landkreise Königsberg durch Verlegung der Genehmigung unmöglich gemacht worden. Angeblich sollte die Abhaltung einer solchen Versammlung die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährden. Nach vergeblichen Bestätigen beim Landrat und beim Regierungspräsidenten lagte Linde im Verwaltungsstreitverfahren auf Aushebung der Verfügung, durch welche die Genehmigung verweigert worden war. Er machte geltend, daß seine Tatsache angeführt werden könnte, welche geeignet wäre, die Befürchtung einer Störung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit zu rechtfertigen. Der Regierungspräsident antwortete, die von Königsberg aus betriebene sozialdemokratische Agitation reize die Bevölkerung im Landkreise in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise auf. Hierfür werden Äußerungen in Königsberger Versammlungen, in der „Königsberger Volks-Zeitung“ und im „Landboten“ angeführt. Weite Kreise ländlicher Arbeiter wären schon so erobert, meinte der Regierungspräsident weiter, daß sie aus wichtigen Gründen eine feindliche Haltung dem Arbeitgeber gegenüber einnähmen, den Dienst hintwerfen usw. Reden der Art, wie sie in Königsberg gehalten seien, würden die schlummernde Erbitterung ansuchen, und wenn ein Gegner solcher Ausführungen in Versammlungen unter freiem Himmel aufträte, dann würde die öffentliche Ordnung stark gefährdet sein. Auch würde sich bei der Nähe der Stadt das Erscheinen eines großstädtischen Adresspublikums nicht verhindern lassen, selbst wenn der Kläger und seine Partei dies Publikum nicht wünschten. Schließlich sei zu bemerken, daß sozialdemokratische Führer im Jahre 1903 in eine konservative Versammlung einzudringen versucht hätten, und daß eine freisinnige Versammlung in Königsberg durch Sozialdemokraten zu sprengen gesucht worden sei, was die Beurteilung mehrerer zu Freiheitsstrafen wegen Hausfriedensbruchs zur Folge gehabt habe. Solange die bisherige Agitationsweise der Sozialdemokraten fortbauere, solange müsse im Landkreise Königsberg bei allen Versammlungen unter freiem Himmel die öffentliche Ordnung für gefährdet gehalten werden.

Das Ober-Verwaltungsgericht wies die Klage des Genossen Linde zurück, ohne Gründe zu verkünden. Ebenso erging es einer anderen Klage desselben Genossen, die die Verlegung der Genehmigung zu einer Versammlung unter freiem Himmel im Kreise Labiau betraf.

Wahrscheinlich hat sich das Ober-Verwaltungsgericht die Gründe des Regierungspräsidenten zu eigen gemacht.

Eine Pressekommision ist kein Verein. Eine Sitzung der Pressekommision der „Magdeburger Volksstimme“ wurde am 13. September 1904 durch die Polizei aufgelöst, die auch einige Notizzettel und die vor den Plätzen der Kommissionsmitglieder liegenden heliographierten Geschäftsberichte beschlagnahmte. Hinterher erhielt Genosse Fabian als Einberufer und Genosse Vater als derjenige, der den Raum zu einer nicht angemeldeten Versammlung hergegeben hatte, eine Anklage. Das Magdeburger Polizeipräsidium vertritt die sonderbare Anschauung, daß die Pressekommision ein selbständiger politischer Verein ist, in dessen Versammlungen öffentliche Angelegenheiten verhandelt werden. Das Schöffengericht kam, wie wir zur Zeit mitteilen, zu einem freisprechenden Urteil. Die Anklagebehörde legte gegen die Freisprechung Widerspruch ein und zwar mit dem Erfolge, daß nun die Strafkammer zur Freisprechung der Angeklagten kam. Die Magdeburger Polizei wird sich mit diesem Urteil schon befriedigen müssen.

Verammlungen.

Die Tariffrage beschäftigte am Sonntag auch die für den Lohnbegleit Berlin im Gewerkschaftshaus abgehaltene Zahlstellenversammlung des Zentralverbandes der Zimmerer. Zu seinem einleitenden Referat ging Kube nochmals ausführlich auf die zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern gepflogenen Verhandlungen in der Auktorkommission ein. Bekanntlich waren dieselben in den ersten Sitzungen völlig resultatlos verlaufen. Die Unternehmer lehnten nicht nur die geforderte Lohnerhöhung von 70 auf 75 Pf. pro Stunde strikte ab, sondern beantragten ihrerseits sogar eine Lohnreduzierung. Erst später beschloß dann eine Arbeitergewerkschaft, den Lohn vom 1. April ab für das erste Vertragsjahr von 70 auf 73 Pf. und für das zweite Vertragsjahr von 73 auf 75 Pf. zu erhöhen. In den weiteren Verhandlungen bezeichnete die Unternehmer dieses Angebot als die äußerste Grenze des Entgegenkommens, mit dessen Annahme oder Ablehnung die Entscheidung über den neuen Tarif und damit über Kampf oder Frieden fallen müsse. Alle übrigen Punkte des Vertrages kamen erst in zweiter Linie in Betracht. Die Kommissionsmitglieder der Arbeitnehmer wurden sich hierauf schlüssig, weder für sich, noch für die Organisation eine verbindende Erklärung abzugeben, sondern die Entscheidung lediglich der Gesamtmitgliedschaft zu überlassen. Eine Begleitführerkonferenz des Zimmererverbandes beschloß nun kürzlich, den Mitgliedern die Annahme des Unternehmerangebots zu empfehlen. Denselben Vorschlag machte der Referent auch dieser beschlußfassenden Versammlung. Begründend führte er dazu aus: Es lasse sich nicht verkennen, daß die Unternehmer den Arbeitern ein ziemlich weitgehendes Entgegenkommen gezeigt hätten. Freilich sei dies nicht etwa aus Liebe zur Arbeiterschaft geschehen, sondern lediglich aus Respekt vor der starken kampfbereiten Arbeiterorganisation. Zweifellos sei die Forderung auf den Stundenlohn von 75 Pf. schon vom 1. April d. J. ab ohne weiteres berechtigt, ebenso wenig unterliege es einem Zweifel, daß die Unternehmer die 75 Pf. genau so gut schon für dieses Jahr als erst für das nächste zahlen könnten. Demnach müsse bei früher Ueberlegung das Angebot der Unternehmer als akzeptabel betrachtet werden. Wegen der für dieses Jahr nichtbewilligten 2 Pf. in einen Streik einzutreten, wäre unüberlegt und verfehlt. Das Kampfsobjekt sei offenbar zu gering und stehe mit den möglichen Opfern sicher in keinem Verhältnis. Wenn es zum Streik läme, würde es sich auch keineswegs mehr lediglich um die 2 Pf. handeln, sondern der Kampf würde naturgemäß auszuwachsen zu einer nackten Kraftmessung zwischen der Arbeiter- und Unternehmerorganisation. Dabei möge man nicht vergessen, daß die Unternehmer die öffentliche Meinung zweifellos auf ihrer Seite haben würden. Um eines Objekts von circa 40 M. auf die sich der Lohnausfall der 2 Pf. in einem Jahre beläuft, könnte man unmöglich alles auf eine Karte setzen. Eine Kraftprobe bis zum äußersten rechtfertige sich erst dann, wenn auch entsprechende Werte auf dem Spiele ständen. Zudem könne nicht ganz außeracht gelassen werden, daß es in Berlin leider zwei Organisationen gäbe; es sei immer nicht vorzuziehen, wie es mit der Standhaftigkeit und Leistungsfähigkeit der Lokalorganisation im Falle eines Streiks von längerer Dauer aussehe. Ueberdies müsse auch eine gewisse Rücksicht auf die übrigen Städte Deutschlands genommen werden, in denen ebenfalls Lohnkämpfe in Aussicht stehen, und zwar Kämpfe um Objekte, die eine Ausgabe bedeutender Geldmittel in viel höherem Maße rechtfertigen, als wie das in Berlin der Fall sein würde. Die Gelder, die bei einem friedlichen Verlauf der Dinge hier in Berlin gespart würden, könnten dann den kämpfenden anderen Orte zugute kommen, um deren Streiks wirksamer zu gestalten und härteren Nachdruck zu verleihen. Unter richtigem objektiver Würdigung aller begleitenden Umstände könne man nur zu der Ansicht kommen, daß sich ein Streik diesmal nicht rechtfertigen lasse, vielmehr der Abschluß eines neuen Vertrages auf Grundlage der von den Unternehmern gemachten Zugeständnisse geboten erscheine. (Beifall und Widerspruch.)

Es entspann sich nun eine äußerst lebhaft, mehrstündige Debatte für und wider, an der sich nicht weniger als 24 Diskussionsredner beteiligten, deren Mehrheit sich mit dem Referent einverstanden erklärte. Von den Gegnern des vom Referenten gemachten Vorschlags wurde auf die kommende Steigerung der Lebensmittelpreise infolge des Zolltarifs verwiesen und unter allen Umständen die Aufrechterhaltung der Forderung von 75 Pf. verlangt. Es sei ja noch durchaus nicht gesagt, daß es mit absoluter Sicherheit zum Streik kommen müsse, wenn das Angebot der Unternehmer abgelehnt werde. Gännen die Unternehmer die 3 Pf. bewilligt, so könnten sie die übrigen 2 Pf. ebenfalls bewilligen, und sie würden es auch tun, wenn man ihnen nochmals energisch auf den Leib rüde. Die Bewilligung der 3 Pf. für dieses Jahr sei doch zweifellos nur erfolgt mit Rücksicht auf die allgemeine Lage im Baugewerbe. Wäre es den Unternehmern überhaupt möglich gewesen, weniger zu bieten,

dann würden sie es sicher getan haben. So aber könnten sie ein niedrigeres Angebot schon überhaupt nicht machen, weil sie sonst von vornherein in den Kampf und damit auf einen enormen Profitausfall gefaßt sein müßten. Es handele sich auch tatsächlich nicht mehr lediglich um die 2 Pf., sondern um die Aufrechterhaltung der früheren Beschlüsse. Eine Kraftprobe mit den Unternehmern um die volle Durchführung der nur zu berechtigten Forderungen könne durchaus nicht schaden. Dadurch würden die Arbeiter mal wieder energisch aufgerüttelt und von einem kampfbereiten Geiste befeelt, der ihnen jetzt teilweise fehle. Auch sei es zweifellos, daß der Streik gewonnen würde. Wie aber auch der Ausfall sein möge: ein bedingungsloses Zustimmung zu dem Unternehmerangebot könne es nicht geben; zum mindesten müsse noch einmal mit den Unternehmern darüber verhandelt werden, ob sie die 75 Pf. schon zu einem früheren Zeitpunkt zu zahlen gewillt sind. Von dem Ausgang dieser Verhandlungen sei dann in letzter Stunde die Entscheidung abhängig zu machen, die bei negativem Resultat nur mit dem Streikbeschlusse enden könne.

Die Bestürmter des Vertragsabstufes auf der Grundlage der bisherigen Verhandlungsergebnisse führten demgegenüber an, daß sie zwar durchaus keine Scheu vor einem Kraftmessen mit den Unternehmern hätten, aber es liege nun einmal so, daß die Unternehmer durch ihr tatsächlich bewiesenes Entgegenkommen dem Streik den moralischen Untergrund entzogen hätten. Wenn jemals, so treffe hier das Sprichwort zu: Ein magerer Vergleich ist besser wie ein fetter Prozeß. Und als so überaus mager könne der Vergleich noch gar nicht einmal angesehen werden. Wen die ruhige Vernunft rade lasse, der müsse sich sagen, daß die Differenz zu gering sei, um deswegen in einen möglicherweise folgenschweren Streik einzutreten. Man dürfe die Arbeiterbewegung nicht als Sport betrachten, indem man sage, jetzt ist lange genug Friede gewesen, Geld genug ist da, nun wollen wir streiken. Selbst bei siegreichem Ausgange des Streiks sei es fraglich, ob das Errungene und Erzwungene in Zeiten schlechter Konjunktur gehalten werden könne. Aus all diesen Gründen könne man billigerweise die Verantwortung für einen Streik nicht auf sich laden.

Was nun die lokalistische Organisation anbelange, so sei es doch sonderbar, daß dieselbe, die sich fast immer damit brüste, als erste und einzig zielbewußte Organisation die Parochialität anzugehen, jetzt so unglücklich auf die Entscheidung der verhassten Zentralisten wartet. Hätte der Zentralverband dem Tarifabstuf bereits seine Zustimmung gegeben, so sei tausend gegen eins zu wetten, daß die Lokalisten Jaber und Morbio über die „seigen versumpten Verbändler“ geschrien hätten, die es ihnen, den braven Lokalisten, jetzt unmöglich gemacht hätten, um Interesse der Allgemeinheit einen höheren Lohnsatz durchzubringen. Es würde von ihnen dann wieder das Lied vom traffen Arbeitererrat in allen Tonarten gesungen werden. Weil es den Lokalisten nun doch niemals recht zu machen sei, deswegen habe der Verband auch keinen Anlaß, mit ihnen der Tariffrage wegen in direkte Verbindung zu treten. Es sei jedenfalls das Beste, wenn jeder Teil nach seiner eigenen Taktik verfare, dann könne wenigstens einer den anderen nicht der Verräterei bezichtigen. (Beifall.)

In seinem Schlusswort beleuchtete Kube nochmals die Hauptargumente des Für und Wider und empfahl dann schließlich, um auch der Opposition in weitgehendem Maße Rechnung zu tragen und mögliche Einmütigkeit zu erzielen, die Versammlung möge die Mitglieder der Auktorkommission nochmals beauftragen, mit den Arbeitgebern in abermalige Verhandlungen zu treten, um dieselben noch zu einem weiteren Entgegenkommen zu veranlassen.

Dieser Vorschlag wurde schließlich angenommen mit der Maßgabe, daß noch im Laufe dieser Woche einer neuen Versammlung über das Verhandlungsergebnis Bericht zu erstatten ist, worauf dann sofort die endgültige Entscheidung über Annahme oder Ablehnung des Vertrages erfolgt.

Genosse Werner sendet uns eine Richtigstellung in der es heißt:

Der Ausschuss des Arbeiter-Sängerbundes erwähnt in seinem Verhandlungsbericht in Nr. 71, 3. Beilage des „Vorwärts“ vom 24. März, den Rechtsstreit, welchen ich mit dem Sängerbund „Veritas“ hatte und bezeichnet den Ausgang der Sache als eine Niederlage für mich. Ich stelle fest, daß von einer Niederlage nicht die Rede sein kann, weil die Angelegenheit mit einem Vergleich endete. — Wie in solchen Fällen von einer „Niederlage“ gesprochen werden kann, ist für Beurteilungsfreie jedenfalls nicht recht verständlich. Werner, Gastwirt.

Am Donnerstag abend 8 1/2 Uhr hält der Oberarzt der Seeliger Heilanstalt im Verein ehem. Deutscher B. 1. 1902 in den Reibenzschalen, Landbergerstr. 31, einen Vortrag, zu dem jedermann willkommen ist.

Eingegangene Druckchriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 2. Heft des 23. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Monarchisch-Demokratisch. — Der Kongress von Rouen und die Entwicklung des französischen Sozialismus zur Einigkeit. Von Jean Longuet. — Die politische Lage in Holland. Von B. O. Wlegen. — Ueber anthropologische Politik. Von S. Pfeiffermann. — Ein „Aghanda“-Poet. Ludwig Schacht. — Von Ernst Reemtsma-Ghemmit. — Literarische Rundschau: Ludwig Gumplowicz, Geschichte der Staatstheorien. Von Edwin Szabo. Dr. Eugen A. Jagemann, Zur Reichsfinanzreform. Von G. Dr. E. Bichhoff, Der Koran. Talmud-Katechismus. Von J. St.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von den „Dokumenten des Sozialismus“, herausgegeben von Ed. Bernstein (Stuttgart, Dietz Verlag) ist soeben das dritte Heft des V. Bandes erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: I. Bibliographie des Sozialismus und der Sozialwissenschaft. a) Beschreibung von Reizerscheinungen. b) Verzeichnis von Reizerscheinungen. c) Aussage in sozialistischen und anderen Heftchriften des In- und Auslandes. II. Zur Theorie des Sozialismus und der Sozialwissenschaften. Die Geschichtswissenschaft als Sozialpsychologie. III. Aus der Geschichte des Sozialismus. Aus der Oceana des James Harrington. (Fortsetzung.) IV. Rückblick des Sozialismus. Sozialistische Manifeste und Proklamationen zur Aufkündigung des Sozialismus seit Januar 1905. V. Der Sozialismus in den Zeitschriften. Rollen aller Aufsätze sozialistischer Zeitschriften, die den Sozialismus und die Arbeiterbewegung betreffen.

Die „Dokumente des Sozialismus“ erscheinen monatlich einmal und sind durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 2,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch ist bei der Post nur Quartalabonnement zulässig. Das einzelne Heft kostet 75 Pf.

Die „Sozialistischen Monatshefte“ (Administration: Berlin SW. 19, Beuthstraße 2) haben soeben das April-Heft ihres 11. Jahrganges erschienen lassen. Aus seinem Inhalt heben wir hervor: Eduard Bernstein: Revolutionen und Russland. — Claus Kringen: Der Sozialismus in Norwegen. — Oda Elberg: Polemische über Frauenfrage und Sozialismus. — Prof. Dr. Franz Stauber: Ein Streik um Etenmünd. — Dr. Paul Landau: Der Dichter Bandelare. — Anton Hendrich: Zur Frage der Jugendliteratur. — Willem Hubert Wlegen: Die soziale Gliederung und Entmischung der Niederlande. — Konrad Hül: Vom Bädergemeinwesen. — Wirtschaft von Max Schippel. — Politik von Richard Galtner. — Sozialpolitik von Paul Kampffmeyer. — Soziale Kommunalpolitik von Dr. Hugo Lindemann. — Sozialistische Bewegung von Hugo Pöschel. — Gewerkschaftsbewegung von Ernst Deutsch. — Genossenschaftsbewegung von Gertraud David. — Sozialpädagogische Bewegung von Max Hermann Baer. — Frauenbewegung von Henriette Fähr. — Wilhelms Kunst von Anna Wlegen. — Dichtkunst von Max Hochdorf. — Als Belag bringt das Heft ein Porträt von Charles Bandelare, gezeichnet von Fritz Gallon. — Die Arbeit von D. Kringen legt die Kritik über den Stand der sozialistischen Bewegung in den einzelnen Kulturstaaten vor; in den früheren Heften brachte diese Serie Studien über den Sozialismus in Bulgarien, Dänemark, England, Finnland, Frankreich, Holland, Italien, Österreich, Polen, Queensland, Russland, Schweden, der Schweiz, Spanien und Ungarn.

Der Preis des Heftes beträgt 50 Pf.; vierteljährlich 1,50 M. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Kolporteurs und durch jede Postanstalt. Ferner direkt durch den Verlag der „Sozialistischen Monatshefte“, Beuthstr. 2, Berlin SW. (Zufendung unter Kreuzband oder in geschlossenem Kuvert). Probehefte stehen auf Verlangen jederzeit kostenfrei zur Verfügung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Jahresbericht der Ortsverwaltung Berlin pro 1904. (Berlin, E. Janßenstr.)

Berliner Partei-Angelegenheiten.

An die Parteigenossen von Berlin, Teltow-Beeskow, Nieder-Barnim und Potsdam-Osthavelland. Am Sonntag, den 16. April, erscheint die nächste Lokal-Liste. Wir ersuchen die Mitglieder der Lokalkommissionen der genannten Kreise, die Neu-Aufnahmen und die genauen Änderungen bis spätestens Donnerstag, den 6. April, einzuwenden zu wollen und zwar für: Teltow-Beeskow an den Genossen Robert Gramenz in Baumshulenkweg, Riefholstr. 253, vorn III; für Nieder-Barnim an den Genossen Robert Ried in Mummelsburg, Kantstr. 22, part.; für Potsdam-Osthavelland an den Genossen Karl Ling in Spandau, Mittelstr. 13; für diverse Orte an den Genossen Gustav Nowag in Straußberg (Stadt), Wallmühlstr. 10; für Berlin an den Genossen Karl Kott, O. 34, Strahmannstr. 29. — Die Lokalkommissions-Mitglieder wollen die genauen Änderungen und Neu-Aufnahmen für die Liste umgehend mitteilen, da spätere Einwendungen keine Berücksichtigung finden können. Stets kommt es vor, daß Zuschriften in „Lokalangelegenheiten“ an die Redaktion des „Vorwärts“ gesandt werden; zur schnellen Erledigung ersuchen wir die Genossen, alle Anfragen und Zusendungen nur an den Genossen Karl Kott, Berlin O. 34, Strahmannstr. 29, zu richten und nicht an den „Vorwärts“. Die Parteiblätter der genannten Kreise werden um Abdruck ersucht.

Zur Lokalliste. Am Sonnabend, den 22. April, veranstaltet die Neue freie Volksbühne eine Schüler-Fest in der Philharmonie, Bernburgerstraße. Die Neue freie Volksbühne sucht nicht nur unter ihren Mitgliedern, sondern auch außerhalb des Vereins Willkür abzugeben. Da das Lokal der Arbeiterkassette zu Versammlungen usw. nicht zur Verfügung steht, so weise man die Karten zurück.

Zweiter Wahlkreis. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, findet in Habels Brauerei-Auskant, Bergmannstr. 5-7, eine Versammlung statt. Genosse Max Kiesel spricht über: „Friedrich Schiller, ein deutscher Dichter.“ Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Schöneberg. Heute, Dienstag abend, bei Döb. Reiningersstraße 8: Versammlung des Wahlvereins. Auf der Tagesordnung steht u. a. ein Vortrag des Genossen Dr. Borchardt über: Parteientwicklung und Parteiprogramm.

Weißensee. Heute abend 8 1/2 Uhr, findet im Prälaten die Vereinsversammlung statt. Wegen des interessanten Referats des Genossen Davidsohn über Schiller, erwarten wir regen Besuch. Der Vorstand.

Lokales.

Die Unzufriedenen.

In recht erregten Vorgängen kam es anlässlich der Preisverteilung der Lebensmittel-Ausstellung in der Zentral-Markthalle. Das Preisrichterkollegium unter Vorsitz des Herrn Handelsrichter Düsing konnte in fast verschwenderischer Fülle mit goldenen, silbernen und bronzenen Medaillen prämiieren. Waren doch bei etwa 800 in Betracht kommenden Ausstellern allein über 100 goldene Medaillen verteilt worden; in entsprechender Anzahl standen silberne und beinahe unbeschränkter Fülle bronzene Medaillen zur Verfügung. Natürlich waren nach der Verkündigung des Resultats nur die wenigsten Aussteller mit der Prämierung zufrieden. Diejenigen, die die goldene Medaille erhalten hatten, glaubten Anspruch auf einen Ehrenpreis zu haben; und wenn nun die liebe Konkurrenz mit der silbernen Medaille bedacht und man selbst nur der bronzenen Anerkennung für würdig befunden war, so konnte natürlich nicht etwa die mindere Qualität der Ware daran schuld sein, sondern es war selbstverständlich, daß die Preisrichter sich von eigennütigen Motiven leiten lassen. Oder es wurden die von den Ausstellern selbst gewählten Preisrichter für so dumm erklärt, daß sie nicht fähig seien, ihr Amt ordentlich auszuüben. In einer Protestversammlung am Sonnabendabend trug man die unglaublichsten Sachen vor. Jeder der Beschwerdeführer lobte seine eigene Ware über den grünen Meer und konnte sich nicht genug tun in der Geringschätzung prämiierter Konkurrenten.

Wir halten es für selbstverständlich, daß man Preisrichtern, die man selbst wählt, auch das Vertrauen entgegenbringt, daß sie sachgemäß die Qualität der Waren prüfen und gewissenhaft entscheiden. Ganz unangänglich scheint es uns aber, hinterher die Preisrichter für besungen, parteiisch oder dumm zu erklären, wenn man bei der Preisverteilung nicht so abschneidet, wie man es als selbstverständlich voraussetzt.

Ein Gutes hat die Lebensmittel-Ausstellung in der Zentral-Markthalle trotz alledem gehabt. Bei den Vorbereitungen sind die einzelnen Verkaufstände so gründlich geäubert worden wie niemals vorher in den 15 Jahren seit Bestehen der Halle. Und für diesen seltenen Opfern hätte allerdings jeder Aussteller ein Ehrendiplom verdient.

Außerordentliche Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung. Heute, Dienstag, nachmittags 5 Uhr, findet eine außerordentliche Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung statt. Tagesordnung: Fortsetzung der Berichterstattung des Staatsauschusses über die Etats, betreffend Städtisches Obdach, Desinfektionsanstalt, II. Hülfseinrichtungen für Geschlechtskranke und Nachlassverwaltung, Gymnasien, Realgymnasien und Oberrealschulen, Realschulen, Höhere Mädchenschulen, Turnhallen der städtischen höheren Lehranstalten, Spielplätze und Turnweien im allgemeinen, Verschiedene Einrichtungen für die städtischen höheren Lehranstalten und die höheren Mädchenschulen, Gemeindefschulen (Volksschulen), Kaufmannsschule, Blindenanstalt nebst Betrieb der Beschäftigungs-Anstalt, Fakultatives Fortbildungsunterrichtswesen, Pflichtfortbildungsunterrichtswesen, Gewerbliches Unterrichtswesen, Kapital- und Schulden-Verwaltung, Gehälter der Magistratsmitglieder, Personalbesoldung, Verwaltung der Bureau-dienstgebäude und der außerhalb derselben belegenen Bureau's, Geschäftsbetriebsmittel und Prozesskosten, Dienstpensionen, Witwenpensionen und Waisengelder sowie außerordentlich bewilligte Pensionen, Unterstützungen und Erziehungsgelder, Straßenbeleuchtung, Straßenreinigung und -Bepflanzung, verschiedene Einnahmen und Ausgaben, Gasanstalten und Petroleumbeleuchtung, Wasserwerke, Viehmarkt, Schlachthof, Fleischschau auf dem Schlachthof, Kanalisationswerke und Riefelfelder, Markthallen, Hauptkassier der städtischen Werke, Gasen am Urban, Hochbau, Gemeindegroßsteuer, Gewerbe- und Warenhaussteuer, Betriebssteuer, Gemeinde-Einkommensteuer, Grundsteuer, Brauhaussteuerzuschlag, Wandlersteuer, Umsatzsteuer. — Feststellung des Stadthaushalts-Etats für das Etatsjahr 1905.

Die projektierten städtischen Schnellbahnen betreffend hat Polizeipräsident v. Borris die städtische Verkehrsdeputation einladen lassen, daß der von der Stadt vorgelegte Entwurf der Nord-Süd-Linie, soweit der Gemeindebezirk Berlin in Frage steht, als den Verkehrsverhältnissen entsprechend angesehen und unter der Voraussetzung gebilligt werden könne, daß er die notwendige Ergänzung durch eine Linie im Zuge der geplanten Schwedebahn verlaufende

Linie vom Gesundbrunnen nach dem Innern der Stadt erhalten. Natürlich könne sich dieser Vorschlag nur auf die allgemeine Gestaltung des Liniennetzes beziehen, er solle späteren, aus der Entwicklung der Berliner Verkehrsverhältnisse sich ergebenden, anderweitigen Entschlüssen und überhaupt dem eigentlichen Genehmigungsverfahren des Kleinbahngesetzes nicht vorgreifen. Dementsprechend könne der jetzt vorgelegte Entwurf auch nicht insoweit als für alle Zeiten maßgebend zu erachten werden, daß durch ihn die Kreuzungspunkten der einzelnen Linien festgelegt würden; denn hierüber könne selbstverständlich erst im Einzelfalle, nach Vorlegung der zur Ausführung bestimmten Spezialpläne, im Kleinbahngesetzlichen Verfahren entschieden werden. Erst dann würde man auch der Frage näher treten können, ob und wie die geplante Ring-Linie zu bauen und zu betreiben wäre. Ueber die Weiterführung der Bahnlücken in die Vororte Berlins könnten sich die Aufsichtsbehörden jetzt ebensowenig äußern, da von diesen Gemeinden noch keinerlei Erklärung vorliegt. Diese Frage müsse also vorläufig ebenfalls aufgeschoben bleiben. Jedemfalls gäbe sich, angesichts der fortgesetzten steigenden Schwierigkeiten in der Abwicklung des Verkehrs im Stadinnern, die Staatsbehörden der festen Hoffnung hin, daß Magistrat und Stadtverordnete im Interesse des Gemeinwesens den immer unaufschubbarer werdenden Ausbau eines Schnellbahnnetzes fördern und nunmehr mit Entschiedenheit wenigstens den Ausbau der schon so lange geplanten Nord-Süd-Linie herbeiführen würden.

Die öffentliche Ordnung und Sicherheit wurde am Montagabend gefährdet in einer von Männern und Frauen stark besuchten Versammlung (Neues Klubhaus, Kommandantenstraße), in der der Schriftsteller Adolf Brand über das Thema „§ 175, das Zentrum und die Parlamente“ zu sprechen gedachte. Eine Gefährdung nahm wenigstens der Polizeileutnant an, der die Versammlung zu überwachen hatte — und das kam so. Herr Brand hatte die Absicht gehabt, über den Ausgang des Verleumdungsprozesses zu referieren, der ihm wegen der Döbber-Äffäre angehängt worden ist. Da aber die Verhandlung, die vor einigen Tagen endlich stattfinden sollte, wieder einmal vertagt worden ist, so mußte er sich für seinen Vortrag nach anderem Stoff umtun. Zunächst wollte er ein paar Ergebnisse zum besten geben, die er während seiner letzten Gefängnishaft gehabt hatte. Er erzählte, wie in der Anstalt zu Tegel der Weisliche zu ihm gekommen sei, um ihn dem Gottesglauben zurückzugewinnen. Der würdige Herr glaubte das dadurch zu erreichen, daß er den Gefangenen hart anliehe, und mit dem Apostel Paulus ihn und seinesgleichen als Hurer und Ehebrecher titulierte. Das war recht; denn also gebietet's dem Pastor die Pflicht, Brand aber wollte das nicht gelten lassen, setzte sich zur Wehre und suchte den Herrn Pastor darüber zu belehren, wie er über das Geschlechtsleben denke. In der Diskussion, die sich dann zwischen den beiden entspann, vertrat der Pastor den Standpunkt, der Geschlechtsverkehr dürfe nur der Fortpflanzung dienen, und ob man dann Kinder kriege, das müsse man Gott überlassen. Brand erwiderte ihm, das würde ein entsetzliches Elend unter der unermittelten Bevölkerung geben, wenn jeder in diesem Punkte Gott walten lassen wollte. Was der Pastor hierauf zu antworten hatte, erfuhr man leider nicht — deshalb nicht, weil bei dieser Stelle des Brandischen Referates der Polizeileutnant erklärte, wenn Hr. so fortfahre, werde er sich gezwungen sehen, die Versammlung aufzulösen. Der Versammlungsleiter, Herr Edwin Vob, bemerkte ruhig, hier liege wohl ein Mißverständnis vor, aber der Herr Leutnant dulde keine Widerrede, und so mußte dieses Thema verlassen werden. Die Drohung des feindseligen Polizeileutnants war von einigen Gruppen der Versammlung mit lebhaftem Beifall aufgenommen worden. Brand deutete an, daß einem Bericht zufolge in den katholischen Junglingsvereinen die Parole ausgegeben worden sei, die Versammlung zu sprengen. Das schien aber ein Juxtum zu sein, denn die Beifallsstürme sahen an den Tischen, denen gewisse evangelische antifehmische Größten präsidierten. Brand suchte dann darzulegen, daß verschiedene sehr bekannte Persönlichkeiten homosexuell gewesen seien. Er erinnerte an den Fall Krupp, sprach vor dem in Port Arthur ermordeten deutschen Marine-Attache v. Silgenheim, erklärte den in die Luft gesprengten Großfürsten Sergius für homosexuell, den Oberprokurator des heiligen Synod Wobjednowow desgleichen. Als er in diesem Zusammenhang den Namen des kürzlich verstorbenen Probst Reuber von St. Hedwig ansah, unterließ der laute Protest, den er erwartet hatte. Ein paar Stimmen riefen „Hör! Hör!“, eine andere antwortete „Anstimm!“ Der Redner wollte fortfahren und weiter auspacken, aber da erhob sich der Leutnant und verkündete, daß wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit die Versammlung aufgelöst sei. Die Versammelten gingen zögernd auseinander und der Saal leerte sich erst, als mit Anwendung von Waffengewalt gedroht wurde. Vor der Tür wurde lebhaft die Frage erörtert, wieso die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährdet worden wäre, wenn der Redner sein Namenregister vorgelesen hätte. Ja, wer weiß — ?!

Die „Berliner Zeitung“, deren Ende schon vor einem halben Jahre angekündigt wurde, soll nunmehr wirklich eingehen. Einem Teil des Sektorspersonals ist von der Firma Wolffstein u. Co. zum 1. April gekündigt worden und von diesem Tage an wird auch das Blatt zu erscheinen aufhören. Es sind in der letzten Zeit noch Versuche gemacht worden, die „Berliner Zeitung“ als offizielles Organ der freisinnigen Vereinigung zu etablieren, doch haben sich die Unterhandlungen zerlegt. Der Abonnentenstand des genannten Blattes soll zurzeit noch etwa 17 000 betragen.

Das Wolffsche Bureau verbreitet folgende Notiz: Die „Berliner Zeitung“ erfährt vom 1. April ab eine Aenderung ihrer Erscheinungsweise; die Morgenausgabe wird mit der in gleichem Verlage erscheinenden „Berliner Morgenpost“, die Abendausgabe mit der „Berliner Abendpost“ verschmolzen, während die Mittagsausgabe („D. Z. am Mittag“) bestehen bleibt und erweitert werden soll.

Strahnenbahnunfälle und sein Ende. Tödlich verlegt beim Verlassen eines fahrenden Strahnenbahnwagens wurde Sonntag nachmittags gegen 1/5 Uhr die in der Stubenrauchstraße 3 wohnende Frau des Gärtners Böfel. Sie wollte an der Ecke der Kaiser Friedrich- und Hauptstraße in Schöneberg den Strahnenbahnwagen Nr. 215 der Linie B (Potsdamerstraße-Grünwald) besteigen, glitt jedoch vom Trittbrett ab und stürzte so unglücklich auf das Strahnenpflaster, daß sie benimmungslos liegen blieb. Die Frau wurde nach dem Elisabeth-Krankenhaus geschafft, woselbst ein Rippenbruch und schwere innere Verletzungen festgestellt wurden. Sie verstarb kurz nach ihrer Einlieferung. — Ebenfalls ist beim Besteigen eines Strahnenbahnwagens gestern nachmittags in Weißensee der Arbeiter Gadjinski, Löwenstraße 12 wohnhaft, verunglückt. Er versuchte vor dem Hause Königsplatz 40 die Hinterplattform eines in der Fahrt befindlichen Strahnenbahnwagens der Linie 62 zu besteigen, glitt ab und stürzte zu Boden. G. erlitt Kopfverletzungen, konnte sich jedoch, nachdem er einen Rotverband erhalten hatte, nach seiner Wohnung begeben.

Drei größere Brände beschäftigten am Sonntag die Feuerwehr. Zuerst wurde sie früh gegen 7 Uhr nach der W i t t e n e r t r a s s e 106 gerufen. Hier waren in der im Erdgeschloß des linken Seitenflügels belegenen Tischlerei der Holzfabrik von W. Witte Feuer ausgebrochen und hatte einen größeren Posten Holz ergriffen. Die Gefahr wurde erst bemerkt, als plötzlich Flammen aus den Fenstern schlugen. Die Feuerwehr mußte längere Zeit kräftig Wasser geben, um den Brand auf die Tischlerei zu beschränken. — Am Nachmittag kam dann in der B r e u e n A l l e e 10 ein zweiter größerer Brand zum Ausbruch. Als die Feuerwehr eintraf, stand hier der Dachstuhl des Hauses mit seinen Nebenzimmern fast in der ganzen Ausdehnung in Flammen. Sofort wurden vier Schlauchleitungen in Tätigkeit gesetzt und von verschiedenen Seiten aus drangen die Löschmannschaften gegen den Brandherd vor.

Zimmerhin dauerte es doch über eine Stunde, bevor die Gefahr beseitigt war. Der Dachstuhl brannte zum größten Teil nieder. — Dann erfolgte ein Alarm nach dem G ö r l i c h e r G ü t e r b a h n - h o f. Hier hatten zwei mit Holzvolle beladene Eisenbahnwaggons Feuer gefangen und brannten bei Ankunft des ersten Löschzuges listerlos. Es mußte mit zwei Rohren tüchtig Wasser gegeben werden, um die Flammen zu ersticken. Ueber die Entstehungsbursachen der drei Brände konnte nichts ermittelt werden.

Beugen gesucht. Die Personen, welche am 4. Februar, früh 4 Uhr, gesehen haben, wie ein Mann vor dem Café Meran in der Reuten Königsstraße von einem Kellner zur Erde gestossen wurde und verunglückt, werden gebeten, sich Wadgestr. 9 bei Witt zu melden.

Einen Selbstmordversuch durch Erhängen nach vorheriger Öffnung der Pulsadern unternahm gestern nachmittags der 39jährige Kaufmann Paul Jacobs aus F e h l e n d o r f, Neue Straße 27, an der Verbindungsbahn in der Nähe des Tempelhofer Feldes. Hinzukommende Eisenbahnbeamte und Arbeiter vermochten durch schnell unternommene Rettungsversuche den Unglücklichen wieder zum Bewußtsein zu bringen. Er gab an, durch verlorene Prozesse zu seiner Verzweiflungstat getrieben worden zu sein. Schwere Verletzt wurde er nach dem Brieger Kreis-Krankenhaus gebracht.

Noch ein Selbstmord. Ein Kriminalbeamter traf gestern einen wohnungslosen Schirmmacher Erik Lubrich, der sehr heruntergekommen ausah, beim Seidenhandel. Einen Coupon hatte er bereits verkauft, wegen des zweiten verhandelte er noch. Nach dem Entschluß seiner Ware gefragt, antwortete Lubrich, ohne eine Miene zu verziehen, er habe das Padet in einer Bedürfnisnot gefunden. Diese Angabe erhielt eine besondere Beachtung, als man das Padet einmal öffnete. Die Hülle barg nicht nur Seide, sondern auch einen ganzen Posten Dietrich und einen gestohlenen Militärpaß auf den Namen Woblicher. Der Paß wurde in der Königsbergerstraße entdeckt, wo Lubrich früher in einem Brauereiausgang angestellt war. Nachdem er diesen Posten verlassen hatte, wurde er gerade zur Zeit des Einbruchs in jener Gegend wieder gesehen. Die Seide stammt aus einem anderen Einbruch.

Untergang eines Sprechers. Abermals ist ein Kahn an dem noch stehengebliebenen und noch 25 Zentimeter über dem Wasserpiegel hervorragenden Strompfeiler der Eisenbahnbrücke am Bahnhofs Jungfernseide, zerstückelt und untergegangen. Ein mit 10 000 Ztr. Malagere beladener Dredsch, der mittels Schleppdampfer durch die Brücke geschleppt wurde, erhielt heute vormittag am Bordensteeden ein bedeutendes Led, konnte zwar noch eine Strecke geschleppt werden ging aber am Schloßgarten gegenüber dem Landgericht III unter. Der Schiffer Wähle und die beiden Volksleute konnten sich mit ihrem Sohne retten. Die Gertje war in Reichenberg in Böhmen für die Firma Hirschmann u. Willner verladen worden und war für die Schiffsbrauerei bestimmt. Die Schiffsahrt ist frei. Vor 14 Tagen ging an der gleichen Stelle ein Stein Kahn unter.

Eine Einbrecherbande von vier Köpfen, die in einem Seidengeschäft in der Kopenstraße für einige Tausend Mark Waren erbeutet hatte, ist gestern früh von der Kriminalpolizei festgenommen worden. Die Verhafteten sind vier Straftäter alte Einbrecher namens Gustav Alawatze, genannt „Kiebitz“, Franz Kauske mit dem Spitznamen „der kleine Franz“, Richard Loschmidt, der den Beinamen „Bouillon-Richard“ führt, weil er mit Vorliebe in Bouillon-Kellern verkehrt, und Hermann Schmidt.

Bibliothek der Korporation der Kaufmannschaft. Vielfachen Wünschen entsprechend bleibt die Bibliothek und Lesehalle der Korporation der Kaufmannschaft (im Vorkriegsgebäude, St. Wolfgangstraße) vom 1. April ab Sonntags eine Stunde länger, also von 10-11 Uhr geöffnet. Der 10. Nachtrag zum Katalog ist erschienen und wird unentgeltlich abgegeben.

In der Fortbildungsschule für die weibliche Jugend, Alte Jakobstraße 127, bestehen Klassen für künstlerisches und kunstgewerbliches Zeichnen, Malen und Modellieren, verbunden mit Anatomie, Perspektive, Proportionslehre, Stillehre und Komposition. Hierdurch ist Mädchen Gelegenheit gegeben, sich dem kunstgewerblichen Berufswege, wie Musterzeichnen, Zeichnen für Tapiserie, Buchschmuck, Kostümzeichnen, Möbelzeichnen, sowie Kleinplastik zu widmen. Es empfiehlt sich dies umso mehr, als der kaufmännische Beruf für Mädchen überaus hohem Angebot unterliegt. Auskunft erteilt der Leiter der Anstalt, Rektor Hellermann, Alte Jakobstraße 127.

Gedenkfeste für Otto Erich Hartleben. Am Sonntagmittag hatten sich im Vestibölen-Saal zahlreiche Freunde und Verehrer des dahingegangenen Dichters versammelt. In einer prächtigen Rede würdigte Heinrich Hart die Persönlichkeit und die Werke Hartlebens. Seine Spur von Pathos und Sentimentalität, die sonst Gedenkreiden auszuzeichnen pflegen, kam auf. Hart zeigte Otto Erich als den Freudenbringer, den Kämpfer wider die Fäulnis der Welt, den Pfaffen- und Philistertums, als Lyriker und Satiriker, als König der Jecher und Heros der Aneignungshochzeit. Hartleben selbst hätte an dieser Rede seine Freude gehabt. Eduard v. Winterstein sprach einige gut ausgewählte Verse aus den Dichtungen Hartlebens, Frau Almatia Kundberg sang einige von Marshall komponierte Lieder des Dichters. Die Gedenkfeste schloß mit einem stimmungsvollen Vortrag auf dem Harmonium.

Auch eine Internationale. Das Volk der Künstler und Künstlerinnen vom Drett ist seit einigen Jahren international organisiert, um seine Interessen u. a. gewissenlosen Direktoren gegenüber wahrzunehmen. Inwieweit es der internationalen Künstlerloge bisher möglich war, ihre Berufsinteressen zu verteidigen, wissen wir nicht, hoffentlich war ihr Streben erfolgreich. Zum Besten der Witwen, Waisen- und Invaliden-Unterstützungskasse dieser Vereinigung war Sonntagmittag in Wintergarten eine Vorstellung veranstaltet worden, wie Berlin bisher wohl kaum eine vor Augen bekommen hat. Was an bedeutsamen Leuten vom Drett in Berlin anwesend war, stellte sich für den guten Zweck zur Verfügung, und so kam dem gewissermaßen ein Kongress internationaler Künstler zustande. Man stelle sich Frau Sabaret, diese einzige Künstlerin, vor, wie sie mit Robert Steidl, dem berühmten Interpreten Rindescher Tonbildung den — Rigborfer tanzt! Und eine andere Seltenheit. Es wandeln auf diesem Stern bekanntlich drei Steidl umher, A. J. und D. mit Vornamen, diese drei Brüder aber und mit ihnen noch Herr Vender vom Metropol-Theater gaben sich in dem eigens für die Mittagsvorstellung fabrizierten Drama ein Steideln. In diesem ungeschätzbaren Stück, das die Schlußankunft vom Drettstandpunkt aus behandelt, trat ferner noch Fräulein Perry, die bekannte Sängerin des Apollo-Theaters, auf. Außer den genannten Leuten vom Drett wirkte auch noch eine Heberdretterin, nämlich Bogena Bradshy, an der Vorstellung mit. Hoffentlich war der Ertrag der Veranstaltung derart, daß sich die Mähe lohnte.

Theater. National-Theater. Die Erstaufführung von „Die lustigen Weiber von Windsor“ ist auf Freitag verschoben worden, dafür geht am Mittwoch „Das Glöckchen des Eremiten“ mit Fräulein Alma Sauer als Rose Froquet in Szene. — „Der Kilometerkresser“, der jeden Abend im Thalia-Theater in Szene geht, ist jetzt rund von 125 Wägen zur Aufführung erworben worden.

Aus den Nachbarorten.

Schöneberg.

Die Stadtverordneten-Versammlung erledigte gestern den Rest der Stadtberatungen, der sich in diesem Jahre ungewöhnlich lange verzögert hatte, da das neue Etatsjahr bereits am 1. April beginnt. In zweiter und dritter Lesung wurde sodann der Haushalt pro 1905 mit 17 870 176 M. festgesetzt.

Ein Antrag Leffig: Den Magistrat zu ersuchen, eine Denkschrift über die voraussichtliche Ausgestaltung des Verwaltungswesens der Stadt in den nächsten drei Jahren, sowie über die in demselben Zeitraum obliegenden notwendigen Aufgaben auszuarbeiten — sowie Arbeitspläne für sämtliche in den Bereich der Verwaltung beschäftigten Beamten aufzustellen, fand trotz des magistratlichen Widerspruches Annahme.

Einem Antrage auf Herabsetzung des bisherigen Beitrages von 1500 M. an den Letzterem auf 500 M. wurde nicht zugestimmt. Zur Hochbauverwaltung gelangt im Titel I wiederum eine Summe von 150 000 M. zur Errichtung einer Volks-Badeanstalt nach dem Vorschlage des Staatsausschusses zur Einsetzung, nachdem dieser Betrag bei der Position, betr. den Neubau einer Gemeindepflichtschule am Tempelhofweg gefügt wurde.

Beim Titel II „Grundbesitzerlasten“ wurde das außerordentlich schnelle Tempo unserer Neubauten bemängelt, denen kaum Zeit gelassen werde, bis zur vorhergesehenen Ingebrauchnahme in völlig gebrauchsfähigen Zustand zu werden. Eine längere Bauperiode gerade für Schulneubauten mache sich nicht bloß in allgemeiner, sondern auch in gesundheitlicher Beziehung erforderlich.

Bei der Position über das Statistische Amt montiert Stadtbürgermeister Wollermann (Soz.) die von uns bereits früher bemängelte Verzögerung in der Herausgabe der statistischen Monatsberichte. — Der Oberbürgermeister führt die diesmalige Verzögerung auf technische Gründe zurück.

Beim Schul-Etat stellt Stadtv. Wollermann wiederholt den Antrag, den Magistrat zu ersuchen, statistische Erhebungen über den Gesundheitszustand und die Erwerbstätigkeit der Schulkinder anzustellen. — Die Mehrheit konnte natürlich nicht finden, daß die Kinder im schulpflichtigen Alter durch Ausfragen von Misch und Nachware etc. in ihrer Gesundheit gefährdet würden und lehnte somit gegen unsere sechs und drei bürgerliche Stimmen unseren wohlgemeinten Antrag ab, nachdem Stadtv. Lulach, der bekannte Vorsitzende des Mischhändler-Vereins, meinte, daß die Sache bereits polizeilich geregelt sei.

Bezugs der Sedanstraße wurde mit großer Mehrheit beschlossen, die im Etat zur Asphaltierung eingelegten 33 000 M. abzusetzen. Dadurch glaubt man, die halstarrigen Eigentümer eher gefügig zu machen, ob aber damit der dortigen Bevölkerung gebient ist, dürfte sehr bezweifelt werden.

Dem Stadtv. Gottheimer scheint es noch immer schwer anzukommen, daß im vorigen Jahre der von Handwerkerkreisen eingebrachte Antrag auf Errichtung einer Baugewerkschule sich bei den beschränkten Mitteln der Kommune nicht verwirklichen ließe. Er hat deshalb den Antrag gestellt: „an den Magistrat das Ersuchen zu richten, im Etat 1905/06 eine Summe von 1000 M. einzusetzen zu Stipendien für talentvolle, fleißige, jugendliche Handwerker zum Besuch von Handwerker- und Baugewerkschulen.“ Daß gewisse Kreise im Kollegium noch immer für die Unterstützung der Kleinhändler und des Mittelstandes schwärmen, bewies die teilweise Zustimmung zu dem Antrage, dem unfererseits Genosse Käter entgegenzutreten.

Da vom Magistrat aus die leise Andeutung fiel, die Zeit sei augenblicklich schlecht gewählt, vielleicht auch lasse sich dieser Angelegenheit bei einer anderen Position näher treten, zog der Antragsteller, Stadtv. Gottheimer, „auf vielfachen Wunsch“ seinen Antrag vorläufig zurück.

Beim Steueretat wurde nichts erinnert, derselbe stellt sich in Einnahme und Ausgabe auf 4 181 300 M. bei einem Ueberschuß von 3 854 880 M.

Ohne Widerspruch gelangten verschiedene Nachbewilligungen zum Etat von 1904 zur Annahme.

Ein Antrag auf Abänderung einiger Paragraphen der Geschäftsordnung betr. die Behandlung der Petitionen und Unterstützungsgesuche wurde an einen Ausschuss verwiesen.

In geheimer Sitzung beschäftigte sich die Versammlung sodann noch mit einem Theater-Projekt, das auf eine völlige Umgestaltung eines früher gefassten Beschlusses über die Anlage eines monumentalen kirchlichen Gebäudes auf dem Platz J im nördlichen Gelände schließen läßt. Vorläufig soll ein Ausschuss die weitreichende Angelegenheit noch sondieren.

Rummelsburg.

In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung wurde der Erlaß eines die Verwaltung des Realprogymnasiums regelnden Ortsstatut beschlossen. Desgleichen stimmte die Vertretung dem Erlaß eines Ortsstatuts betreffend die Kürzungen für die Witwen und Waisen der Lehrer und Beamten des Realprogymnasiums zu. Gemäß einem Antrage der Schuldeputation wurde die Einstellung eines Lehrers als ständigen Vertreter erkrankter und beurlaubter Lehrpersonen beschlossen. Die vorgelegte Schlußabrechnung über den Bogzogenen Schulbaubau schließt mit 411 233,19 M. ab. — In nicht öffentlicher Sitzung wurde zum zweitenmal über den Ankauf des sogenannten Krauschen Eisgrundstücks verhandelt. Vor etwa 6 Wochen wurde der Ankauf dieses Grundstücks für den Preis von 320 000 M. abgelehnt. Heute lag nun ein neues Angebot vor; hier-nach soll das Grundstück nur noch 245 000 M. kosten. Da das Grundstück zu fünf Sechsteln aus einem See besteht, dessen Grund zum größten Teil noch moorig sein soll, so konnte sich auch diesmal, trotz der Verminderung des Preises, die Vertretung in ihrer Mehrheit zu einem Ankaufe nicht entschließen; in namentlicher Abstimmung wurde der Ankauf gegen 9 Stimmen abgelehnt. Ferner lagen in dieser nicht öffentlichen Sitzung verschiedene Projekte einer Straßenbahn-Verbindung mit Berlin zur Erörterung vor. Die Diskussion ergab, daß die hiesigen Grundbesitzervereine durch ihre Nebenunterhandlungen mit der Großen Berliner Straßenbahngesellschaft der Gemeinde einen schlechten Dienst erwiesen haben. Das Schicksal dieser Vereine, daß es nur an dem Willen der Gemeindevertretung bisher gelegen habe, daß die Große Berliner Straßenbahn noch nicht durch Rummelsburg fährt und daß, wenn die Gemeinde ja sage, die Große Berliner sofort unter den günstigsten Bedingungen eine gute Linie nach hier bauen würde, hat sich als nicht zutreffend erwiesen. Wohl ist die Große Berliner bei einer Konzeptionsdauer von 60 Jahren geneigt, die Linie Bilmersdorf-Frankfurter Allee (Ringbahn) durch die Niederbarnimstraße nach Rummelsburg, aber auch nur bis zum Rathaus zu führen; bei Weiterführung der Bahn bis zur Neuen Prinz Albrechtstraße soll die Gemeinde die etwaigen Mindereinnahmen decken. Die Vertretung sprach sich dahin aus, daß eine Konzeptionsdauer von 60 Jahren und die Führung der Bahn nur bis zum Rathaus sowie auch die übrigen Bedingungen für die Gemeinde unannehmbar sind. Es soll deshalb mit der Firma Siemens u. Halske sowie mit der Stadt Berlin betreffend Erbauung einer Straßenbahn nach Rummelsburg weiter verhandelt werden.

Potsdam.

Potsdamer Steuerverhältnisse. In der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung beschäftigte man sich am Freitag längere Zeit mit der Finanzlage der Stadtgemeinde, um schließlich die Steuerzuschläge pro 1905/06 festzusetzen. Es fand bei den Zuschlägen zur Einkommensteuer, Grund- und Gebäudesteuer und Gewerbesteuer eine Steuererhöhung von je 5 Proz. statt, sodas jetzt 110 Proz. Zuschlag zur Einkommensteuer, 100 Proz. Zuschlag zur Grund- und Gebäudesteuer und 135 Proz. Zuschlag zur Gewerbesteuer erhoben werden. Die Warenhaussteuer ist mit 35 000 M. veranschlagt und dient dieser Betrag dazu, daß bei der Gewerbesteuer die Klasse IV gänzlich und Klasse III teilweise nicht erhoben wird. Die Schlachtsteuer ist mit einem Mehr von 12 000 M., in Höhe von 381 000 M. in den Etat eingestellt. Die Bildpreis- und Geflügelsteuer soll gleichfalls ein Mehr von 1500 M., im ganzen 31 000 M. bringen, während die Biersteuer ein Minus von 1000 M. gegen das Vorjahr ausweist und mit 41 000 M. in den Etat eingestellt ist. Der Rückgang ist in der verminderten Vereinfachung nach Potsdam zu suchen. Die Umsatzsteuer soll im Vorjahre 50 000 M., die Hundsteuer ein Mehr von 5000 M., im ganzen 23 500 M. einbringen. Um die Steuern nicht noch weiter

zu erhöhen, hat man 41 000 M. aus dem Etat abzustreichen, und zwar allein für Straßenplanierungen 35 000 M.

Weißensee.

Die Affäre Klingenberg scheint nunmehr ihrem endgültigen Abschluß entgegenzugehen. Wie seinerzeit mitgeteilt, wurde der Amtsvorsteher Klingenberg im Wege des Disziplinarstrafverfahrens zu einer Geldstrafe verurteilt, weil er für den Verkauf eines ihm interessierenden Grundstücks an die Gemeinde eine höhere Maklergebühr von der Verkäuferin Frau Stahl angenommen hatte. Von der Gemeinde wird nunmehr geltend gemacht, daß Klingenberg die Provision nicht nur zu Unrecht empfangen hat, sondern verpflichtet ist, diese wieder herauszugeben, da die Kaufsumme, welche die Gemeinde für das betreffende Grundstück zahlen mußte, von der Verkäuferin um den Betrag der Vermittlungsgebühren erhöht worden ist. Das Grundstück sei der Gemeinde durch ihr eigenes Oberhaupt, welches in erster Linie ihre Interessen wahrnehmen mußte, in unzulässiger Weise veräußert worden. Außerdem habe Klingenberg der Frau Stahl direkt geraten, das Grundstück möglichst teuer zu verkaufen. Diesen Behauptungen trat Rechtsanwält Bah in dem gestern von der 10. Zivilkammer des Landgerichts II anstehenden Hauptverhandlungstermin entgegen. Selbst in dem Disziplinarstrafverfahren wären derartige Behauptungen als unrichtig anerkannt worden. Im übrigen sei überhaupt kein ordnungsmäßiger Gemeindeforschluß vorhanden, nach welchem die Gemeinde gegen Klingenberg vorgehen wollte, um die Provision zurückzuverlangen. Der Vertreter der Klägerin vermochte ebenfalls nicht einen diesbezüglichen Gemeindeforschluß vorzulegen und beantragte die Vertagung der Sache, da inzwischen die Gemeinden Alt- und Neu-Weißensee verbunden worden und nicht ausgeschlossen sei, daß der ganze Prozeß in Güte erledigt würde. Der Gerichtshof hob den Termin auf, und zwar unter Widerspruch des Vertreters des Beklagten, der ausführte, daß keinerlei zivilrechtliche Ansprüche an Klingenberg beständen.

Der Kampf um den Etat ist am Freitag um 1/11 Uhr abends zu Ende geführt. Zu den schon erwähnten acht Sitzungen kam zum Schluß noch eine geheime, welche sich in der Hauptsache mit Personalien beschäftigte. Alle Anträge, welche unfererzeit gestellt waren, blieben unberücksichtigt. Die Einsetzung von Summen auf Erhöhung des Armen- und Schul-Etats, sowie für Regulierung von Straßen und Bürgersteigen wurde abgelehnt. Auch hatte man für die wirtschaftliche Aufbesserung der Beamten und Lehrer kein Gehör, jedoch unsere Genossen gezwungen waren, gegen den Etat zu stimmen. Der Etat schließt ab in Einnahme und Ausgabe mit 1 629 100 M., gegen 1 674 252 M. im Vorjahr. Der Bestand der Gemeinde beträgt 7 435 078,07 M., nach Abzug der Schulden von 4 410 017,19 M. verbleibt ein Vermögen von 3 025 060,88 M. In Zinsen und Tilgung der Anleihen sind 227 861,03 M. zu zahlen. In Steuern werden erhoben: 165 Prozent Zuschlag zur Staatseinkommensteuer gleich 208 250 M., 165 Prozent der fingierten Normalsteuersätze für die Einkommen von 420—900 M. gleich 14 025 M., 165 Prozent Zuschlag von den Forsten um 84 560 M., Gewerbesteuer 247 1/2 Prozent gleich 61 875 M., Betriebssteuer 30 Prozent gleich 1200 M., Gemeindegeldsteuer 0,4 Prozent des gemeinen Wertes der bebauten und unbebauten Grundstücke gleich 277 200 M., Luftverkehrssteuer 6000 M., Hundsteuer 18 500 M., Frau- und Biersteuer 27 000 M., Umsatzsteuer 1 Prozent bei bebauten, 2 Prozent bei unbebauten Grundstücken gleich 65 000 M., Steuerkraften 1044 M.

Rixdorf.

Ein größerer Brand kam in der Nacht zum Sonntag in Rixdorf, Kirchhoffstraße 45, nahe dem Richardplatz, zum Ausbruch, und zwar angeblich in der Drechserei von B. Steinhoff. Die Flammen mußten dort stundenlang geschwelt haben, denn als die Gefahr bemerkt wurde, brannte nicht nur die Drechserei, sondern auch die darüber befindliche Stoffabrik von Weidmann u. Hohn. Als die Rixdorfer Feuerwehr erschien, stand das dreistöckige Gebäude schon vollständig in Flammen. Um eine weitere Ausbreitung zu verhindern, wurden sofort vier Schlauchleitungen vorgenommen und mit einer Dampfströhe wurde kräftig Wasser gegeben. Es gelang denn auch ohne fremde Hilfe, das Feuer auf das Fabrikgebäude, das nicht mehr zu retten war, zu beschränken und die angrenzenden Betriebe zu schützen. Der Schaden ist bedeutend, indes durch Versicherung gedeckt.

Rowawes-Neuendorf.

Die Anfälle mancher Unternehmer, Kindern die Leitung eines Fuhrwerks anzuvertrauen, ist für die Frau des Webermeisters Kramer, Wallstraße wohnhaft, verhängnisvoll geworden. Sie wurde am Sonnabendnachmittag an dem Eisenbahnübergang bei der Kirchstraße von einem beladenen Wagen des Kohlenhändlers Söcherberg, welchen ein 13jähriger Junge bediente, überfahren, wobei sie außer einer schweren Schulterverletzung mehrere Rippenbrüche erlitt. Die Verletzte wurde in ihre Wohnung gebracht, wo sie schwer krank darniederliegt.

Eine für die Sittlichkeit und den Gesundheitszustand in unseren Gemeinden geradezu gefährliche Praxis betreibt die Direktion der Deutschen Zuspinnerei in Neuendorf. Die Spinnerei leidet unter einem fortwährenden Arbeitermangel. Anstatt diesem Mangel durch Aufbesserung der äußerst geringen Löhne abzuhehlen, versucht sie seit Jahresfrist, auswärtige Arbeiterinnen (aus Schlesien, Polen usw.) heranzuziehen, was ihr auch gelungen ist, indem bereits etwa 100 auswärtige Mädchen bei ihr beschäftigt sind. Da für diese Privatlogis hier nicht zu haben sind, so bringt die Firma die Arbeiterinnen in Massenquartieren unter; sie hat zu diesem Zweck ein Haus in der Mühlenstraße gekauft, sowie einige leerstehende Wohnungen gemietet, diese mit Betten usw. ausgestattet und die Mädchen gruppenweise auf die einzelnen Räume verteilt; auch in dem ehemals zur Villa des Direktors gehörenden Pferdestall sind einige Mädchen untergebracht, nachdem der Stall etwas hergerichtet ist. Eines der Mädchen hat in der vorigen Woche ein Kind geboren; am anderen Tage ging es wieder zur Arbeit, ohne für Aufsicht und Pflege des Kindes zu sorgen; als die Mutter am Abend nach Hause kam, war das Kind tot; aus Furcht vor Strafe ist das Mädchen von hier verschwunden. Ein anderes Mädchen mußte wegen einer häßlichen Krankheit das Krankenhaus aufsuchen. Da sich diese Zustände noch verschlimmern dürften, ist es beabsichtigt, daß viele Kreise der Einwohner dieser Praxis der Direktion der Zuspinnerei mit sehr gemischten Gefühlen gegenübersehen; auch eine Sitzung der Rowaweser Armen-Deputation hat sich mit den Zuständen beschäftigt; und man ist allseitig der Ansicht gewesen, daß das Verhalten der Direktion ein humanes nicht genannt werden kann. Leider bieten die Werke keine Handhabe, um diesem Verfahren der Fabrikleitung Einhalt zu tun.

Vermischtes.

Ein schwerer Unfall ereignete sich bei den Ringkämpfen im Metropol-Theater zu Bremen. Der auch in Berlin bekannte Ringer Heinrich Eberle stürzte so unglücklich, daß er schwere innere Verletzungen erlitt. Eberle rang mit dem Franzosen Jean Pierard und hob nach einem Kampfe von achtzehn Minuten seinen Gegner mittels Untergriffes aus dem Stande. Hierbei blieb Eberle mit einem Fuß in dem Teppich hängen, stürzte rücklings zu Boden, wobei Pierard, der ein Gewicht von 330 Pfund hat, auf ihn fiel. Zwei sofort hinzugezogene Ärzte konstatierten eine Verletzung des Wirbeldarmes, an dem der Verunglückte bereits vor längerer Zeit operiert worden war.

Vier Knaben getötet. Aus Homburg, Pfalz, wird berichtet: Sonntag wurden an der am Riesstollen gelegenen, nicht bearbeiteten Grube „Konfolidiertes Nordfeld Waldmohr“ durch Kinder schlagende Wetter entzündet; es erfolgte eine Explosion, bei der vier Knaben getötet und einer schwer verletzt wurde.

Aus Budapest wird gemeldet: Bei den beiden Erdbeben, die sich gestern in Semlin ereigneten, wurden insgesamt 7 Soldaten verschüttet und 14 teils schwer, teils leicht verletzt. Ein Soldat und

eine alte Frau wurden, wie gemeldet, tot herbeigebracht; zwei Soldaten befinden sich noch unter den Erdmassen; an ihrer Rettung wird gearbeitet.

Schiffszusammenstoß vor dem Hafen. In der Nähe des Hafens von Halifax stieß der Hamburger Palettschiffdampfer „Albano“ mit 500 Passagieren aus Hamburg mit dem englischen Dampfer „Parisian“, der 1000 Liverpooler Passagiere an Bord hatte, insolge Nebels zusammen. Das indolente Funktionieren wasserdichter Schotten verhinderte trotz bedenkllicher Lage das Sinken des stark beschädigten „Albano“. Sämtliche Passagiere sind wohlbehalten gelandet.

Zur Montignoso-Affäre wird aus Dresden gemeldet: Der Antrag des Justizrats Körner auf Einleitung einer Disziplinar-Untersuchung gegen sich selbst wurde wegen Ermangelung stichhaltiger Gründe abgelehnt. Anlich wird ferner gemeldet: Fräulein Rut wurde die nachgesuchte Entlassung aus allen Diensten des königlichen Hauses für April bewilligt.

Der Geheim-Kommerzienrat Viktor Hahn aus Dresden, dessen Verhaftung vier Tage meldeten, ist nunmehr in Begleitung eines Transporteurs nach Bautzen gebracht worden, um im dortigen Landesgerichtsgefängnis die ihm von der Dresdener Strafkammer zuerkannte vierjährige Gefängnisstrafe zu verbüßen.

Podenerpidemie. Unter den italienischen Arbeitern, die an dem Bau der linkselbischen Eisenbahn beschäftigt sind, nimmt die Zahl der Podenerkrankungen zu. Bis jetzt sind 16 Erkrankte in Baracken untergebracht worden. Das Lazarett ist ständig unter Verwahrung von Gendarmen. Die Frau, welche die Podenerpidemie einschleppte, ist gestern gestorben. Die gestern eingetroffene befürdliche Kommission ist mit Untersuchungen beschäftigt.

Wartpreise von Berlin am 25. März. Nach Ermittlungen des fgl. Polizei-Präsidiums. Für 1 Doppel-Zentner: Weizen**, gute Sorte 17,35—17,37 M., mittel 17,33—17,35 M., geringe 17,31—17,30 M. Roggen**, gute Sorte 13,70—13,69 M., mittel 13,68—13,67 M., geringe 13,66—13,65 M. Futtergerste*, gute Sorte 16,00—14,80 M., mittel 14,70 bis 13,60 M., geringe 13,50—12,40 M. Hafer*, gute Sorte 16,20—15,40 M., mittel 15,30—14,60 M., geringe 14,40—13,90 M. Erbsen, gelbe, zum Kochen 45,00—30,00 M. Speldeböhen, weiße 50,00—30,00 M. Linen 60,00—30,00 M. Kartoffeln 10,00—7,00 M. Rüböl 5,00—4,16 M. Fett 9,00—7,40 M. Für ein Kilogramm Butter 2,80—2,00 M. Eier per Schuß 4,20—2,80 M. *) Frei Wagen und ab Bahn. **) Ab Bahn.

Wasserstand am 25. März. Elbe bei Haffig + 1,89 Meter, bei Dresden + 0,45 Meter, bei Ragnitz + 3,12 Meter. — Unstrut bei Strahfurt + 1,80 Meter. — Oder bei Rattibor — Meter, bei Drossau Ober-Vegel — Meter, bei Drossau Unter-Vegel — Meter, bei Frankfurt + 2,31 Meter. — Wesel bei Brahmünde + 5,01 Meter. — Barthe bei Posen + 2,00 Meter. — Rache bei Ulf — Meter.

Witterungsübersicht vom 27. März 1905, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.	Temp. in F.	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.	Temp. in F.
Swinemünde	763	W	1	hell	2	36	Opavanda	764	SW	1	Schnee	—2	28
Hamburg	761	W	2	Regen	4	35	Bielefeld	767	W	1	bedeckt	—1	30
Berlin	763	W	2	bedeckt	4	35	Gelb	754	SW	1	bedeckt	3	37
Frankfurt a. M.	765	W	2	bedeckt	4	35	München	753	W	1	bedeckt	5	41
Ramßen	769	W	4	heiter	8	46	Paris	761	W	2	Regen	6	43
Wien	765	W	3	molken	6	43							

Wetter-Prognose für Dienstag, den 28. März 1905. Etwas wärmer, zeitweise heiter, aber veränderlich mit leichten Regenfällen und mäßigen südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Todes-Anzeige.
Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß unser einziger Sohn, Bruder und Schwager, der Maler
Artur Koepnick
nach schweren Leiden sanft entschlafen ist.
Die Beerdigung findet in Span-dau am Mittwoch, den 29. März 1905, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofs in den Nischen aus statt.
Emil Koepnick und Familie.
Paul Littin.
Martha Littin geb. Koepnick.

Nach langen schweren Leiden verschied am 26. d. M. mein lieber Mann und Schwager, der Stein-träger
August Obst
im Alter von 41 Jahren.
Dies geht tiefbetäubt an die trauernde Witwe
Anna Obst.
Die Beerdigung findet Mitt-woch, den 29., nachmitt. 1 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Frankfurter Allee 10a, aus statt.

Für die mit dem Begräbnis meiner lieben, unergelichen Frau Vertha Zude geb. Horn erwiesene Teilnahme sage ich hiermit allen Kollegen, Freunden und Bekannten meinen herzlichsten Dank.
Der trauernde Gatte
Otto Lucke, Bernauerstr. 48.

Dankagung.
Für die vielen Bemühungen herzlichster Teilnahme sowie für die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen Freunden und Bekannten sowie den Kollegen der Werkstat Holz meinen herzlichsten Dank.
22232
Die trauernde Witwe **Ida Reiss.**

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, Spezialarzt für Haut- und Harnleiden. 87/9* 10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4

Kranz- und Blumenbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Str. 2. Vereins-Kränze, Ballen- u. Blumen-Arrangements, Bouquets, Girlanden usw. werden fein u. preiswert geliefert.
Arbeiter! Raucht **Malinda-Zigarren.** Vortz.: S. RUND, Marsillusstr. 23.

Verein ehem. Beelitzer B.I. 1902.
Vortrag
des Herrn Oberarztes der Beelitzer Heilanstalt am Donnerstag, den 30. März, abends 8 1/2 Uhr, in den **Reichens-Neufällen, Landbäckerstr. 31.** Gäste willkommen. 4626

Bruch-Pollmann
empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradehaltern, Spritzen, Suspensoren, sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege.
Eigne Werkstatt.
Liefer. f. Orts- u. Hilfs-Krankentassen
Berlin C.,
30. Finien-Str. 30.
NB. Alle Bruchbänder mit elastischen Belagern, angenehm und weich am Körper. 16882*

Gegen **Husten, Heiserkeit, Verschleimung, Halsentzündung** und jedwede Erkrankung der Luftwege nehme man die bewährten **Reichels Hustentropfen.**
Unerreicht wirkungskräftig. Der Erfolg ist überraschend!
Bl. 50 Pf. Echt nur mit Marke „Lichtberg“.
Otto Reichel, Berlin, Eisenbahnstr. 4. 22112*

Kinderwagen - Kuhlicke
Berlins größtes Spezial-Geschäft
Hauptlager:
Königsstr. 43
2. Lager:
Königgrätzerstr. 84
Kinderwagen, Kinder-Sportwagen, Kinder-Bettstellen.
Riesen-Auswahl. Spottbillige Preise.

Bürgerbad
NO. Weberstr. 40 b.
Schönste Badeanstalt Berlins.
Russisch-Röm. Bäder mit dem in allen Staaten patent. Licht-Luftperl-Bassin. Besteinigungsmedien. Abklärung für elektr. Bäder. Dampfbadkabinen-Bäder.
Ruhesäle I. u. II. Klasse mit elektr. Beleuchtung.
Annahme sämtl. Krankenkassen.
Billigste Preise.

II. Wahlkreis.

Dienstag, den 28. März 1905, abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung

in Sabels Brauerei-Kuchenschank, Bergmannstraße Nr. 5/7.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Max Kiesel über: Friedrich Schiller, ein deutscher Dichter. 2. Diskussion. 298/10*

Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9679. Arbeitsnachweis Zimmer 34. Amt IV, 3353.

Mittwoch, den 29. d. M., abends 8 1/2 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20:

Versammlung

der Mechaniker, Optiker, Uhrmacher sowie aller in den mechanischen Betrieben beschäft. Arbeiter u. Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Branchenvertreter und der Agitationskommission. 2. Neuwahl des Branchenvertreter und der Agitationskommission. 3. Verschiedenes. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Mittwoch, den 29. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im „Dresdener Garten“, Dresdenerstr. 45:

Versammlung

der Gold- und Silberarbeiter u. verw. Berufsgenossen.

Tages-Ordnung:

1. Der Verbandstag in Leipzig. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.

Mittwoch, den 29. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im „Rosenthaler Hof“, Rosenthalerstr. 11/12:

Versammlung der chirurgischen Branche.

Tages-Ordnung:

1. Die Ergebnisse der aufgenommenen Statistik. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Wir erwarten, daß sämtliche in der Branche beschäftigten Kollegen und Kolleginnen in dieser Versammlung erscheinen. Es muß endlich einmal in unserer Branche mit dem alten Schlandrian gebrochen werden, und erziehen wir, daß alle Kollegen und Kolleginnen pünktlich erscheinen.

Mittwoch, 29. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von H. Reisen, Gr. Lichterfelde, Chausseestr. 104:

Bezirks-Versammlung für Steglitz und Umgebung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag. 2. Wahl eines Schriftführers. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. 114/1

Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft.

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau und Arbeitsnachweis: Rosenthalerstr. 57. (2. Eingang Bornemannstraße.)

Geöffnet von 9 1/2-2 und 4-8 Uhr. Telefon III 1206.

Mittwoch, den 29. März 1905, abends 6 1/2 Uhr:

Öffentliche Versammlung

in der Kronenbrauerei, Alt-Moabit 47-49.

Tages-Ordnung:

1. Welche Lehren haben wir aus der beendeten Bewegung in der Metall-Industrie und den Bergarbeiterstreiks zu ziehen? 2. Diskussion. Rege Beteiligung erwartet. 280/7 Die Ortsverwaltung.

Achtung, Schildermaler und verwandten Berufsgenossen.

Mittwoch, den 29. März 1905, abends Punkt 8 Uhr:

Versammlung

bei Feuerstein, Alte Jakobstraße 75.

Geschäftliche Tagesordnung: Das Gebahren der Unternehmer sowie der Unternehmerpreise. 288/2

Die Verwaltung der zentral-organisierten Schildermaler.

Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 4. Berliner Reichstagswahlkreis (6st).

Dienstag, den 28. März, abends 8 Uhr, in Goekers Gesellschaftshaus,

Weberstraße 17:

Versammlung.

Tagesordnung: 1. Soldatenmishandlungen und Militärjustiz. Referent: Reichstags-Abgeordneter Genosse Fritz Zubell. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 245b*

Gäste haben Zutritt. — Aufnahme neuer Mitglieder. Der Vorstand.

VI. Wahlkreis!

Dienstag, 28. März, abends 8 1/2 Uhr:

Volks-Versammlung

in Weimanns Volksgarten, Badstraße 56.

Tages-Ordnung:

Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Fräßdorf über: Die politische Lage. 219/2*

Um zahlreichen Besuch ersucht Der Vertrauensmann.

Zentral-Verein der Bildhauer Deutschlands.

Sonntag, den 2. April 1905, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal I:

Vortrags-Abend

über: Hermann Heijermanns jun. und Besetzung aus seinen Volksschicksalen von Frau R. Ruben - Hamburg (einzige autorisierte deutsche Uebersetzerin der Werke des Dichters).

Nach dem Vortrag: Geselliges Beisammensein, später Tanz.

Karten zu 25 Pf. sind im Bureau, Gewerkschaftshaus, Zimmer 27 und bei Kollegen Weiland, Glendahlstr. 9, III, zu haben. Zu zahlreicher Beteiligung der Kollegen ladet ein Der Vorstand. J. M.: O. Misbach. 20/14

Bilanz per 30. September 1904.

Aktiva.		Passiva.	
	30. 9. 1904		30. 9. 1904
An Rechl-Konto	1570 80	Per Geschäfts-Anteile der Genossen	2200,-
„ Brot-Konto	1311 70	„ abzgl. Abschreibung N. 2,-	
„ Pferdefutter-Konto	16,-	per Anteil	892,-
„ Butter- u. M. Konto	197 06	„ Darlehen-Konto	6400,-
„ Bäder- u. Utensil-Konto	1750,-	„ Kreditoren-Konto	195,-
„ Konter- u. Utensil-Konto	150,-	„ Referendats-Konto	68,-
„ Stall- u. Utensil-Konto	400,-	„ Guts-Konto: Vortrag	32 19
„ Bogen-Konto	800,-		
„ Pferde-Konto	1100,-		
„ Kassa-Konto	395 02		
„ Gas-Kautions-Konto	40,-		
„ Gerichtskosten-Vorschuss-Konto	30,-		
„ Berliner Spar- u. Bauverein-Anteil-Konto	60,-		
„ Debitoren-Konto	40,-		
	8062 17		8062 17

Im Laufe des Geschäftsjahres sind 2 Mitglieder eingetreten. Ausgeschlossen sind infolge Ablebens zum Schluß des vorletzten und des letzten Geschäftsjahres je ein Genosse, infolge Kündigung zum Schluß des Geschäftsjahres 5 Genossen. Am Jahreschluß gehörten der Genossenschaft 304 Mitglieder an, deren Gesamtsumme 2090,- M. betrug. Das Geschäftsguthaben und die Restsumme haben sich im Geschäftsjahre um 1107,- bezw. 225,- M. vermindert. 106/13

Berlin, 26. März 1905. Bädergenossenschaft Volksbrot, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung. Der Vorstand: August Bartow, Hermann Bars, Duncker, Paul Hallenleben, Kohlmann.

Möbelfabrik.

Kompl. Wohnungs-Einrichtungen in jeder Preislage empfohlen. 28572* solide zu billigen Preisen F. Baumgarten & Söhne, O. Große Frankfurterstraße 29.

Orts-Krankenkasse Boxhagen-Rummelsburg.

Unsern Mitgliedern zur Kenntnisnahme, daß die in der General-Versammlung vom 15. November 1904 beschlossene Statutenänderung, betreffend die §§ 13, 49 und 50 am 8. März 1905 vom Bezirksausschuß zu Potsdam genehmigt sind und vom 3. April cr. in Kraft treten. 271/17 Der Vorstand. J. M.: Budde.

Ein Versuch

dauernde Kundschaft! Von 1 M. wöchtl. Teilzahlung an liefert elegante, fertige Herren-Moden. Erfah. für Maharbeit. Anfertigung nach Maß. Feinste Verarbeitung. Garantie tadelloser Sitz. Spezialgeschäft für Herren-Bekleidung. Kein Waren-Kredithaus. J. Kurzberg An der Jannowitzbrücke 1, I. Bahnhof Jannowitzbrücke.

Hygienische Artikel.

Sanitäre Bedarfsartikel, Gummiwaren etc. v. Prof. und Aerzten vielfach empfohlen. Apotheker S. Schwelzer's Fabrik hygienischer Präparate. Berlin O. 27. Holzmarktstr. 70.

Leihhaus

Berlin, Anflamerstr. 2. Charlottenburg, Friedrichsplatz 12. Verleihung von Brillanten, Gold- und Silbersachen, Uhren, Bücher, Wäsche, Kleidungsstücke etc. 25206*

H. & P. Uder, Engel-Ufer 5.

Berlin SO. 16, Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabake. Spezialität: Nordhäuser Kautabak stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 1883L* Amt 4, 3014.

Möbel- und Polsterwaren-Fabrik

von 18372* A. Schulz Reichenbergerstraße 5 empfiehlt Einrichtungen von 240 bis 5000 M. von nur anerkannt geübter Qualität zu äußerst billigen Preisen. Streng reelle und gewissenhafte Bedienung. Anlaufste Bedingungen. Telefon: Amt IV 6877.

Turmstr. 76. LACHMANN & SCHOLZ Ottostr. 1.

Warenhaus.

Als besonders vorteilhaft empfehlen wir:

Gardinen, Portieren.	Diverses.	Tischdecken, Teppiche, Läuferstoffe.
Engl. Tüll-Gardinen, weiß od. crème, Mtr. 65, 48, 24 Pf.	Damaste f. Fenstervorhänge, Mtr. 1,15, 85 Pf.	Tischdecken, moderne Muster . . . 1,85, 1,35
Engl. Tüll-Gardinen, abgepaßt . . . Fenster 3,15, 1,85	Ponponranze . . . Mtr. 2,1, 1,6	Tischdecken, Mohairtuch, elg. bekurb. 10,50, 7,85
Engl. Tüll-Stores, weiß od. crème, St. 3,45, 2,65, 1,95	Möbelschnur . . . Mtr. 8 "	Steppdecken, Satin . . . 5,10, 4,65
Engl. Tüll-Bettdecken, weiß od. crème, 4,65, 3,35, 1,95	Leitungsschoner . . . Mtr. 12, 8 "	Steppdecken, Pa. Excelsior Satin . . . 7,85, 5,90
Kongressstoffe, glatt od. gestreift, Mtr. 78, 60, 48 Pf.	Ein großer Gardinenreste für 1-2 Fenster 3,65	Divandecken, 2teilig . . . 10,85, 8,65
Gardinenhalter, verschiedene Farben, St. 28, 15, 10 "	Polsterbetten, garantiert neues Material und Gestell 5,95	Sofateppiche, Pa. Qualität . . . 12,50, 10,25
Gardinenstangen, nußbaum . . . St. 48, 33 "	Ein Posten Imit. Leinen mit schönen Effekten, Mtr. 19 Pf.	Bettvorleger, verschiedene Größen 1,85, 98 Pf.
Portierenstangen, kompl. Garnitur . . . St. 2,65, 1,95		Möbelstoffe für Sofabezüge, 130 cm, Mtr. 2,85, 1,45
Rosetten, nußbaum od. mahagoni . . . St. 18, 12, 8 Pf.		Läuferstoffe . . . Mtr. 70, 55, 24 Pf.
Portieren mit bunten Querstreifen . . . St. 1,85, 98 "		Linoleumläufer . . . Mtr. 1,25, 90, 75 "
Portieren mit Blumenbordüren . . . St. 3,65, 2,45		Wachstuchdecken . . . St. 80, 65, 28 "
Glas, Porzellan.	Extra-Angebot: Ein Posten Cheviot, alle Farben, 105/110 cm breit Mtr. 95 Pf.	Steingut, Emaille.
Bierbecher mit Bordüre . . . 14 Pf.	Nickelwaren.	Teller, flach und gerippt. . . 7 Pf.
Zuckerschalen, geschliffen . . . 48 "	Cakesdosen . . . 98, 48 Pf.	Wasserkannen, groß . . . 98 "
Sturzflaschen . . . 18 "	Butterdosen mit Messer 85, 48 "	Vorratsstößen, dunt . . . 38 "
Käseglocken, geschliffen . . . 65 "	Zuckerkörbe mit Glaseinsatz 48 "	Wurstbretter, blau . . . 20 "
Kompotteller . . . 6 "	Menagen, dreiteilig . . . 58 "	Gewürztonnen, blau, 6 Stück 35 "
Dessertteller . . . 7 "	Brotkorb mit Einlage . . . 1,85	Eimer, grau . . . 78 "
Saucieren . . . 58 "	Tee-Eier . . . 48 "	" neublau . . . 85 "
Gemüseschüsseln . . . 55 "		" dek. mit Deckel . . . 2,45
Kaffeekannen . . . 52, 38 "	Bürstenwaren.	Wasserkonsole mit Maß . . . 48 "
Tassen . . . Paar 10 "	Schrubber . . . 28, 22 Pf.	Kasserollen m. Rand 1,85, 1,05, 78 "
	Besen . . . 88, 58 "	
	Roßhaarbesen . . . 1,65	
	Ausklopfer . . . 32, 28 "	
	Teppichhandteger . . . 42, 38 "	
	Waschbürsten . . . 18, 10 "	

Dienstag, den 28., Mittwoch, den 29., Donnerstag, den 30. März, geben wir doppelte Rabattmarken.

Gerichts-Zeitung.

Um eine Auge. Ein Akt ungläublicher Rohheit lag einer Anklage wegen schwerer Körperverletzung zugrunde, welche gestern die 4. Strafkammer des Landgerichts II beschäftigte. Auf der Anklagebank mußte der Steinscheer Paul K l a m m e r aus Brich Blag nehmen. Am 9. November v. J. sah der Handelsmann Hermann S h i n k e in dem Pieferschen Lokal in Brich gemächlich beim Glase Bier. Nach einiger Zeit betrat der Angeklagte mit seinem Schwager das Lokal. Hier entspann sich ein geringfügiger Streit. Klammer behauptete, Schinke hätten seinen, des Angeklagten, Jungen wegen einer Ungezogenheit „verhauen“. Schinke bestritt dies, worauf sich der Angeklagte auch beruhigte; der ganze Streit schien beendet zu sein, denn beide tranken zusammen ein Glas Weibier und unterhielten sich längere Zeit ruhig an einem Tisch. Plötzlich kam das Gesprächsthema wieder auf den vorherigen Streitgegenstand. „Wenn ich genau wüßte, daß Du meinen Jungen geschlagen hast, würde ich Dir ein paar Ohrfeigen geben!“ Diese Worte des Angeklagten wurden in dessen schon mit einigen wuchtigen Ohrfeigen, die er dem Schinke ohne weiteres beifolgte, begleitet. Nicht genug damit. Von einem plötzlichen Wutanfall gepackt, ergriff der Angeklagte das vor ihm liegende Weibierglas und führte mit diesem einen furchtbaren Schlag in das Gesicht des Schinke. Das Glas zerstückelte in einzelne Stücke, ein größeres Stück drang dem Verletzten in das linke Auge und führte eine vollständige Verformung des Augapfels herbei. Trotz entsetzlicher Schmerzen hatte Schinke noch soviel Geistesgegenwart, das Lokal zu verlassen und zu einem Arzt zu laufen. Dieser ordnete eine sofortige Ueberführung des S. nach der Charité an. Hier konnte jedoch nur noch der Augapfel entfernt werden. Nur der Kunst der Ärzte war es zu verdanken, daß die Sehraft auf dem rechten Auge, welches ebenfalls stark in Mitleidenschaft gezogen war, erhalten blieb. Staatsanwalt Dr. P a b s t beantragte in Anbetracht, daß sich der

Angeklagte einer unglaublich rohen und brutalen Handlungsweise schuldig gemacht hat, welche die betrieblisten Folgen nach sich zog, eine Gefängnisstrafe von 2 Jahren 6 Monaten. Der Gerichtshof hielt dem Angeklagten seine bisherige Unbescholtenheit zugute und erkannte auf ein Jahr 6 Monate Gefängnis. Zugleich wurde K., da bei der Höhe der erkannten Strafe fluchtverdacht vorliege, sofort im Gerichtssaale verhaftet.

Der „Herr Privatdozent“. Wegen eines räuberischen Ueberfalls im Stadtbahnabteil wurde am 24. dieses Monats der Landwirt Otto K u h n vom Schourgericht I zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt. Daß dem Beurteilten, außer dieser wohl mehr im Bild-Weiß anzuwendenden Verbrecherpezialität, auch verschiedene andere Weisheiten, seinen Mitmenschen das Geld aus der Tasche zu holen, geläufig sind, zeigte eine Verhandlung, welche gestern vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I stattfand. Kuhn entstammt einer sehr guten Familie, hat eine anständige Erziehung genossen und ist nur durch eigene Schuld auf den Weg des Verbrechens gedrängt worden. Nach Verbüßung einer einunddreißigjährigen Gefängnisstrafe wurde K. aus der Strafanstalt entlassen und hatte nunmehr nichts Eiligeres zu tun, als sich dieses Mal als Hochstapler zu etablieren. Bei verschiedenen größeren Pianofortefabriken gab sich der Angeklagte als „Privatdozent an der königlichen Landwirtschaftlichen Hochschule“ aus und entnahm auf Teilszahlung mehrere Klaviere. Er zahlte nur etwa 10-15 M. auf jedes Instrument an und sobald es ihm übermittelte war, wanderte es auch sofort ins Weibhaus. In dieser Weise gelang es dem Angeklagten, mehrere Pianofabrikanten um nicht unerhebliche Beträge zu schädigen. — Vor Gericht war K. geständig, erhob jedoch wiederum den Einwand der Unzurechnungsfähigkeit und erklärte, von der ganzen Angelegenheit nur noch zu wissen, daß er einmal ein Klavier verjetzt habe. Der Staatsanwalt beantragte eine Zuchthausstrafe von 1 1/2 Jahren Zuchthaus und die üblichen Nebenstrafen. Der Gerichtshof ging jedoch ganz erheblich über das beantragte Strafmaß hinaus. Der

Angeklagte sei, wie schon der von ihm verübte räuberische Ueberfall zeige, ein überaus gemeingefährlicher Verbrecher, der möglichst lange unschädlich gemacht werden müsse. Der Gerichtshof erkannte deshalb auf 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus, 420 M. Geldstrafe und 5 Jahre Ehrverlust.

Ein Unhold, im schlimmsten Sinne des Wortes, wurde dem Schourgericht des Landgerichts I in der Person des Hausdieners Arthur R u d o l f aus dem Roabiter Untersuchungsgefängnis vorgeführt. Nach dem Eröffnungsbeschlusse wurde R. des schweren Sittlichkeitsverbrechens, der Freiheitsberaubung und Körperverletzung mittels einer das Leben gefährdenden Behandlung gegenüber einer 12jährigen Schülerin beschuldigt. Die Verhandlung fand hinter verschlossenen Türen statt und zog sich bis in die späte Abendstunde hin. Das Urteil gegen Rudolf lautete auf 8 Jahre Zuchthaus, sowie Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 10 Jahren. Wie aus den öffentlich verkündeten Urteilsgründen zu entnehmen war, hatte der Angeklagte die kleine 12jährige Tochter des in demselben Hause wohnhaften Gastwirts G. in den Keller gelockt und längere Zeit gefangen gehalten, nachdem er das Kind in der schrecklichsten Weise vergewaltigt und dann halb tot geschlagen hatte. Die Geschworenen bejahten sämtliche Schuldfragen im Sinne der Anklage. Der Staatsanwalt beantragte die höchstzulässige Strafe von 10 Jahren Zuchthaus. Der Gerichtshof erkannte auf 8 Jahre Zuchthaus und die üblichen Nebenstrafen.

„Simplicissimus“-Prozess in Stuttgart. Die „Simplicissimus“-Medalleure Ludwig T h o m a (München) und Linnefogel (Stuttgart) hatten sich in Stuttgart wegen Verleumdung der Königsberger Polizei zu verantworten, die sich durch den Artikel „Staats-hoheit“ der Nummer 51 von Mitte März 1904 verletzt fühlte. In dem Artikel wurde die bekannte Studentenauflösung an Ausland scharf gegeißelt. Beide Angeklagte sind kostenlos freigesprochen worden.

Nicht teure kostspielige Medikamente

gereichen dem Gemeinwohl zum Vorteil, sondern erprobte Nährmittel, welche preiswert und überall käuflich sind. Snorrs Haferpräparate und Suppenmehle zeichnen sich durch ihre vorzügliche Qualität aus: sie sind aus den besten und feinsten Rohmaterialien hergestellt, ohne besondere Aufwendungen und überall zu erlangen. Snorrs vorzüglichen Haferkafao bereitet jede Hausfrau nach eigenem Geschmack sich selbst, indem sie Snorrs Hafermehl zur Hälfte mit einem guten Kafao mengt und dann der Milch zc. beifügt. Die vielen Vorzüge solcher eines selbst zubereiteten Haferkafaos bedürfen wohl keiner besonderen Erläuterung!

Einsegnungs-Anzüge von 12-27 Mk.
Anzüge nach Maß von 25 Mk. an.
M. Schulmeister, Dresdenerstr. 4.
 am Kothuser Tor.
 Schneidermeister.

Ausschneiden!

Bettfedern

120 000 Gänse geschlachtet.

Bettfedern und Daunen sind doppelt gereinigt, daher vollständig staubfrei und geruchlos. Keine Mischung.

Die Gänse-Mästerei besteht schon seit **37 Jahren**.

Früher Boxhagener Straße 4.

Bevor Sie Bettfedern kaufen, besichtigen Sie erst mein großes Lager.

Albert Schulze,

BERLIN O., Frankfurter Allee 112,
 in der Nähe der Königsberger- und Gubener-Straße.

Fahrgeld wird vergütet. **Ausschneiden!** Verbindung nach allen Richtungen der Stadt.

Auf vielfachen Wunsch

der geehrten Herren Raucher liefern wir unsere so schnell beliebt gewordene

Bolero 2-Pfennig-Zigarette

gesetzl. gesch. Nr. 51 440

jetzt auch ohne Mundstück.

Für vorzüglichste Qualität und sauberste Handarbeit werden wir in der bisherigen Weise bemüht bleiben.

Gebr. Selowsky, Zigarettenfabrik Dresden.
 Gebr. 1879.

Wirtshaus „Schloß Woltersdorf“

(nicht Schloß) direkt an Chaussee u. Hakensee, für die bevorstehende Saison den geehrten Vereinen, Gesellschaften, Radisten zu Dampferpartien und Ausflügen per Bahn, Fuhrturen usw. angelegentlich empfohlen. Stelle mein Lokal auch Sonntags u. an den Pflanzfesttagen zu Vereinsfestlichkeiten zur Verfügung.

Friedr. Saewert, Fernsprecher: 24382, Ami Erkner No. 40.

Wer-Stoff-hat,

fertige Herrenanzug, 20 M., ohne Konfektion, feinste Futur, 2 Anz. für guten St. belam gold. Medaille. **Ludwig Engel, Preusslauerstraße 23, II. (Alexanderplatz).** — Begründet 1892. 18832*

Hundekrankheiten
 Spezialbehandlung. Tierarzt Philipp. Kopenstr. 9. Volkshilf wochentags 9-11, 4-5, Sonntags nur vormittags.

Auch ein Arbeiter mit geringem Wochenlohn ist imstande, seine Kinder mit Kufetes Kindermehl und Kuhmilch zu ernähren, da dasselbe den Kindern nur als dünne Suppe gereicht wird, welche in 1/4 Liter nur ein Eßlöffel Kufetes Kindermehl enthält. Diese geringe Quantität des Kindermehles genügt, um die Kuhmilch leichter verdaulich zu machen, und den Nährgehalt derselben zu erhöhen. Kufetes Kindermehl fördert die Knochen- und Muskelbildung, regelt in hervorragender Weise die Verdauung und zeichnen sich die damit ernährten Kinder durch gutes Gedeihen aus.

Peek & Cloppenburg

Berlin C., Gertraudenstraße 25, 26, 27, Roßstraße 1.

Fertige Bekleidung für Knaben und Schüler

Blusen-Anzüge in neuester Art, Sport- und Norfolk-Anzüge, Knaben-Paletots und Pyjacks.

Bedeutend erweiterte Abteilung im I. Stock

Wir fertigen unsere Konfektion im eigenen Betriebe und verkaufen dadurch äußerst preiswert.

Richtige Fassons. **Vorzügl. Paßform**

Zweig-Geschäfte in: Amsterdam, Rotterdam, Haag, Utrecht, Düsseldorf, Groningen, Haarlem, Arnheim, Nymwegen, Leuwarden, Leiden, Breda. 25181*

